



STAATSSCHULDENAUSSCHUSS

**B E R I C H T
Ü B E R D I E
F I N A N Z S C H U L D
D E S B U N D E S
2 0 0 0**



WIEN 2001

Untersuchung über die Lage und die Entwicklungstendenzen des Geld- und Kapitalmarktes sowie hierauf gegründete Empfehlungen betreffend volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen im Zusammenhang mit der Finanzschuld des Bundes gemäß § 1 Abs. 1 Z. 3 Bundesgesetz über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses 1996.

Bericht über

die Finanzschuld des Bundes 2000

verfasst vom Staatsschuldenausschuss und dessen Arbeitsausschuss und vorgelegt auf Grund des Beschlusses vom 5. Juli 2001 an den Bundesminister für Finanzen.

Auch verfügbar im Internet unter: <http://www.staatsschuldenausschuss.at>

Impressum:

Redaktion und Druckvorbereitung: Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen (Sekretariat des Staatsschuldenausschusses), Oesterreichische Nationalbank.

Drucklegung: Hausdruckerei, Oesterreichische Nationalbank.

Vertrieb: Oesterreichische Nationalbank.

INHALTSVERZEICHNIS

1	VORWORT	4
1.1	Zum Bericht über die Finanzschuld des Bundes 2000	4
1.2	Zusammensetzung der an der Verwaltung der Staatsschuld mitwirkenden Organe gemäß Staatsschuldenausschussgesetz 1996 idgF	6
2	FINANZSCHULDENGEBARUNG DES BUNDES IM JAHR 2000	8
2.1	Gesamtentwicklung	8
2.2	Euroschuld	13
2.3	Fremdwährungsschuld	15
2.4	Fristigkeit der Finanzschuld	19
2.5	Verzinsung der Finanzschuld	24
2.6	Schuldendienst der Finanzschuld	27
2.7	Zusammenfassung	30
3	FISKALPOSITION DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN ÖSTERREICH IM SINNE DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTES	32
3.1	Defizitentwicklung laut Maastricht	34
3.2	Schuldenentwicklung laut Maastricht	36
4	FINANZMÄRKTE	38
4.1	Zinsentwicklung im Euroraum	38
4.2	Rentenmarkt im Euroraum	41
4.3	Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland	45
4.4	Finanzierungsströme des Jahres 2000 und Vorschau für das Jahr 2001	48
5	STAATSVerschULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH	54
6	ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2000 BIS 2004	59

ANHANG

A 1	Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses seit Erscheinen des letzten Berichtes	62
A 2	Finanzschuld i.e.S. und der Währungstauschverträge nach Schuldformen im Jahr 2000	65
A 3	Bereinigte Finanzschuld des Bundes sowie Nettodefizit des Bundes in % des BIP 1960 bis 2000	66
A 4	Struktur der Finanzschuld des Bundes nach Schuldformen (Stand und Anteile 1970 bis 2000 sowie Restlaufzeit und Nominalverzinsung 1983 bis 2000)	67
A 5	Fremdwährungsschuld des Bundes nach Währungen (Stand und Anteile 1980 bis 2000 sowie Fremdwährungsschuld i.e.S. 1991 bis 2000)	73
A 6	In Euro umgerechnete Kenngrößen zur Finanzschuld des Bundes (Finanzschuld i.e.S. und der Währungstauschverträge im Jahr 2000, bereinigte Finanzschuld des Bundes 1960 bis 2000 sowie Finanzschuld nach Schuldformen 1970 bis 2000)	78
A 7	Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen des Bundes und marktbestimmten Betrieben der Gemeinden 1995 bis 2000	82
A 8	Finanzschuld der Länder 1990 bis 1999	83
A 9	Finanzschuld der Gemeinden 1990 bis 1999	84
A 10	Defizit und Verschuldung aller öffentlicher Haushalte in Österreich laut Maastricht 1983 bis 2001	85
A 11	Kennzahlen zur Staatsverschuldung im internationalen Vergleich 1991 bis 2000	86
A 12	Erläuterungen zu Begriffen der Finanzschuld und des Rentenmarktes	88

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle Titel

1	Finanzschuld 2000 nach Schuldformen	8
2	Finanzschuldenentwicklung in % des Bruttoinlandsproduktes 1996 bis 2000	10
3	Auslandsverschuldung des Bundes 1998 bis 2000	12
4	Zunahme und Abnahme der Finanzschuld 1999 und 2000	13
5	Veränderung der Euroschuld im Jahr 2000 nach Schuldformen	14
6	Veränderung der Fremdwährungsschuld im Jahr 2000 nach Schuldformen	16
7	Fremdwährungsschuld im Jahr 2000: Schillinggegenwerte und Währungsanteile	16
8	Wechselkurse im Jahr 2000	18
9	Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swap-Verträgen 2000 nach Währungen	19
10	Fristigkeit der Bruttoaufnahmen 1999 und 2000	20
11	Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1999 und 2000 nach Schuldformen	21
12	Durchschnittliche Restlaufzeit 1999 und 2000 nach Währungen	21
13	Durchschnittliche Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld 1998 bis 2000 nach Fristigkeit	22
14	Tilgungsplan der Finanzschuld 2000 nach Schuldformen	22
15	Tilgungsprofil der Finanzschuld 2000 nach Währungen	24
16	Variabel und fix verzinste Finanzschuld 1999 und 2000	25
17	Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 1999 und 2000 nach Schuldformen	26
18	Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 1999 und 2000 nach Währungen	27
19	Schuldendienst für die bereinigte Finanzschuld 1998 bis 2002	28
20	Ausgaben für Zinsen und Tilgungen 1998 bis 2000	28
21	Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen zum Zinsendienst 1998 bis 2002	29
22	Entwicklung des öffentlichen Defizits nach Sektoren 1997 bis 2001	35
23	Öffentliches Defizit, Zinszahlungen und Primärsaldo 1997 bis 2001	35
24	Überleitungstabelle: Öffentliche Verschuldung 1999 und 2000	36
25	Entwicklung der öffentlichen Verschuldung nach Sektoren 1997 bis 2001	37
26	Renditen und Zinssätze im Euroraum 1996 bis 2000	38
27	Renditenabstände 9- bis 10-jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1996 bis 2000	41
28	Emissionen von Wertpapieren (ohne Aktien) von Ansässigen des Euroraums nach Währungen 2000	41
29	Entwicklung der auf EUR lautenden Wertpapiere nach Emittentengruppen 2000	42
30	EUR-Wertpapieremissionen von österreichischen Emittenten nach Sektoren 2000	43
31	Zahlungsbilanz Österreichs 1999 und 2000	46
32	Finanzierungsströme 2000	49
33	Vorschau auf die Finanzierungsströme 2001	53
34	Kennzahlen zur öffentlichen Verschuldung 1999 und 2000	54
35	Durchschnittsverzinsung der Verschuldung des öffentlichen Sektors 1996 bis 2000	57
36	Wirtschaftswachstum und Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte 2000 bis 2004 in drei Szenarien	59
37	Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte 2000 bis 2004 (Normalszenario)	60
38	Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote der öffentlichen Haushalte 2000 bis 2004 (Normalszenario)	60

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik Titel

1	Entwicklung der bereinigten Finanzschuld des Bundes 1996 bis 2000.....	9
2	Anteile an der bereinigten Gesamtschuld 1999 und 2000.....	9
3	Währungsanteile an der Finanzschuld des Bundes 1999 und 2000.....	17
4	Entwicklung der Devisenmittelkurse 1996 bis 2000.....	17
5	Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1991 bis 2000.....	23
6	Tilgungsplan der Finanzschuld 2000 nach Schuldformen.....	23
7	Öffentliches Defizit laut Maastricht 1991 bis 2000.....	33
8	Öffentliche Verschuldung laut Maastricht 1991 bis 2000.....	33
9	Renditenabstände 9- bis 10-jähriger Staatsanleihen zu Deutschland.....	39
10	Zinsstrukturkurve im Euroraum 2000.....	39
11	Kapitalexporteure und -importeure nach volkswirtschaftlichen Sektoren 1998 bis 2000.....	44
12	Kapitalbilanz Österreichs nach funktionaler Gliederung 2000.....	44
13	Öffentliche Finanzierungssalden der EU-11-Länder im Jahr 2000.....	56
14	Öffentliche Verschuldung der EU-11-Länder im Jahr 2000.....	56

1 VORWORT

1.1 Zum Bericht über die Finanzschuld des Bundes 2000

Der Staatsschuldenausschuss, der seit 1970 ein Gremium der Österreichischen Postsparkasse war, wurde mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes 742/1996 am 14. Mai 1997 (Bundesgesetz über die Errichtung des Staatsschuldenausschusses vom 20. Dezember 1996) als eigenständiges Gremium rechtlich verankert und bei der Oesterreichischen Nationalbank angesiedelt. Die Agenden des Staatsschuldenausschusses sind im § 1 Abs. 1 Staatsschuldenausschussgesetz 1996 definiert und lauten wie folgt:

- 1) Untersuchungen über die Lage und Entwicklungstendenzen des Geld- und Kapitalmarktes;
- 2) Empfehlungen an den Bundesminister für Finanzen betreffend volkswirtschaftliche Auswirkungen der Finanzoperationen im Zusammenhang mit der Finanzschuld des Bundes auf der Basis der Ergebnisse von Untersuchungen gemäß Z. 1 und von Analysen der Geld- und Kapitalmärkte;
- 3) jährliche Erstattung eines Berichtes über die dem Bundesminister für Finanzen gegebenen Empfehlungen unter Anschluss der Ergebnisse der Untersuchungen gemäß Z. 1 und der Analysen gemäß Z. 2, den der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat und der Bundesregierung vorzulegen hat.

Diese Aufgaben werden vom Staatsschuldenausschuss gemeinsam mit dessen Arbeitsausschuss wahrgenommen. Die Mitglieder des Staatsschuldenausschusses werden von der Bundesregierung, der Wirtschaftskammer Österreich im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und der Bundesarbeitskammer entsandt (§ 1 Abs. 3 leg. cit.). Der vorliegende Bericht über die Finanzschuld des Bundes 2000 trägt dem gesetzlichen Auftrag gemäß § 1 Abs. 1 Z. 3 Rechnung.

Kapitel zwei des Berichtes beginnt mit einer ausführlichen Analyse der Finanzschuldengebarung des Bundes im Jahr 2000. Dieses Kapitel beleuchtet sowohl die Entwicklung, Struktur, Verzinsung und Fristigkeit der Finanzschuld als auch den Schuldendienst des Bundes. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse bildet den Abschluss des zweiten Kapitels.

Das dritte Kapitel widmet sich der Fiskalposition der öffentlichen Haushalte in Österreich im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Neben methodischen Erläuterungen zum Verschuldungs- und Defizitbegriff laut Maastricht werden hier die Defizit- und Verschuldungsentwicklung des öffentlichen Sektors in Österreich aufgezeigt. Eine Zeitreihe seit 1983 befindet sich dazu im Anhang A 10.

Das vierte Kapitel skizziert die Zins- und Rentenmarktentwicklung im Euroraum, die Emissionsaktivitäten Österreichs sowie die grenzüberschreitenden Kapitalströme 2000. Zudem werden die finanziellen Interdependenzen der Wirtschaftssektoren für die Jahre 2000 und 2001 auf Basis der von der Oesterreichischen Nationalbank bereitgestellten Österreichischen Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung gemäß dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1995 präsentiert.

Einen Vergleich der Staatsverschuldung wichtiger westlicher Industrieländer bildet das nächste Kapitel. Die Kennzahlen beziehen sich auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung (in Relation zum BIP und zur Bevölkerung) und auf die Entwicklung der Verschuldung (Veränderung der Verschuldung innerhalb eines Jahres in % des Vorjahresstands und in % des BIP). Zudem wird der Durchschnittszinssatz der öffentlichen Verschuldung für die EU-11-Länder präsentiert. Zeitreihen für die letzten zehn Jahre sind im Anhang A 11 zu finden.

Im sechsten Kapitel wird basierend auf dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung die Defizit- und Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte in Österreich für die Jahre 2000 bis 2004 dargestellt.

Der Anhang enthält zunächst die seit dem vorjährigen Bericht beschlossenen Empfehlungen an den Bundesminister für Finanzen. Danach werden die beiden Verschuldungsbegriffe "nicht fällige Finanzschuld des Bundes im engeren Sinn" und "nicht fällige Finanzschuld des Bundes" gegenübergestellt. Anhang A 3 bis A 5 gibt einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Finanzschuld und des Nettodefizits. Wichtige Kenngrößen zur

Finanzschuld des Bundes in der Währungseinheit Euro sind im Anhang A 6 zu finden. Die Verschuldung der Länder und der Gemeinden in administrativer Betrachtung sowie der Unternehmen des Bundes und marktbestimmter Betriebe der Gemeinden sind Gegenstand des Anhangs A 7 bis A 9. Zeitreihen über die internationale Verschuldung im Sinne von Maastricht enthalten Anhang A 10 und A11. Den Abschluss des Berichts bilden Erläuterungen einiger wichtiger Begriffe der Finanzschuld und des Rentenmarktes.

Der Staatsschuldenausschuss und dessen Arbeitsausschuss haben 2000/2001 regelmäßig Sitzungen abgehalten, an denen Vertreter des Finanzministeriums, der Sozialpartner, des Kreditwesens und der Oesterreichischen Nationalbank sowie Experten aus dem Kreis der Kreditwirtschaft, der Sozialpartner, aus den Wirtschaftsforschungsinstituten und dem Finanzministerium einschließlich der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur teilnahmen.

Ersatzmitglieder:

Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann
 Syndikus Dr. Herbert Pichler
 Mag. Bruno Rossmann
 Generaldirektor Dkfm. Klaus Stadler
 Univ.Prof.Dr. Gerold Stoll
 Kommerzialrat Dr. Klaus Wejwoda

Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich*)
 Bundesarbeitskammer
 Bundesarbeitskammer
 Bundesregierung
 Wirtschaftskammer Österreich*)

Experten:

Direktor Dkfm.Dr. Helmut Dorn
 Geschäftsführer Ministerialrat Dr. Helmut Eder
 Ministerialrat Dr. Eduard Fleischmann
 Geschäftsführer Mag. Günther Klöckl
 Geschäftsführer Mag. Paul Kocher
 Hon.Prof. Dkfm.Dr. Gerhard Lehner
 Vorstand DI Dr. Johann Maurer
 Dkfm. Helga Mramor
 Dkfm.Dr. Helmut Pech
 DI Michael Ramprecht (seit 30.11.2000)
 Mag. Bruno Rossmann
 Direktor Mag. Erich Weiss (seit 30.11.2000)

1.2.3 Vertreter der Oesterreichischen Nationalbank

Hauptabteilungsdirektor Dr. Peter Mooslechner

1.2.4 Sekretariat des Staatsschuldenausschusses und Mitarbeiter der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Eva Hauth
 Silvia Szamuhely
 Michael Andreasch
 Mag. Walter Waschiczek

Anfragen können an die Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, Frau Mag. Eva Hauth, Tel. 404 20/7471, Otto Wagner-Platz 3, 1090 Wien, gerichtet werden. Bestellungen des Finanzschuldenberichtes unter Tel.: 404 20/7472, Fax: 404 20/7499 oder e-Mail: Silvia.Szamuhely@oenb.co.at.

Der „Bericht über die Finanzschuld des Bundes 2000“ ist unter der Internet-Homepage des Staatsschuldenausschusses (<http://www.staatsschuldenausschuss.at>) abrufbar.

*) Im Einvernehmen mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs.

2 FINANZSCHULDENGEBARUNG DES BUNDES IM JAHR 2000 ¹⁾

2.1 Gesamtentwicklung

Tabelle 1: Finanzschuld 2000 nach Schuldformen ¹⁾

	Stand 31.12.1999		Zunahme ²⁾ in Mio ATS	Abnahme ³⁾ in Mio ATS	Nettoveränderung		Stand 31.12.2000	
	in Mio ATS	%-Ant.			in Mio ATS	in %	in Mio ATS	%-Ant.
E u r o s c h u l d ⁴⁾								
Anleihen	1.097.622	64,9	208.548	124.371	+84.177	+7,7	1.181.799	67,6
Bundesschatzscheine	84.459	5,0	132.733	143.016	-10.284	-12,2	74.176	4,2
Titrierte Euroschuld	1.199.887	71,0	339.285	271.422	+67.863	+5,7	1.267.750	72,6
Versicherungsdarlehen	129.093	7,6	0	6.237	-6.237	-4,8	122.856	7,0
Bankendarlehen	126.538	7,5	7.165	7.642	-477	-0,4	126.061	7,2
Sonstige Kredite	3.320	0,2	0	3.291	-3.291	-99,1	29	0,0
Nicht titrierte Euroschuld	258.950	15,3	7.165	17.170	-10.005	-3,9	248.946	14,2
Euroschuld	1.458.837	86,3	346.450	288.592	+57.858	+4,0	1.516.695	86,8
F W - S c h u l d ⁵⁾								
Anleihen	203.131	12,0	32.209	32.307	-98	-0,0	203.033	11,6
Schuldverschreibungen	11.012	0,7	2.274	1.011	+1.263	+11,5	12.276	0,7
Titr. Fremdwährungsschuld	214.143	12,7	34.483	33.318	+1.165	+0,5	215.309	12,3
Kredite und Darlehen	17.279	1,0	37	2.001	-1.964	-11,4	15.315	0,9
Fremdwährungsschuld	231.422	13,7	34.520	35.319	-799	-0,3	230.623	13,2
F i n a n z s c h u l d	1.690.259	100,0	380.970	323.911	+57.059	+3,4	1.747.319	100,0
Abzüglich Eigenbesitz	66.899	.	89.690	70.212	+19.478	+29,1	86.376	.
Bereinigte Euroschuld ⁶⁾	1.392.485	85,8	256.175	217.816	+38.359	+2,8	1.430.844	86,1
Bereinigte FW-Schuld ⁶⁾	230.876	14,2	35.105	35.883	-777	-0,3	230.098	13,9
Bereinigte Finanzschuld	1.623.361	100,0	291.280	253.699	+37.582	+2,3	1.660.943	100,0

1) Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten, Fremdwährungsschuld bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

2) Aufnahmen, Konversionen, Rückkauffinanzierungen, nachträgliche WTV und Kursverluste.

3) Tilgungen, Konversionen, nachträgliche WTV und Kursgewinne.

4) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

5) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

6) Die bereinigte Schuldenentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

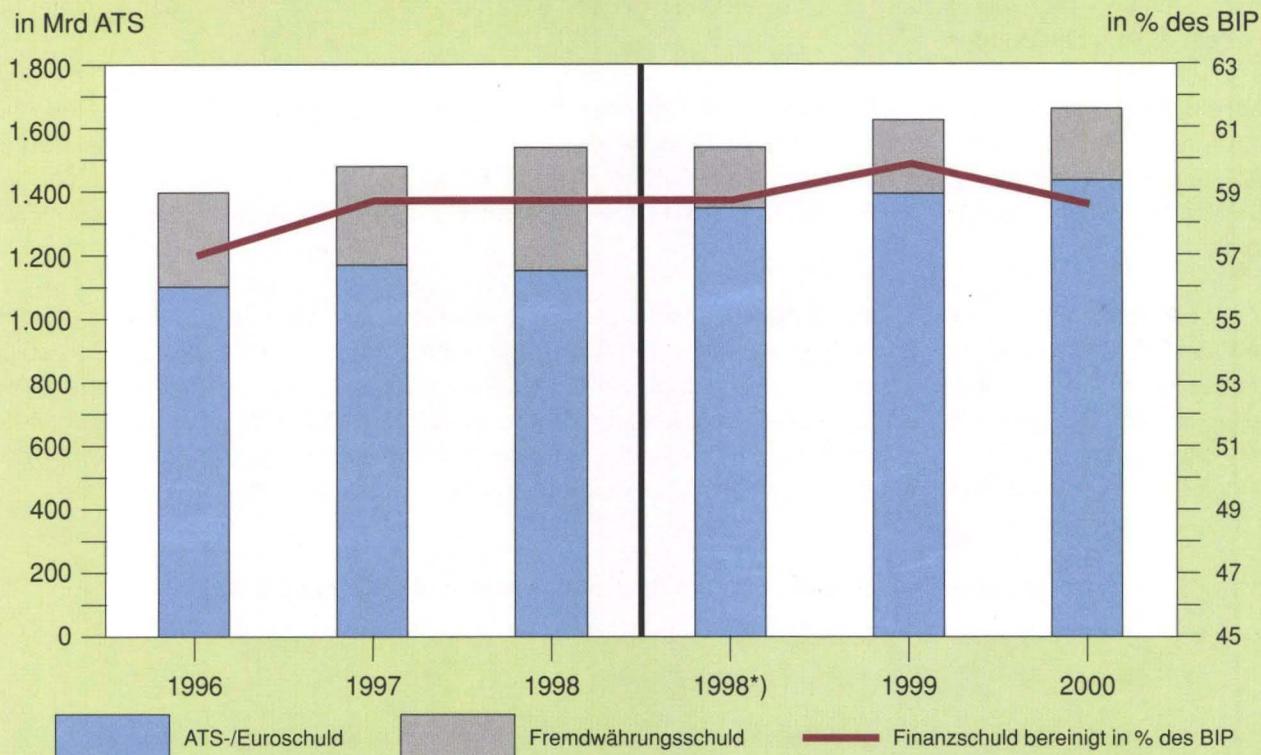
Quelle: BMF und eigene Berechnungen (soweit keine anderen Quellen angegeben sind, gilt dies auch für die folgenden Tabellen). Rundungen können in allen Tabellen Rechnungsdivergenzen ergeben.

Der im **Berichtsjahr 2000** neu zu finanzierende Budgetabgang des Bundes (**Nettodefizit im Sinne des BHG²⁾** war mit 39,3 Mrd ATS deutlich niedriger als der Vergleichswert des Vorjahres (68,2 Mrd ATS) und zog parallel dazu eine merkbare Verlangsamung der Schuldzunahme des Bundes nach sich: Der **Zuwachs der bereinigten**

1) Zur Wahrung der Übersichtlichkeit wurde im vorliegenden Bericht auf eine parallele Präsentation der Ergebnisse in ATS und in EUR grundsätzlich verzichtet. Dem Übergang auf die gemeinsame WWU-Währung wird insofern Rechnung getragen als im Anhang A6 die wichtigsten Kenngrößen zur Entwicklung der Finanzschuld des Bundes in der Währungseinheit EUR dargestellt sind. Ein Umstieg auf die neue Währungseinheit EUR ist für den Finanzschuldenbericht 2001 geplant.

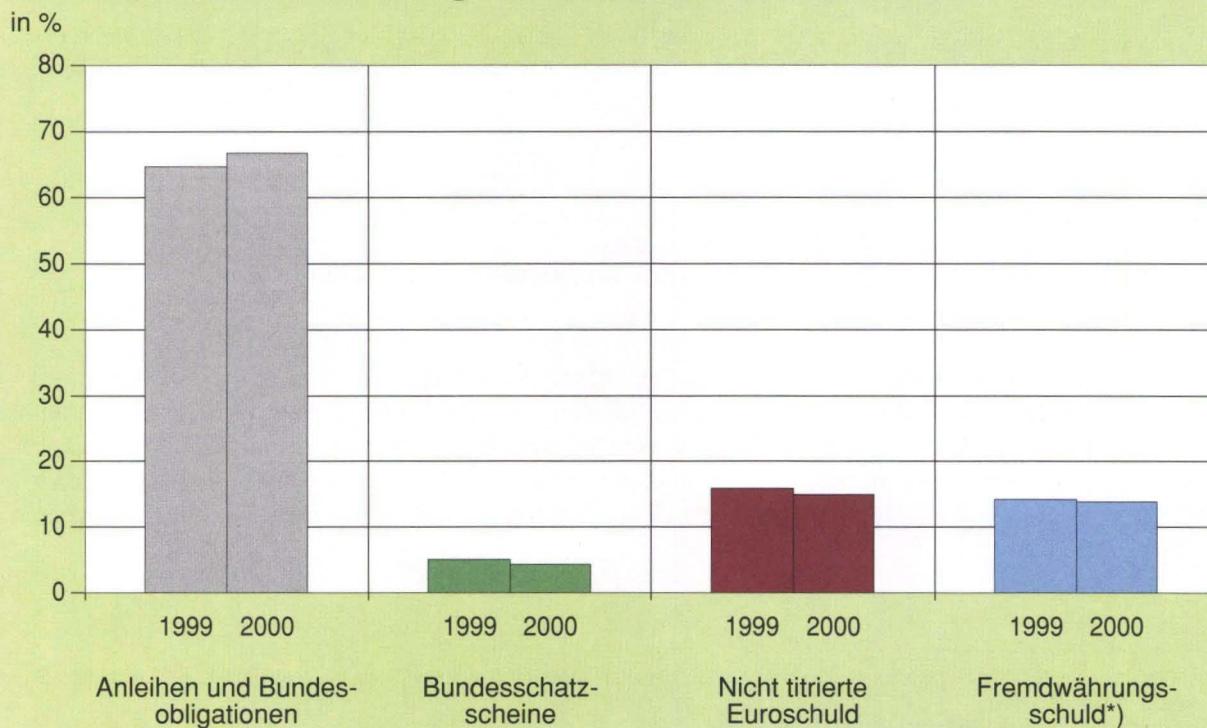
2) Bundeshaushaltsgesetz 1986 in der geltenden Fassung.

Grafik 1
**Entwicklung der bereinigten Finanzschuld des Bundes
 1996 bis 2000**



*) Rückrechnung: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld umfasst Nicht-WWU-Währungen.

Grafik 2
Anteile an der bereinigten Gesamtschuld des Bundes 1999 und 2000



*) Nicht-WWU-Währungen.

Finanzschuld³ des Bundes betrug 37,6 Mrd ATS oder 2,3% und unterschritt damit den Vergleichswert des Vorjahres (+87,7 Mrd ATS oder +5,7%) um mehr als die Hälfte. Die Abweichung der Finanzschuldzunahme vom Nettodefizit im Jahr 2000 um -1,7 Mrd ATS ist im Wesentlichen auf ultimoübergreifende Transaktionen⁴ zurückzuführen. Bewertungsänderungen der Fremdwährungsschuld infolge von Wechselkursveränderungen erhöhten den Schuldenstand im Jahr 2000 zwar um 0,8 Mrd ATS, die vermehrte Inanspruchnahme von unechten Pensionsgeschäften über den Jahresultimo drückte jedoch insgesamt die Zunahme der bereinigten Finanzschuld unter den Budgetabgang des Bundes.

Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (ohne Eigenbesitz) erreichte zu Jahresende 2000 die Höhe von 1.660,9 Mrd ATS. Der in der Tabelle 1 ebenfalls ausgewiesene Betrag von 1.747,3 Mrd ATS für die **Finanzschuld** stellt die Verschuldung des Bundes einschließlich im eigenen Besitz befindlicher Bundespapiere dar. Von diesem Wert entfielen 230,6 Mrd ATS oder 13,2% auf Verbindlichkeiten in Fremdwährungen bzw. Nicht-WWU-Währungen.

Das **Asset-Portefeuille** an eigenen Schultiteln (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine) wurde abermals kräftig ausgeweitet (2000: +19,5 Mrd ATS; 1999: +29,7 Mrd ATS). Der Bund behält sich bei jeder Emission eine so genannte Eigenquote zurück und kauft darüber hinaus illiquide Bundesanleihen. Der Besitz des Bundes an eigenen Papieren wird für Pensionsgeschäfte⁵ (Repo-Geschäfte), für Wertpapierleihegeschäfte, für die Liquiditätssteuerung (Kassenhaltung) sowie für die Marktpflege herangezogen. Insgesamt erreichte Ende 2000 das Asset-Portefeuille des Bundes an eigenen Schultiteln 86,4 Mrd ATS, wovon 23,5 Mrd ATS auf die Eigenquote entfielen.

Tabelle 2: **Finanzschuldenentwicklung in % des Bruttoinlandsproduktes 1996 bis 2000**

	Bereinigte Finanzschuld			Finanzschuld
	Stand	Zunahme ¹⁾	Fremdwährungsquote	
1996	57,0	2,2	12,1	57,8
1997	58,7	3,1	12,1	59,5
1998	58,7	2,3	14,7	60,2
1998 ²⁾	58,7	2,3	7,2	60,2
1999	59,9	3,2	8,5	62,3
2000	58,6	1,3	8,1	61,7

1) Nettoveränderung der Finanzschuld in % des BIP.

2) Rückrechnung: Fremdwährungsquote umfasst ausschließlich Nicht-WWU- Währungen.

Die in der Tabelle 2 ausgewiesenen Kennzahlen zur Finanzschuld des Bundes (Stand und Zunahme der Verschuldung gemessen am nominellen BIP) illustrieren grob den budgetpolitischen Kurs der Bundesregierung in den letzten Jahren. Allerdings sollte dabei auf die wechselkursbedingten Veränderungen der Fremdwährungsschuld (buchmäßige Kursgewinne im Jahr 1996 in Höhe von 12,0 Mrd ATS und buchmäßige Kursverluste in den Folgejahren 1997: 9,8 Mrd ATS, 1998: 2,8 Mrd ATS, 1999: 29,6 Mrd S, 2000: 0,8 Mrd ATS) Bedacht genommen werden.

3 Finanzschuld des Bundes im Sinne des BHG unter Einschluss der Währungstauschverträge und abzüglich der im eigenen Besitz befindlichen Schuldkategorien.

4 Ultimoübergreifende unechte Wertpapierpensionsgeschäfte.

5 Unter Pensionsgeschäften versteht man die befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Echte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsgebers, unechte in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

Die **Schuldzunahme** des Bundes bewegte sich von 1996 bis 1999 in einer Bandbreite von 2,2% des BIP bis 3,2% des BIP, wobei der Maximalwert von 3,2% des BIP im Jahr 1999 erreicht wurde. Bereinigt man diese Ergebnisse um die Bewertungsänderungen, so zeigt sich ein rückläufiger Verlauf mit Quoten von 2,7% des BIP (1996) bis 2,1% des BIP (1999). Weitere Konsolidierungserfolge sind in jüngster Zeit deutlich erkennbar. Die gute Wirtschaftslage und die verstärkten Konsolidierungsanstrengungen der Bundesregierung verminderten die Zunahme der bereinigten Finanzschuld im Berichtsjahr 2000 auf 1,3% des BIP. Die **Finanzschuldenquote des Bundes** (bereinigt) konnte bereits in den Jahren 1997 und 1998 stabilisiert werden. Im Berichtsjahr 2000 war erstmals seit 10 Jahren ein Rückgang der Finanzschuldenquote von 59,9% des BIP (Ende 1999) auf 58,6% des BIP zu verzeichnen. Die **Schuldenquote des Bundes in Fremdwährung**, in der seit der Verwirklichung der WWU nur noch Nicht-WWU-Währungen enthalten sind, verminderte sich im Berichtsjahr leicht (1999: 8,5% des BIP, 2000: 8,1% des BIP).

Die Ausrichtung des Debt-Managements des Bundes steht weiterhin im Zeichen der veränderten **Marktgegebenheiten im Euroraum**. Die Nachfrageseite des Eurorentenmarktes wird von international agierenden Finanzintermediären geprägt, die dem Kriterium „Liquidität“⁶ sehr hohe Bedeutung beimessen. „Benchmarkanleihen“ im Euroraum, die den Preis für andere Euroanleihen vorgeben, weisen Anleihe nominale von mindestens 5 Mrd EUR (68,8 Mrd ATS) auf,⁷ sind in den wichtigen internationalen Anleiheindizes⁸ vertreten und dienen als Underlying (Basisinstrument) für Derivatgeschäfte auf den Future- und Repo-Märkten. Im Wettbewerb um den Benchmarkstatus auf dem Eurorentenmarkt haben sich die Emittenten Deutschland (insbesondere im Laufzeiten-segment von über 7 Jahren) und Frankreich (im mittelfristigen Bereich) etabliert.

Kleinere Länder, wie Österreich, verfügen nach internationalen Maßstäben weder über einen breiten und tiefen heimischen Finanzplatz noch über hohe Finanzierungserfordernisse. Gleichzeitig segmentieren Zutrittsbarrieren zu Börsen, zu Primärmärkten und zu Derivatmärkten (länderspezifische Beschränkungen der Lieferbarkeit von Staatsanleihen bei Future-Kontrakten) sowie steuerliche Unterschiede den Eurofinanzmarkt, wodurch sich die positiven Impulse der Währungsunion in diesem Bereich nur eingeschränkt entfalten können.

Eine zunehmende Verschmelzung der Finanzmärkte im Euroraum ist in den nächsten Jahren jedoch zu erwarten. Auf EU-Ebene wurden in jüngster Zeit verstärkt Initiativen zur Integration des Eurofinanzmarktes gesetzt. So wurde beim Gipfel in Stockholm Ende März 2001 von den Staats- und Regierungschefs vereinbart, dass auf Basis des „Lamfalussy-Reports“⁹ die Regulierungen der europäischen Wertpapiermärkte bis 2005 weitgehend harmonisiert werden. Zudem beschäftigt sich eine eigene Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Finanzausschusses (Brouhn's-Group on EU Government Bonds and Bills Market) mit dem öffentlichen Debt Management im Euroraum. Diese Arbeitsgruppe hat Ende 2000 mögliche Varianten für eine verstärkte Koordinierung öffentlicher Emissionen im Euroraum ausgearbeitet (Giovannini-Report on Co-ordinated Public Debt Issuance in the Euro Area¹⁰), die zu einer effizienten Kapitalallokation im Euroraum beitragen sollten, indem Emissionen von öffentlichen Emittenten des Euroraums gleicher Bonität als homogen eingestuft werden.

Der „Giovannini-Report“ ist als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass die Vorschläge sehr unterschiedlich sind und von einer Vereinheitlichung der markttechnischen Faktoren (Ausstattungsmerkmale, Emissionsverfahren, -termine, Primärhändler, Abwicklungssysteme) bis zur Errichtung einer eigenen EU-Institution für öffentliche Emissionen reichen. Allen Vorschlägen gemeinsam ist das Bestreben, die Substituierbarkeit der titrierten öffentlichen Schuldtitel (Anleihen, Schatzscheine) zu erhöhen und institutionelle oder rechtliche Zutrittsbarrieren zu beseitigen. Das Debt-Management in Österreich verfolgt vom Ansatz her die erste Variante. Eine standardisierte Produktpalette, ein internationales Bieterkonsortium sowie abgestimmte Emissionstermine sollen dazu beitragen, dass österreichische Papiere mit anderen WWU-Emissionen möglichst kompatibel sind. Zur Verbesserung der Liquidität wird weiters versucht, Bundesanleihen mit unterschiedlicher Laufzeitenstruktur mit einem Nominale von mehr als 5 Mrd EUR auszustatten.

6 Eine Anleihe wird als liquid bezeichnet, wenn sie laufend gehandelt wird. Liquide Papiere kennzeichnen sich gewöhnlich durch einen geringen Bid-Ask-Spread und geringe Kursschwankungen auf Grund von An- und Verkäufen aus.

7 Nur Anleihen mit einem aushaftenden Volumen von zumindest 5 Mrd EUR gelten sowohl bei internationalen elektronischen Handelsplattformen (z.B. Euro-MTS (Multy National Trading System)) als auch bei Termin- und Future-Börsen (MATIF (Marché A Terme International de France) bzw. EUREX (EURoPEAN EXchange)) als handelbar bzw. lieferfähig.

8 Darunter fallen insbesondere Indizes von Salomon Smith Barney, J.P. Morgan und Lehman Brothers.

9 Schlussbericht des Ausschusses der Weisen über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte, Brüssel, Februar 2001.

10 http://europa.eu.int/comm/economy_finance/giovannini/reports_en.htm.

Die Nachfrage nach österreichischen Bundespapieren war trotz dieser Rahmenbedingungen auf dem Primärmarkt im Berichtsjahr weiterhin hoch und überstieg das Tenderanbot des Bundes in der Regel bei Weitem. Die Käufer der EUR-Bundesanleihen waren – wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren - vorwiegend ausländische Primärhändler, die diese Papiere im Ausland (vorwiegend im WWU-Raum) platzierten. Von dem im Berichtsjahr emittierten Anleihevolumen des Bundes in Höhe von 17,4 Mrd EUR (240,0 Mrd ATS) übernahmen (nach Abzug des 10%-Eigenanteils¹¹ und einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen¹²) über 85% die im Bieterkonsortium teilnehmenden ausländischen Primärhändler. Parallel dazu erhöhten sich die **Auslandsverpflichtungen des Bundes in heimischer Währung**, d.h. die mit Jahresende im Besitz von Ausländern¹³ befindlichen Verbindlichkeiten des Bundes in EUR weiter kräftig. Der Auslandsanteil an der Finanzschuld des Bundes im engeren Sinn (vor Swaps und einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen) in heimischer Währung erreichte Ende 2000 die Quote von 47,7% (Ende 1999: 40,8%). Die **Auslandsverschuldungsquote insgesamt** (einschließlich der Fremdwährungsverschuldung) betrug 52,9% (Ende 1999: 47,8%).

Tabelle 3: **Auslandsverschuldung des Bundes 1998 bis 2000 (%-Anteile¹⁾)**

	Titrierte Finanzschuld			Nicht titr. Finanzschuld			Euro-schuld	FW-schuld	Schuld Gesamt
	Euroschuld	FW-Schuld	Summe	Euroschuld	FW-Schuld	Summe			
1998 ²⁾	34,6	96,3	42,1	11,1	97,1	15,0	29,9	96,3	37,0
1999	46,6	94,7	53,4	12,5	100,0	17,9	40,8	95,1	47,8
2000 ³⁾	54,2	93,0	58,9	12,7	100,0	17,6	47,7	93,5	52,9

1) Gemessen an der Finanzschuld im engeren Sinn einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen.

2) 1998 Rückrechnung: Euroschuld umfasst Verbindlichkeiten in EUR und in nationalen Währungseinheiten des EUR, Fremdwährungs-schuld umfasst Nicht-WWU-Währungen.

3) Vorläufige Daten.

Quelle: OeNB - Devisenstatistisches Meldesystem.

Der Begriff „Heimatmarkt“ ist, wie sich in der dynamischen Entwicklung des Auslandsgeschäftes der österreichischen Finanzintermediäre ebenfalls manifestiert (siehe Kapitel 4.3 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland), zunehmend im Sinne des Euroraums zu sehen und dürfte - zumindest nach bisherigen Erfahrungen - mit einem Wegfall der traditionellen Rolle der heimischen Finanzintermediäre als Hauptinvestoren für die Verschuldung des Bundes einhergehen. Initiativen zur Beseitigung von bestehenden Marktunvollkommenheiten im Euroraum erscheinen daher sowohl für das Debt-Management des Bundes als auch für die heimischen Finanzintermediäre wünschenswert.

Die **Struktur der Finanzschuld des Bundes** in Österreich verschob sich im Jahr 2000 weiter in Richtung titrierter Euroschuldformen, wobei klassische, im Auktionsverfahren (Renditentender) begebene Anleihen mit fixer Verzinsung und Endfälligkeit dominierten. Daneben beauftragte der Bund auch Bankenkonsortien im Rahmen eines Syndikatsverfahrens die Platzierung von Bundesanleihen vorzunehmen. Zu Jahresende 2000 betragen titrierte Schuldformen 84,9% der Finanzschuld des Bundes (1999: 83,7%).

Zur Steigerung der Liquidität wurden im Jahr 2000 kaum neue Anleihen begeben, sondern bereits bestehende Anleihen aufgestockt und das Bruttofinanzierungsvolumen durch Konversionen und Rückkäufe von illiquiden Papieren erhöht. Das Transaktionsvolumen (Schuldaufnahmen, Tilgungen, Konversionen, nachträgliche Swaps) fiel demnach abermals hoch aus, war aber geringer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (siehe Tabelle 4).

11 Der Bund behält sich seit 1998 jeweils ein Teilnominale von 10% des Emissionsvolumens von Bundesanleihen, das erst zu einem späteren Zeitpunkt platziert wird und eine Einflussnahme auf die Kursentwicklung auf dem Sekundärmarkt einer Anleihe ermöglicht. Von 1991 bis 1998 betrug die Eigenquote 200 Mio ATS je ATS-Anleiheemission.

12 Durch §65c BHG i.d.g.F ist der Bundesminister für Finanzen seit 1998 ermächtigt, Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat, zu tätigen. Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden des Bundes.

13 Als Ausländer sind natürliche und juristische Personen, die nicht ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung im Inland haben, definiert.

Tabelle 4: **Zunahme und Abnahme der Finanzschuld 1999 und 2000** (in Mio ATS)

	Zunahme		Abnahme		
	1999	2000	1999	2000	
Aufnahmen	229.172	226.015	Tilgungen	137.892	167.834
Konversionen	175.857	133.717	Konversionen	175.962	128.972
Rückkauffinanzierungen	-	15.204	Rückkauffinanzierungen	-	15.204
Nachträgliche WTV und WB ¹⁾	121	69	Nachträgliche WTV und WB ¹⁾	-	-
Nachträgl. Transaktionen mit Rechtsträgern	-	-	Nachträgl. Transaktionen mit Rechtsträgern	3.440	6.770
Kursverluste ²⁾	29.740	5.964	Kursgewinne ²⁾	230	5.132
Summe	434.890	380.970	Summe	317.525	323.911

1) Umschuldungen von bestehenden Verbindlichkeiten durch Währungstauschverträge (netto) und Wertberichtigungen.

2) Buchmäßige Bewertung.

Als Maßnahme zur Erhöhung der Liquidität von Bundesanleihen ist auch die sukzessive Ausweitung des Aufgabengebiets des Debt-Managements des Bundes zu sehen. Zu den Aufgaben des Debt-Managements des Bundes zählen nicht nur die Durchführung der Finanztransaktionen des Bundes sondern auch **Finanzierungen für Dritte**. Seit 1998 übernimmt der Bund Finanzierungen für so genannte „sonstige Rechtsträger“ (im wesentlichen ÖBB, ÖIAG, ASFINAG und SCHIG)¹⁴. Seit Ende 2000 können zudem auch die Bundesländer das Debt-Management des Bundes in Anspruch nehmen, um ihren Finanzierungsbedarf zu decken. Das Kapital wird vom Bund vorwiegend in Form von Bundesanleihen aufgebracht und in weiterer Folge an die Auftraggeber (verbucht als Darlehensvergaben des Bundes an Dritte) weitergeleitet. Der Schuldendienst (Zinsen, Tilgungen) ist zur Gänze von den Auftraggebern (sonstige Rechtsträger, Länder) zu bedienen. Dem Bund kommt hier ausschließlich eine Intermediärfunktion zu. Die Verbindlichkeiten zählen nicht zur Finanzschuld des Bundes. Ende 2000 betragen diese Darlehensforderungen des Bundes (einschließlich Swaps) aus diesem Titel bereits 110,0 Mrd ATS (Ende 1999: 76,3 Mrd ATS; Ende 1998: 30,4 Mrd ATS), wovon 19,2 Mrd ATS oder 17,5% auf Fremdwährungsforderungen entfielen. Die Fremdwährungsforderungen bestanden zu 40% aus CHF-, zu 30% aus JPY-, zu 23% aus GBP-, zu 6% aus USD- und zu 1% aus ZAR¹⁵-Titeln.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die gegebene Fristigkeits- und Verzinsungsstruktur der Finanzschuld des Bundes in Bezug auf Veränderungen des Marktzinsniveaus sowie hinsichtlich eventueller kurzfristiger Finanzmarktstörungen weiterhin relativ robust erscheint. Variabel verzinsten Schultitel mit Geldmarktverzinsung (unter Berücksichtigung von Zinsswaps) finanzierten Ende des Berichtsjahres 8,2% des Schuldenportefeuilles des Bundes (siehe Tabelle 16) und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr waren ebenfalls nur in geringem Umfang Bestandteil der bereinigten Finanzschuld (Anteil Ende 2000: 9,4%, siehe Tabelle 13). Aus stabilitätsorientierter Sicht kritischer zu sehen ist die dynamische Entwicklung der Derivatgeschäfte (im wesentlichen Swaps, aber auch Devisentermingeschäfte) des Bundes, die prinzipiell mit einem zusätzlichen Risiko, nämlich dem Ausfallrisiko des Vertragspartners, behaftet sind. Daher werden zur Reduktion dieses Risikos Swaptransaktionen seit dem Jahr 2000 mit Collaterals (Besicherungsinstrumenten) unterlegt. Ende 2000 erreichten die Währungsswaps ein Nominalvolumen von 150 Mrd ATS und der Nominalwert der Zinsswaps (Zinsswaps einschließlich Drittfinanzierungen) 116 Mrd ATS (siehe Kapitel 2.3 Fremdwährungsschuld).

2.2 Euroschuld

Der folgende Abschnitt widmet sich der Finanzschuld des Bundes in heimischer Währung. Es handelt sich dabei um jene Verbindlichkeiten des Bundes, die vor Beginn der Währungsunion in ATS und in WWU-Fremdwährungen (DEM-, NLG-, XEU- und FRF-Schuldskategorien) aufgenommen und überwiegend im Zuge des Übergangs

¹⁴ Österreichische Bundesbahnen; Österreichische Industrieholding AG; Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, Wien; Schieneninfrastrukturfinanzierungs-GmbH.

¹⁵ Südafrikanische Rand (ZAR).

Tabelle 5: **Veränderung der Euroschuld im Jahr 2000 nach Schuldformen** ¹⁾

	Stand 31.12.1999		Aufnahme	Konvers. u. Sonst. ²⁾	Zunahme (1+2)	Tilgung (3)	Konvers., u. Sonst. ³⁾	Abnahme (3+4)	Stand 31.12.2000	
	in Mio ATS	in %							in Mio ATS	in %
Anleihen	1.097.622	75,2	209.633	-1.085	208.548	101.489	22.882	124.371	1.181.799	77,9
Bundessobligationen	17.805	1,2	-	-1.995	-1.995	4.035	-	4.035	11.775	0,8
Bundesschatzscheine	84.459	5,8	11.771	120.961	132.733	19.715	123.302	143.016	74.176	4,9
Titrierte Euroschuld	1.199.887	82,2	221.404	117.881	339.285	125.239	146.184	271.422	1.267.750	83,6
Versicherungsdarlehen	129.093	8,8	-	-	-	6.237	-	6.237	122.856	8,1
Bankendarlehen	126.538	8,7	4.954	2.212	7.165	5.431	2.212	7.642	126.061	8,3
Sonstige Kredite	3.320	0,2	-	-	-	3.291	-	3.291	29	0,0
Nicht titrierte Euroschuld	258.950	17,8	4.954	2.212	7.165	14.958	2.212	17.170	248.946	16,4
Summe Euroschuld	1.458.837	100,0	226.358	120.092	346.450	140.197	148.395	288.592	1.516.695	100,0
Abzüglich Eigenbesitz	66.352	.	.	.	90.275	.	.	70.776	85.851	.
Bereinigte titrierte Euroschuld	1.133.535	81,4	.	.	251.140	.	.	202.776	1.181.899	82,6
Bereinigte nicht titr. Euroschuld	258.950	18,6	.	.	5.035	.	.	15.040	248.946	17,4
Bereinigte Euroschuld	1.392.485	100,0	.	.	256.175	.	.	217.816	1.430.844	100,0

1) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.

2) Konversionen (131,2 Mrd ATS), Rückkauffinanzierungen (15,2 Mrd ATS), nachträgliche Transaktionen aus WTV und Kursverluste (-26,3 Mrd ATS).

3) Konversionen (126,4 Mrd ATS), Rückkauffinanzierungen (15,2 Mrd ATS) und nachträgliche Transaktionen aus Rechtsträgerübertragungen (6,8 Mrd ATS).

auf die neue Währung in Euro redenominiert¹⁶ wurden sowie um jene Schulden des Bundes, die direkt in der neuen heimischen Währung (EUR) begeben wurden.

Die Mittelaufnahmen in EUR konzentrierten sich auf Anleiheemissionen im mittel- bis langfristigeren Laufzeitssegment von 5 bis 27 Jahren. Der Bestand aller anderen Schuldkategorien wurde abgebaut. Der Umlauf von **Anleihen** in EUR (einschließlich WTV, Eigenquote und ohne Rechtsträgerfinanzierungen) stieg mit 84,2 Mrd ATS oder 7,7% deutlich stärker als die Euroschuld insgesamt, die um 57,9 Mrd ATS oder 4,0% ausgeweitet wurde. Der Umlauf von **Bundessobligationen** reduzierte sich um 6,0 Mrd ATS oder 33,9%, jener der **Bundesschatzscheine** um 10,3 Mrd ATS oder 12,2% und das Volumen an **nicht titrierten Schuldformen** (im wesentlichen Banken- und Versicherungsdarlehen) ging um insgesamt 10,0 Mrd ATS oder 3,9% zurück. Der in der Tabelle 5 unter der Rubrik „Konversions- und sonstige Aufnahmen“ ausgewiesene negative Betrag bei den Bundesobligationen (-2,0 Mrd ATS) geht auf nachträgliche Swaptransaktionen zurück, die EUR-Bundessobligationen in Fremdwährungsschuldverschreibungen transferierten (Forderung aus WTV: (-)¹⁷).

Von den im Berichtsjahr durchgeführten elf **EUR-Bundesanleiheemissionen** wurden 10 dazu genützt, bereits emittierte Anleihen unter Beibehaltung der Ausstattungsmerkmale (Nominalzins sowie Zins- und Tilgungstermin) aufzustocken. Diese auch bereits in den Vorjahren praktizierte Methode stellt einerseits eine kontinuierliche Marktpräsenz sicher und ermöglicht andererseits die Generierung von möglichst hohen Umlaufvolumina. Das aushaftende Gesamtvolumen einer Anleihe stellt nach bisherigen Erfahrungen einen entscheidenden Faktor für die Höhe der Liquiditätsprämie einer Anleihe auf dem Eurorentenmarkt dar. Zu Jahresende 2000 verfügte Österreich über acht Bundesanleihen mit Restlaufzeiten zwischen 3 und 27 Jahren, die ausstehende Volumina von 5 oder mehr Mrd EUR (68,8 Mrd ATS) aufwiesen (Ende 1999: 3 Bundesanleihen). Den höchsten Umlauf verzeichnete die erstmals im Jahr 1999 begebene 5,5%-Bundesanleihe 1999-2010/4 mit 8,8 Mrd EUR (121,1 Mrd ATS). Die für Österreich sehr hohen Volumina stellen im Euroraum eher das untere Limit dar.

16 Handelbare Finanzprodukte (Anleihen) wurden zu Beginn des Jahres 1999 weitestgehend in EUR-Papiere transformiert, um eine Segmentierung zwischen auf nationale Währungen des EUR lautende Papiere und Europapiere zu vermeiden.

17 Bei der EUR-Verschuldung führt der Swapvertrag zu einer Verringerung des Aufnahmevermögens (verbucht als Forderungen aus WTV) und bei der Fremdwährungsschuld zu einer Zunahme des Aufnahmevermögens (verbucht als Verbindlichkeiten aus WTV).

Der Kreis der **Primärhändler** setzte sich im Jahr 2000 aus 8 inländischen und 18 ausländischen Banken (1999: 19 ausländische Primärhändler) mit Sitz in Deutschland, Frankreich, Hongkong, den Niederlanden, den USA, Japan und der Schweiz zusammen. Österreich verfügt damit über einen Zugang zu einem - auch im internationalen Vergleich - breit gestreuten und umfangreichen Investorenkreis. Die international agierenden, ausländischen Institute übernahmen im Berichtsjahr den überwiegenden Teil des jeweiligen Emissionsvolumens (Bandbreite: 54% bis 99%). Dieser Trend wurde seitens des Debt-Managements auch insofern unterstützt, als - wie bereits im Vorjahr - Anleihen auch in Form von Syndikatsemissionen begeben wurden (zwei von insgesamt elf Emissionen). Als Leadmanager fungierten dabei ausländische Banken, die auch Teilnehmer bei den Auktionen sind. Das Syndikatsverfahren ermöglicht dem Debt-Management die Platzierung der Anleihe zu steuern.

Der **Zinsabstand** österreichischer Bundesanleihen gegenüber jenen von Deutschland weitete sich - trotz liquiditätsfördernder Maßnahmen des Debt-Managements in Österreich - im ersten Halbjahr 2000 weiter aus. Im Jahresdurchschnitt erreichte die Renditendifferenz zu Deutschland bei 10-jährigen Anleihen bereits 29 Basispunkte. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres war noch ein Zinsabstand von 19 Basispunkten zu verzeichnen. Das Zinsdifferenzial aller WWU-Staaten (ohne Griechenland) stieg im Jahresdurchschnitt um 4 Basispunkte auf 25 Basispunkte und bewegte sich in einer Bandbreite von 13 (Frankreich) bis 34 Basispunkten (Portugal). Die im Österreich von der Bonitätsbewertung vergleichbaren Triple-AAA-Schuldner der Währungsunion wiesen niedrigere Zinsabstände zu Deutschland auf (Frankreich: 13 Basispunkte, Niederlande: 14 Basispunkte, Finnland: 22 Basispunkte, Irland: 25 Basispunkte).

Bei den **Bundesschatzscheinen**, deren Bestand im Jahr 2000 insgesamt abgebaut wurde, konzentrierten sich die Aufnahmen auf handelbare Finanzierungsformen im kurzfristigen Laufzeitensegment (Fristigkeiten bis zu einem Jahr). Die als **Austrian Treasury Bills** (ATB's) bezeichneten Geldmarktpapiere des Bundes stellen im kurzfristigen Bereich eine Alternative bzw. Ergänzung zu den sonstigen Finanzmarktprodukten der Republik dar. ATB's werden sowohl im Auktionsverfahren (ATB-Programm nach englischem Recht mit Hauptzahlstelle in London und Teilnahme von 4 österreichischen und 6 ausländischen Banken) als auch direkt in Form von Bankübernahmen begeben. Das seit März 1999 nach englischem Recht durchgeführte ATB-Programm wurde für USD- und EUR-ATB's angewandt, wobei jene in USD mittels Devisentermingeschäften (Forward-Rate-Agreements) in EUR-Verbindlichkeiten transferiert wurden. Eine Verschuldung in USD-Geldmarktpapieren bot sich insofern an, als im Berichtsjahr die Finanzierungskosten des Bundes für USD-Geldmarktpapiere (unter Berücksichtigung der Derivatgeschäfte) günstiger als vergleichbare EUR-Verschuldungen waren. Ende 2000 deckten ATB's bereits 78% aller Bundesschatzscheinkategorien ab (Ende 1999: 69%). Das aushaftende Volumen an ATB's lag zum Jahresende bei 57,7 Mrd ATS (1999: 58,4 Mrd ATS).

Insgesamt betrug zu Jahresende 2000 die bereinigte EUR-Verschuldung (ohne Eigenbesitz) 1.430,8 Mrd ATS, wovon 83% auf titrierte Bundespapiere und 17% auf Kredit- und Darlehensverträge entfielen.

2.3 Fremdwährungsschuld

Die **Fremdwährungsschuld** des Bundes unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge setzt sich seit Beginn der WWU aus zwei Währungen (JPY und CHF) zusammen. Ihre Anteile an der bereinigten Finanzschuld des Bundes beliefen sich zu Jahresende auf 13,9% (1999: 14,2%). Im Bereich der Fremdwährungsverschuldung des Bundes wurden im Berichtsjahr fällige Verbindlichkeiten durchwegs nur durch Neuaufnahmen refinanziert. Eine moderate Aufstockung von Fremdwährungsverbindlichkeiten des Bundes erfolgte ausschließlich bei Schuldverschreibungen, deren Bestand sich um 1,3 Mrd ATS erhöhte. Insgesamt veränderte sich das aushaftende Volumen an Fremdwährungsverbindlichkeiten kaum (bereinigte Fremdwährungsschuld Ende 2000: 230,1 Mrd ATS; Ende 1999: 230,9 Mrd ATS).

Die geringe Inanspruchnahme von Fremdwährungsfinanzierungen des Bundes ist zum einen Ergebnis der neuen Finanzmarktgegebenheiten des Euroraums, die dem Bund ermöglichen, das breite Angebot eines internationalen Finanzmarktes in heimischer Währung zu nützen. Zum anderen ist das Debt Management des Bundes bestrebt, das Wechselkursrisiko in Grenzen zu halten. Die Bewertungsänderungen der Fremdwährungsschuld waren zwar im Berichtsjahr gering (+0,8 Mrd ATS), wären jedoch unter den bis November 2000 herrschenden Wechselkursparitäten deutlich höher ausgefallen. Der Devisenmittelkurs des JPY zum ATS (EUR) unterschritt Ende 2000

Tabelle 6: Veränderung der Fremdwährungsschuld im Jahr 2000 nach Schuldformen ¹⁾ (in Mio ATS)

	Anleihen	Schuldver- schreibungen	Bundes- schatzscheine	Titrierte Fremdw.	Kredite und Darlehen	Summe Fremdwährung
Stand am 31.12.1999	203.131	11.012	-	214.143	17.279	231.422
Anteile in %	87,8	4,8	-	92,5	7,5	100,0
zuzüglich:						
Aufnahmen	2.219	-	-2.561	-343	-	-343
Konversionen	-	-	2.561	2.561	-	2.561
Nachträgliche WTV und WB ²⁾	24.353	2.019	-	26.373	-	26.373
Kursverluste	5.637	255	-	5.892	37	5.928
Zunahme	32.209	2.274	-	34.483	37	34.520
abzüglich:						
Tilgungen	26.738	748	-	27.486	151	27.637
Konversionen	1.325	-	-	1.325	1.225	2.550
Nachträgliche WTV und WB ²⁾	-	-	-	-	-	-
Kursgewinne	4.245	262	-	4.507	625	5.132
Abnahme	32.307	1.011	-	33.318	2.001	35.319
Stand am 31.12.2000	203.033	12.276	-	215.309	15.315	230.623
Anteile in %	88,0	5,3	-	93,4	6,6	100,0

1) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Wertberichtigungen (WB): Anpassungen der aushaftenden Verbindlichkeiten oder Forderungen des Bundes auf Grund von Indexklauseln.

Tabelle 7: Fremdwährungsschuld ¹⁾ im Jahr 2000: Schillinggegenwerte und Währungsanteile

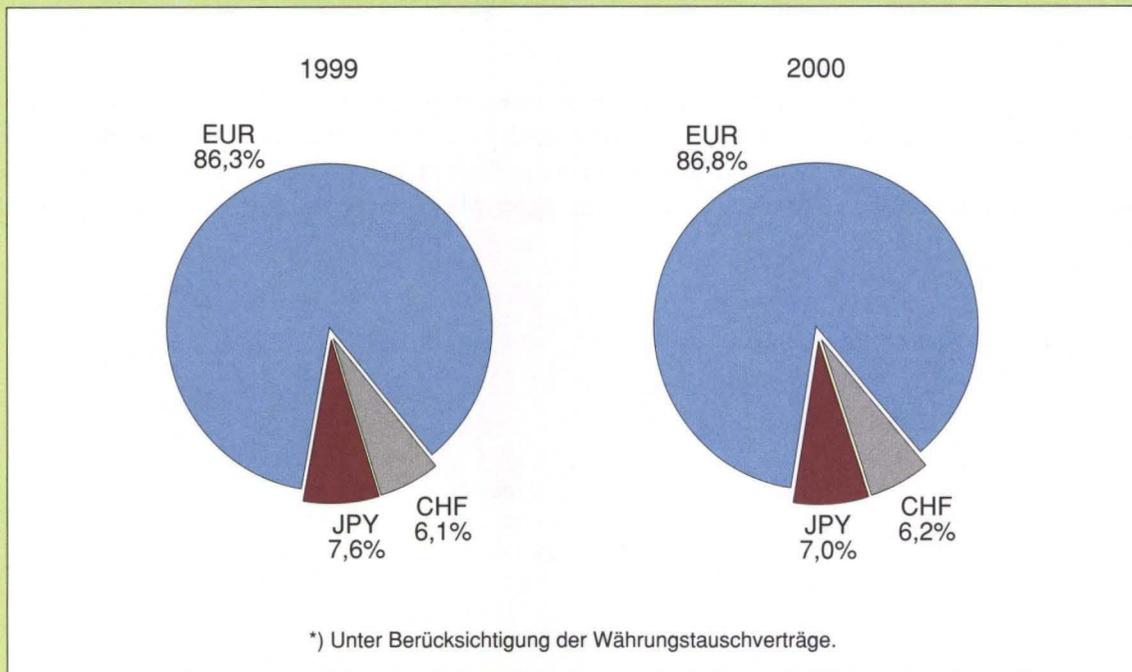
	Stand 31.12.1999		Nettoveränderung insgesamt				davon durch		Stand 31.12.2000	
	in Mio FW	in Mio ATS	%-An- teil	in Mio ATS	in %	Aufnahme/ Tilgung ²⁾	Bewertungs- änderungen	in Mio FW	in Mio ATS	%-An- teil
CHF	12.005	102.914	44,5	+4.905	+4,8	-926	+5.831	11.935	107.820	46,8
JPY	959.400	128.508	55,5	-5.704	-4,4	-670	-5.034	954.209	122.804	53,2
Fremdwährungsschuld ¹⁾	.	231.422	100,0	-799	-0,3	-1.596	+797	.	230.623	100,0
Abzüglich Eigenbesitz	.	547	.	-22	-4,0	.	.	.	525	.
Bereinigte titrierte FW-Schuld	.	213.597	92,5	+1.186	+0,6	.	.	.	214.783	93,3
Bereinigte nicht titr. FW-Schuld	.	17.279	7,5	-1.964	-11,4	.	.	.	15.315	6,7
Bereinigte FW-Schuld	.	230.876	100,0	-778	-0,3	.	.	.	230.098	100,0

1) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.

2) Einschließlich Konversionen, Rückkauffinanzierungen und nachträglichen WTV.

Grafik 3

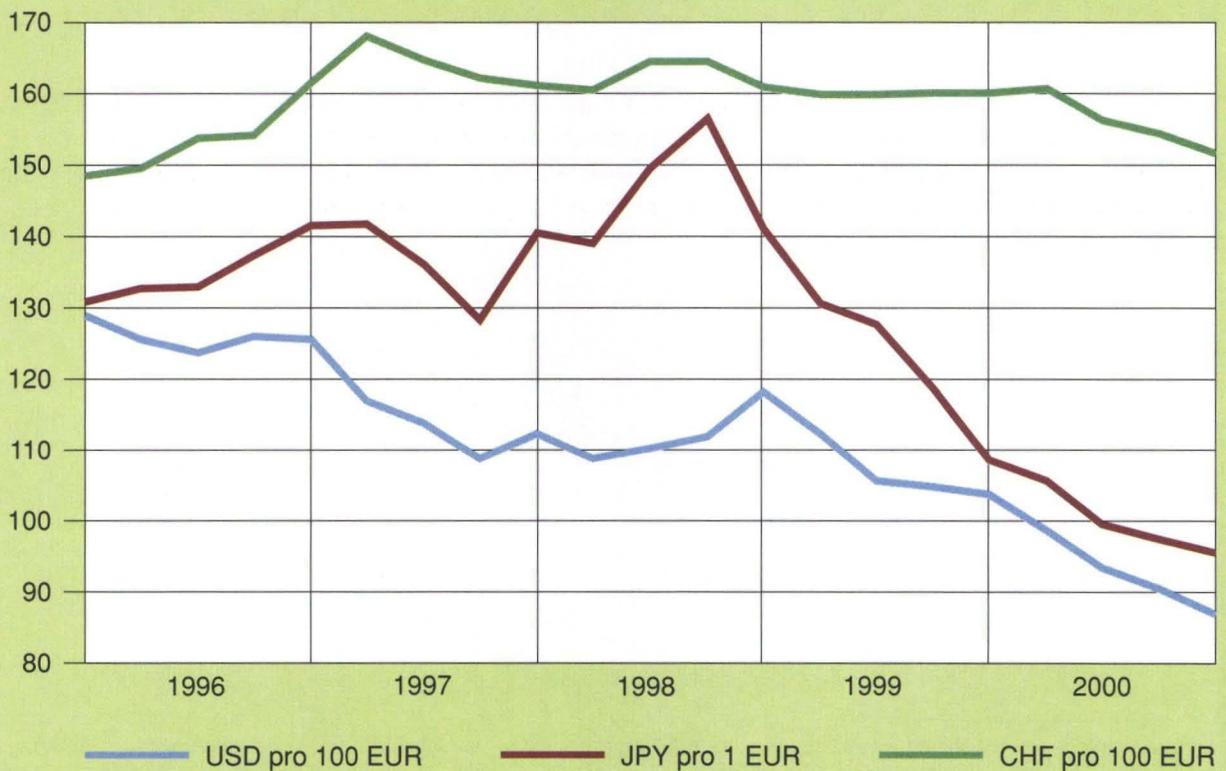
Währungsanteile an der Finanzschuld des Bundes 1999 und 2000*)



Grafik 4

Entwicklung der Devisenmittelkurse 1996 bis 2000

Quartalsdurchschnitte, nationale Währungseinheiten pro EUR



den Vergleichswert des Vorjahres um rund 4%. Im Jahresdurchschnitt war ein Anstieg des JPY gegenüber dem ATS (EUR) um rund 22% zu verzeichnen.

Die **Bewertungsänderungen** bei der Fremdwährungsschuld, die insgesamt einen buchmäßigen Nettokursverlust von 0,8 Mrd ATS im Jahr 2000 ergaben, setzten sich aus **buchmäßigen Kursgewinnen** bei den JPY-Verbindlichkeiten in Höhe von 5,0 Mrd ATS und aus **buchmäßigen Kursverlusten** bei der CHF-Schuld von 5,8 Mrd ATS zusammen.¹⁸

Zwar können von buchmäßigen Bewertungsänderungen keine direkten Schlussfolgerungen auf erzielte Kursgewinne bzw. realisierte Kursverluste gezogen werden. Allerdings ist eine Vermeidung von tatsächlichen, realisierten Kursverlusten bei anhaltender Aufwertungsstendenz einer Fremdwährung auf längere Sicht nicht möglich. Den Kursverlusten stehen allerdings durchwegs Zinseinsparungen infolge der vergleichsweise niedrigeren Verzinsung gegenüber.

Tabelle 8: Wechselkurse im Jahr 2000

	Devisen- mittelkurs 30.12.1999 in ATS	Devisen- mittelkurs 29.12.2000 in ATS	Änderung in %
1 USD	13,70	14,79	+7,96
1 CAD	9,42	9,85	+4,60
1 GBP	22,13	22,05	-0,38
100 CHF	857,29	903,38	+5,38
100 JPY	13,39	12,87	-3,92
100 ZAR	222,73	195,48	-12,23

Quelle: OeNB, ÖBFA.

Schuldaufnahmen in JPY erfolgten wie bereits im Vorjahr auch im Jahr 2000 ausschließlich in Form von Währungstauschverträgen, während in CHF auch Direktfinanzierungen durchgeführt wurden. Der Anteil der CHF-Schuld an der Fremdwährungsschuld nahm infolge der Kursverluste leicht zu, während sich jener der JPY-Schuld infolge der Kursgewinne aber auch durch Tilgungen in Form von Swaps verminderte. Die JPY-Quote betrug zu Ende des Berichtsjahres 53,3% (1999: 55,5%).

¹⁸ Die Umrechnung der Fremdwährungsschuld des Bundes in ATS erfolgt zu den Devisenmittelkursen des jeweils letzten Börsentags des Jahres. Buchmäßige Kursgewinne oder -verluste ergeben sich für die bestehende Fremdwährungsschuld aus der Differenz zwischen den beiden Jahresendkursen, bei im Laufe des Jahres aufgenommenen Verbindlichkeiten durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung und dem Jahresendkurs und für die während des Jahres getilgten Beträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahres und dem Tilgungskurs.

Tabelle 9: **Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swap-Verträgen 2000 nach Währungen** ¹⁾

	Finanzschuld i.e.S. Stand 31.12.2000			Verbindlichkeiten aus Swap-Verträgen (+)		Forderungen aus Swap-Verträgen (-)		Finanzschuld Stand 31.12.2000		
	in Mio FW	in Mio ATS	in %	in Mio FW	in Mio ATS	in Mio FW	in Mio ATS	in Mio FW	in Mio ATS	in %
USD	4.085	60.405	32,1	119	1.773	4.204	62.178	-	-	-
CHF	3.700	33.425	17,7	8.235	74.394	-	-	11.935	107.820	46,8
CAD	550	5.419	2,9	-	-	550	5.419	-	-	-
JPY	609.000	78.377	41,6	345.209	44.427	-	-	954.209	122.804	53,2
GBP	485	10.693	5,7	392	8.638	877	19.331	-	-	-
FW-Schuld	.	188.320	100,0	.	129.233	.	86.929	.	230.623	100,0
EUR	113.325	1.559.386	89,2	1.477	20.327	4.580	63.018	110.223	1.516.695	86,8
Finanzschuld	.	1.747.705	100,0	.	149.560	.	149.946	.	1.747.319	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.

Das Volumen an Währungstauschverträgen (einschließlich Devisentermingeschäfte) nahm zum zweiten Mal in Folge sowohl bei der Fremdwährungsschuld als auch bei der EUR-Verschuldung deutlich zu. Die **Schulden des Bundes aus WTV** erhöhten sich im Berichtsjahr um insgesamt 16,0 Mrd ATS oder 12,0% und 1999 um 33,3 Mrd ATS oder 33,2%. Zu Jahresende 2000 betragen die WTV-Verbindlichkeiten der Finanzschuld bereits 149,6 Mrd ATS. Neben diesen Derivatgeschäften, welche die Währungsstruktur und gleichzeitig den Zinssatz der Finanzschuld verändern, führt der Bund auch reine Zinsswaps durch, die in der Regel zur Umwandlung von Verschuldungsformen mit fixer Verzinsung (primär Anleihen) in variable Verzinsung herangezogen werden. Der Nominalwert der Zinsswaps, in dem auch Rechtsträgerfinanzierungen enthalten sind, belief sich Ende des Berichtsjahres auf 116,2 Mrd ATS.

Der Einsatz von Derivatgeschäften ermöglicht dem Debt-Management auf Zins- und Wechselkursentwicklungen rasch zu reagieren, Arbitragemöglichkeiten zu nützen und die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration¹⁹) des Schuldenportefeuilles losgelöst von den Schuldaufnahmen zu steuern. Die Finanzierungskosten und das Risikoprofil der Verschuldung können damit im Zeitablauf aktiv gesteuert werden, was im Regelfall Kosteneinsparungen nach sich zieht. Allerdings erhöhen Derivatgeschäfte durch das Ausfallrisiko der Vertragspartner, aber auch durch Abwicklungsrisiken grundsätzlich das Risikoprofil des Schuldenportefeuilles. Bei Ausfall des Vertragspartners muss der Bund entweder die ursprünglichen Verbindlichkeiten (vor Swaps) bedienen oder Verträge mit neuen Vertragspartnern eingehen. Beide Varianten verändern die Finanzierungsbedingungen, die - je nach Marktlage (Marktzinsniveau, Wechselkurse) - unerwartet hohe/niedrige Finanzierungskosten für das Budget bedeuten. Die erste Variante führt überdies zu einer gegenüber den ursprünglichen Intentionen unerwünschten Verschuldungsstruktur. Zur Reduktion des Budgetrisikos werden seit dem Berichtsjahr Swaptransaktionen mit Collaterals (Besicherungsinstrumenten) unterlegt. Auf den Finanzmärkten können solche Transaktionen, sofern sie in hohem Umfang getätigt werden (müssen), zu Marktengpässen bzw. zu einer Destabilisierung der Marktverhältnisse führen.

2.4 Fristigkeit der Finanzschuld

Im Berichtsjahr betrug die **Fristigkeit der Bruttoaufnahmen** 8,6 Jahre und lag damit zwar unter dem Vorjahreswert von 9,2 Jahren, aber über dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre. Die Entwicklung wurde im Wesentlichen von der Ausstattung der **EUR-Anleihen** bestimmt, die das Bruttofinanzierungsvolumen vorwiegend abdeckten. In EUR erfolgten Erstemissionen und Aufstockungen in verschiedenen Laufzeitensegmenten mit Laufzeiten von 5

19 Die Durationkennziffer berücksichtigt auch die laufenden Zinszahlungen, entspricht bei einer Nullkuponanleihe der Restlaufzeit und dient als Kenngröße für die Zinssensitivität eines Portefeuilles.

bis zu 27 Jahren²⁰, wobei über 40% (1999: beinahe 60%) des Volumens mit Fristigkeiten von 10 oder mehr Jahren ausgestattet waren. Die Laufzeit aller EUR-Bruttoaufnahmen im Jahr 2000 belief sich im Durchschnitt auf 8,9 Jahre.

In **Fremdwährung** ging die durchschnittliche Fristigkeit durch die Begebung der USD-ATB's (Geldmarktfinanzierungen in USD, die kurzfristig nach der Emission in Form von Devisentermingeschäften in EUR-Schuld kategorien transferiert werden) markant zurück (2000: 2,3 Jahre, 1999: 8,7 Jahre).

Tabelle 10: **Fristigkeit der Bruttoaufnahmen 1999 und 2000** ¹⁾

	1999		2000	
	Brutto- aufnahmen in Mio ATS	durchschnittl. Laufzeit in Jahren	Brutto- aufnahmen in Mio ATS	durchschnittl. Laufzeit in Jahren
E u r o s c h u l d ²⁾				
Anleihen	237.983	9,7	210.724	9,0
Bundesobligationen	-	-	-	-
Bundesschatzscheine ³⁾	9.150	0,9	2.890	0,6
Titrierte Euroschuld	247.133	9,3	213.613	8,9
Versicherungsdarlehen	275	10,0	-	-
Bankendarlehen	6.564	8,3	4.954	8,2
Sonstige Kredite	3.286	1,3	-	-
Nicht titrierte Euroschuld	10.125	6,1	4.954	8,2
Euroschuld	257.258	9,2	218.567	8,9
F W - S c h u l d ⁴⁾				
Anleihen	16.703	9,9	2.219	9,3
Schuldverschreibungen	2.449	0,5	-	-
Bundesschatzscheine	-	-	8.882	0,5
Titrierte Fremdwährungsschuld	19.153	8,7	11.100	2,3
Kredite und Darlehen	-	-	-	-
Fremdwährungsschuld	19.153	8,7	11.100	2,3
F i n a n z s c h u l d	276.411	9,2	229.667	8,6

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, der Konversionen sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten; ohne nachträgliche Swaps; Bewertung zum Aufnahmezeitpunkt.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

3) Dazu kommen 1999 131,0 Mrd ATS und 2000 120,9 Mrd ATS an Konversionen infolge von Zinssatzänderungen.

4) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Auf die **Restlaufzeit**²¹ des **gesamten Schuldenportefolles** (Finanzschuld des Bundes) wirkt sich die Fristigkeit der Bruttoaufnahmen angesichts des unterschiedlichen Mengengerüsts nur in abgeschwächtem Maße aus. Zudem beeinflussen vorzeitige Tilgungen das Laufzeitenprofil der Finanzschuld ebenfalls. Die **Restlaufzeit** aller aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes veränderte sich kaum und lag Ende 2000 mit 5,8 Jahren um 0,1

20 Die hier ausgewiesene Laufzeit entspricht bei Aufstockungen von Anleihen aus den Vorjahren nicht der vertraglichen Laufzeit der Ursprungsanleihe. So wurde beispielsweise im Berichtsjahr die 30-jährige 6,25%-Bundesanleihe des Jahres 1997 aufgestockt, die 2000 eine Laufzeit von nur noch 27 Jahren aufweist.

21 Bei den Berechnungen der Restlaufzeit werden vertraglich festgelegte Konversionsvereinbarungen berücksichtigt (Sicht des Schuldners), was insbesondere bei der Analyse der Fristigkeit von Bundesschatzscheinen zu beachten ist.

Jahre unter dem Vorjahreswert. Der leichte Rückgang ist auf die Verkürzung des durchschnittlichen Rückzahlungszeitraums von Banken- und Versicherungsdarlehen zurückzuführen. Bei der Fremdwährungsschuld führte die bereits in den vorangegangenen Jahren zu beobachtende Annäherung der Fristigkeiten zwischen den Währungen nunmehr zu einer einheitlichen Restlaufzeit der CHF- und JPY-Schuld von jeweils 4,7 Jahren (1999: CHF 4,5 Jahre und JPY 5,0 Jahre).

Tabelle 11: **Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1999 und 2000 nach Schuldformen** ¹⁾

	1999		2000	
	Stand 31.12. in Mio ATS	Restlaufzeit in Jahren	Stand 31.12. in Mio ATS	Restlaufzeit in Jahren
E u r o s c h u l d ²⁾				
Anleihen	1.097.622	6,1	1.181.799	6,1
Bundesobligationen	17.805	5,0	11.775	4,6
Bundesschatzscheine	84.459	5,0	74.176	3,1
Titrierte Euroschuld	1.199.887	6,0	1.267.750	6,0
Versicherungsdarlehen	129.093	5,8	122.856	5,1
Bankendarlehen	126.538	7,2	126.061	6,5
Sonstige Kredite	3.320	0,2	29	4,5
Nicht titrierte Euroschuld	258.950	6,4	248.946	5,8
Euroschuld	1.458.837	6,1	1.516.695	5,9
F W - S c h u l d ³⁾				
Anleihen	203.131	4,4	203.033	4,4
Schuldverschreibungen	11.012	8,4	12.276	8,1
Titrierte Fremdwährungsschuld	214.143	4,6	215.309	4,6
Kredite und Darlehen	17.279	6,7	15.315	5,9
Fremdwährungsschuld	231.422	4,8	230.623	4,7
F i n a n z s c h u l d	1.690.259	5,9	1.747.319	5,8

1) Finanzschulden unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

3) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Tabelle 12: **Durchschnittliche Restlaufzeit 1999 und 2000 nach Währungen** ¹⁾ (in Jahren)

	1999	2000
EUR/ATS	6,1	5,9
CHF	4,5	4,7
JPY	5,0	4,7

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Tabelle 13: **Durchschnittliche Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld 1998 bis 2000 nach Fristigkeit** ¹⁾

	1998		1999		2000	
	in Mio ATS	%-Anteil	in Mio ATS	%-Anteil	in Mio ATS	%-Anteil
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	150.966	9,8	144.993	8,9	156.052	9,4
Mittelfristig (zwischen 1 und 5 Jahren)	627.749	40,9	674.755	41,6	732.627	44,1
Langfristig (ab 5 Jahren)	756.971	49,3	803.612	49,5	772.264	46,5
Bereinigte Finanzschuld	1.535.687	100,0	1.623.361	100,0	1.660.943	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern, ohne im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitel.

Das **Laufzeitenprofil** der **bereinigten Finanzschuld des Bundes** verschob sich abermals in Richtung mittelfristige Finanzierungen (Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahre). Ende 2000 waren 156 Mrd ATS oder 9,4% (1999: 145 Mrd ATS oder 8,9%) der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, 733 Mrd ATS oder 44,1% (1999: 675 Mrd ATS oder 41,6%) mit einer Bindungsdauer von einem Jahr bis fünf Jahre und 772 Mrd ATS oder 46,5% (1999: 804 Mrd ATS oder 49,5%) mit einer Fristigkeit von mehr als fünf Jahren versehen.

Tabelle 14: **Tilgungsplan der Finanzschuld 2000 nach Schuldformen** ¹⁾ (in Mio ATS)

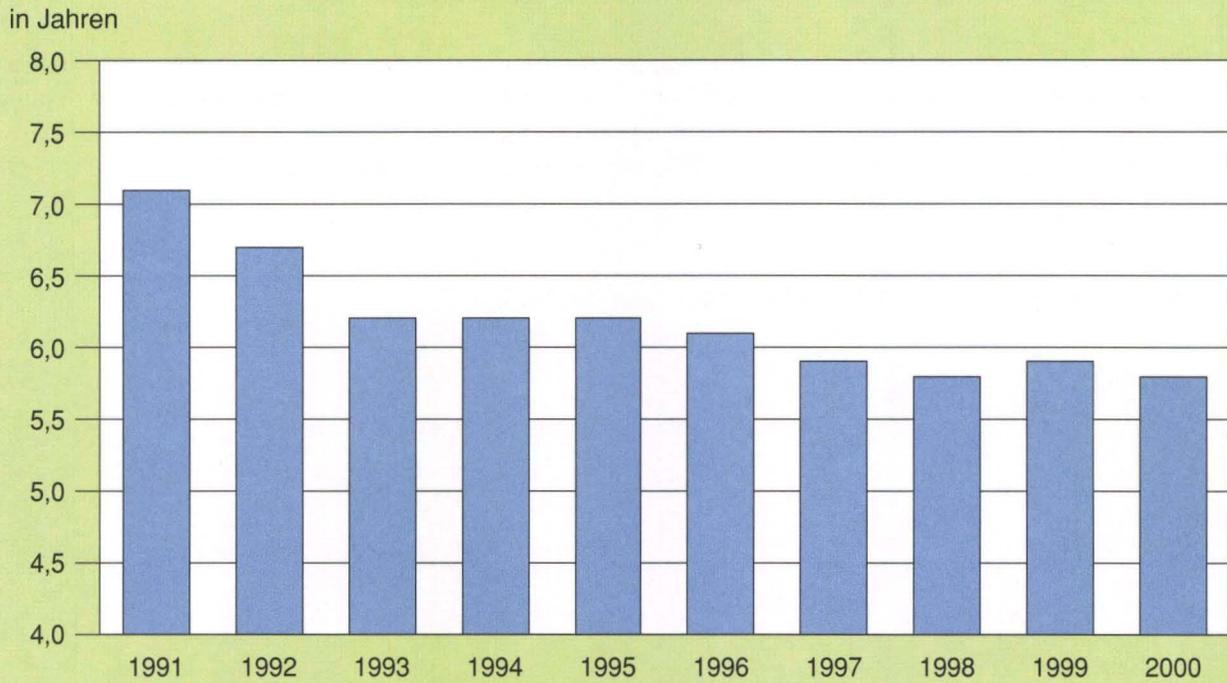
	2001	2002	2003	2004	2005	2006-2010
	BVA	BVA				
E u r o s c h u l d ²⁾						
Anleihen	80.433	120.277	157.693	134.521	161.513	433.025
Bundesobligationen	170	820	4.340	1.720	20	4.155
Bundesschatzscheine	37.959	15.760	-	-	7.637	27.452
Titrierte Euroschuld	118.563	136.857	162.033	136.241	169.170	464.632
Versicherungsdarlehen	7.883	9.645	10.429	11.137	15.932	63.541
Bankendarlehen	5.302	17.396	9.991	7.612	11.326	55.356
Sonstige Kredite	5	1	5	4	3	5
Nicht titrierte Euroschuld	13.190	27.041	20.425	18.752	27.262	118.903
Euroschuld	131.753	163.899	182.458	154.993	196.432	583.535
F W - S c h u l d ³⁾						
Anleihen	25.850	24.131	23.695	24.086	21.433	78.196
Schuldverschreibungen	732	-	-	-	-	7.680
Titrierte Fremdwährungsschuld	26.582	24.131	23.695	24.086	21.433	85.876
Kredite und Darlehen	-	-	184	4.559	2.758	6.067
Fremdwährungsschuld	26.582	24.131	23.879	28.646	24.191	91.943
F i n a n z s c h u l d	158.335	188.030	206.337	183.639	220.623	675.478

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern; ohne Tilgungen im Zuge von Konversionen.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

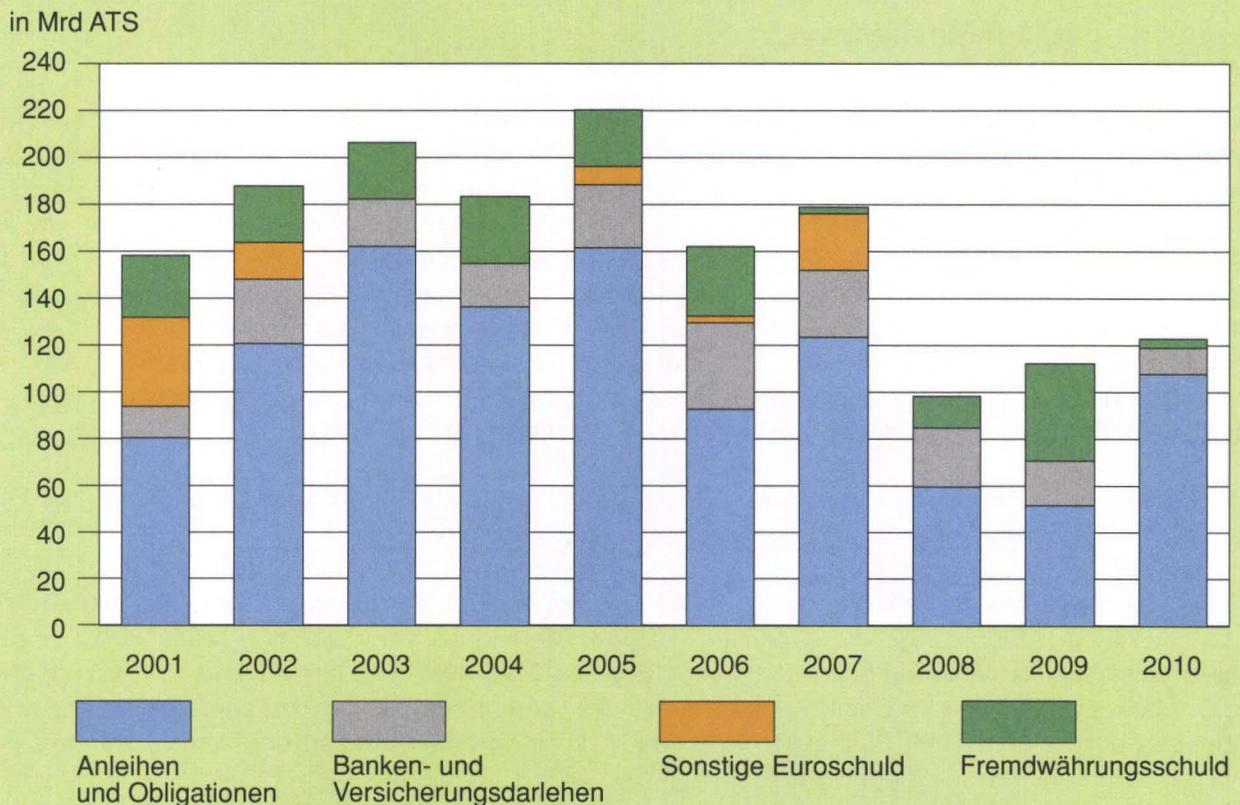
3) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Grafik 5
Durchschnittliche Restlaufzeit der Finanzschuld 1991 bis 2000*)



*) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Grafik 6
Tilgungsplan der Finanzschuld 2000 nach Schuldformen*)



*) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Die **Tilgungsverpflichtungen der Finanzschuld** werden sich in den nächsten Jahren in der Größenordnung von 160 bis 220 Mrd ATS bewegen, wobei der Maximalwert im Jahr 2005 erreicht wird. Für 2001 sind Tilgungen von 158,3 Mrd ATS im Bundesvoranschlag veranschlagt, die zu 83,2% in heimischer Währung (EUR oder nationale Währungseinheiten des EUR) erfolgen werden. Der in Fremdwährung zu bedienende Teil von 26,6 Mrd ATS verteilt sich zu rund 80% auf Zahlungen in JPY und zu rund 20% auf Zahlungen in CHF.

Gemessen an der Finanzschuld des Bundes in heimischer Währung per Ende 2000 sind in den ersten 5 Jahren 55% und binnen 10 Jahren 93% der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes zurückzuzahlen. Die Tilgungstermine der Fremdwährungsschuld in CHF und JPY konzentrieren sich ebenfalls primär auf die nächsten 10 Jahre. Zu diesem Zeitpunkt sollten 95% der Ende 2000 bestehenden Verbindlichkeiten in JPY und 100% in CHF getilgt sein.

Tabelle 15: **Tilgungsprofil der Finanzschuld 2000 nach Währungen** ¹⁾

	Anteil (%) der zu tilgenden Finanzschuld innerhalb von					
	1	3	5	7	10	15
	Jahr(en)					
EUR/ATS	8,7	31,5	54,7	75,1	93,2	95,5
CHF	4,9	27,2	49,5	75,9	100,0	.
JPY	16,2	34,4	58,3	68,6	95,4	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2.5 Verzinsung der Finanzschuld

Die Zinsentwicklung im Euroraum, insbesondere jene auf dem Geldmarkt, wird seit 1. Jänner 1999 durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) geprägt, die den Leitzinssatz (EZB-Tendersatz) innerhalb des Berichtsjahres von 3,0% auf 4,75% erhöhte.²² Die Drei-Monats-Sätze auf dem Geldmarkt (EURIBOR²³) erreichten im November mit 5,1% ihren höchsten Wert und lagen im Jahresdurchschnitt mit 4,4% um 1,4%-Punkte über jenen von 1999. Der 10-Jahres-Zinssatz, der seit Jänner 2000 zwischen 5,5% und 5,7% schwankte, zeigte seit Anfang November ebenfalls einen leichten Abwärtstrend. Die Zinsstrukturkurve hat sich somit im Verlauf des Jahres 2000 kontinuierlich und rasch verflacht. Der Abstand zwischen den 10-Jahres-Zinsen und den Drei-Monats-Zinsen sank von rund 220 Basispunkten zu Jahresanfang auf rund 20 Basispunkte zu Jahresende. Der Jahresdurchschnitt der Sekundärmarktrendite des Bundes im 10-Jahres-Bereich betrug im Berichtsjahr 5,3% und überschritt damit den historisch niedrigen Vergleichswert des Vorjahres um 1,2 %-Punkte.

Insgesamt stand das Berichtsjahr – wenngleich im geringeren Maße als 1999 - angesichts der flachen Zinsstrukturkurve im Zeichen von längerfristigeren Finanzierungen mit fixer Verzinsung.

Der Bestand an fix verzinsten Verbindlichkeiten (unter Berücksichtigung der Zinsswaps) erhöhte sich um 67,0 Mrd ATS oder 4,6% (1999: +135,2 Mrd ATS oder +10,2%), während die Verschuldung in variabler Verzinsung (einschließlich sprungfixer Verzinsung) um 10,0 Mrd ATS oder 4,3% (1999: -17,9 Mrd ATS oder -7,1%) abgebaut wurde. Von den aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes waren Ende des Berichtsjahres 87,2% mit einem **fixen Zinssatz** ausgestattet (1999: 86,2%). Der Anteil an Titeln mit **variabler oder sprungfixer Verzinsung**, der-

²² Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems mit wöchentlicher Ausschreibung und 14-tägiger Laufzeit werden seit 28. Juni 2000 als Zinstender mit amerikanischer Zuteilungsmethode anstelle des Mengentenders durchgeführt. Als Leitzinssatz beim Zinstender gilt der von der EZB vorgegebene Mindestbietungssatz.

²³ Euro Interbank Offered Rate: Referenzzinssatz für kurzfristige Ausleihungen zwischen den Banken der WWU.

en Zinssätze von der Entwicklung der **Kapitalmarktrenditen** (Sekundärmarkt, Primärmarkt) abhängen, verminderte sich von 5,1% auf 4,5% und Finanzierungsinstrumente mit **Geldmarktkonditionen** finanzierten Ende 2000 8,2% der Verbindlichkeiten des Bundes (1999: 8,6%). Die Restlaufzeit der mit einem fixen Zinssatz versehenen Schuldtitel erhöhte sich von 5,8 Jahren (1999) auf 5,9 Jahre.

Der merkliche Anstieg des Marktzinsniveaus im kurzfristigen Laufzeitensegment wirkte sich angesichts des hohen Fixzinsanteils an der Finanzschuld, geringer Geldmarktfinanzierungen, Tilgungen von Schuldkategorien mit vergleichsweise hohen Nominalzinssätzen und infolge der Anleiheaufstockungen auf die **Nominalverzinsung** der Verschuldung des Bundes nicht aus. Die Nominalverzinsung der Finanzschuld des Bundes betrug Ende 2000 abermals 5,4%. Allerdings muss hier erwähnt werden, dass die Kenngröße Nominalverzinsung infolge der in jüngster Zeit verfolgten Praxis, bestehende Anleihen aufzustocken, den tatsächlichen Durchschnittzinssatz (Rendite) für die Finanzschuld des Bundes nur noch eingeschränkt widerspiegelt. Die Rendite der Finanzschuld des Bundes dürfte Ende 1999 über der durchschnittlichen Nominalverzinsung gelegen sein.

Tabelle 17: **Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 1999 und 2000 nach Schuldformen** ¹⁾ (in %)

	Finanzschuld	
	1999	2000
E u r o s c h u l d ²⁾		
Anleihen	5,6	5,5
Bundesobligationen	6,8	7,0
Bundesschatzscheine	3,6	4,8
Titrierte Euroschuld	5,5	5,5
Versicherungsdarlehen	6,7	6,7
Bankendarlehen	6,1	6,3
Sonstige Kredite	2,6	0,1
Nicht titrierte Euroschuld	6,4	6,5
Euroschuld	5,6	5,7
F W - S c h u l d ³⁾		
Anleihen	4,3	4,0
Schuldverschreibungen	3,1	3,0
Titr. Fremdwährungsschuld	4,2	3,9
Kredite und Darlehen	3,3	3,3
Fremdwährungsschuld	4,2	3,9
F i n a n z s c h u l d	5,4	5,4

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

3) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

Tabelle 18: **Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld 1999 und 2000 nach Währungen** ¹⁾ (in %)

	Finanzschuld	
	1999	2000
EUR/ATS	5,6	5,7
CHF	4,3	4,2
JPY	4,1	3,5

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

Bei der **Fremdwährungsschuld** verzeichneten die JPY-Verbindlichkeiten mit 3,5% die niedrigste Nominalverzinsung, gefolgt von den CHF-Schuldskategorien mit 4,2%. Daraus leitete sich für die Fremdwährungsschuld ein durchschnittlicher Nominalzinssatz von 3,9% (1999: 4,2%) ab. Der Zinsabstand der EUR-Schuld zur Fremdwährungsschuld in Bezug auf die Nominalverzinsung betrug Ende 2000 1,8%-Punkte. Dieser Vergleich berücksichtigt jedoch keine Wechselkurseffekte beim Zinsaufwand der Fremdwährungsschuld.

2.6 Schuldendienst der Finanzschuld

Der **Schuldendienst** der **bereinigten Finanzschuld des Bundes** erreichte im Berichtsjahr 279,5 Mrd ATS und überstieg damit den Wert des Jahres 1999 um 29,0 Mrd ATS oder 11,6%. Der deutliche Anstieg geht beinahe ausschließlich auf höhere Tilgungen zurück (+24,2 Mrd ATS), die mehr als die Hälfte (rund 66%) des Schuldendienstes ausmachten.

Tilgungen belasten den Allgemeinen Haushalt des Bundes nicht. Schuldaufnahmen und Tilgungen, die unmittelbar refinanziert werden, sind Finanztransaktionen, die den Stand und die Struktur der Verschuldung verändern. Auf die **Ausgabenentwicklung des Bundesbudgets** bzw. auf die Defizitentwicklung wirken sich diese Finanztransaktionen ausschließlich indirekt in Form von veränderten Zinszahlungen sowie Transaktionskosten aus. Bei den im Jahr 2000 durchgeführten Tilgungen handelte es sich vorwiegend um Schuldskategorien mit vergleichsweise hohem Nominalzinssatz (Kupon), was dämpfende Effekte auf die Durchschnittsverzinsung der Finanzschuld hat und den Anstieg des Zinsaufwands bei steigendem Schuldenstand bremst.

Der **Zinsaufwand** für die Finanzschuld stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mrd ATS oder 1,8% (1999: +1,3 Mrd ATS oder +1,4%) und erreichte damit 93,0 Mrd ATS. Dieser Betrag leitet sich aus den Bruttoausgaben des Budgetkapitels 58 „Finanzschuld, Währungstauschverträge“ abzüglich der Einnahmen infolge des Eigenbesitzes, der Währungstauschverträge und übriger Einnahmekategorien (wie Stückzinsen²⁴ oder Devisentermingeschäfte) ab. Nur diese Nettodarstellung (Ausgaben abzüglich Einnahmen) zeigt die tatsächliche Zinsenbelastung auf.²⁵

²⁴ Die Einnahmen aus Stückzinsen (Zinszahlungen des Investors bei vom Kupontermin abweichenden Käufen von festverzinslichen Wertpapieren) nahmen infolge der Aufstockungen von Bundesanleihen in jüngster Zeit stark zu (2000: 3,6 Mrd ATS; 1999: 2,6 Mrd ATS, 1998: 2,2 Mrd ATS; 1997: 0,1 Mrd ATS).

²⁵ Betrachtet man nur die Budgetausgaben des Kapitels 58 und nicht den Nettoaufwand, so erhält man Informationen über den Zinsaufwand der Finanzschuld im engeren Sinn (vor Swaps und einschließlich der im eigenen Besitz befindlichen Schuldskategorien) ohne Einnahmen aus Stückzinsen.

Tabelle 19: **Schuldendienst für die bereinigte Finanzschuld ¹⁾ 1998 bis 2002 (in Mrd ATS)**

	Schuldendienst			davon Zinsen			davon Sonstiger Aufwand ³⁾		
	Euro ²⁾	Fremdwährung	Summe	Euro ²⁾	Fremdwährung	Summe	Euro ²⁾	Fremdwährung	Summe
1998	200,5	36,9	237,4	74,6	15,5	90,1	-1,4	-2,6	-4,1
1999 ⁴⁾	236,1	14,4	250,5	83,0	8,4	91,4	0,0	0,1	0,1
2000	241,5	38,0	279,5	82,9	10,1	93,0	2,9	0,3	3,2
2001 (BVA)	225,0	36,2	261,1	83,7	9,6	93,2	9,5	0,0	9,6
2002 (BVA)	257,6	32,7	290,3	87,4	8,5	95,9	6,4	0,0	6,4

1) Tilgungen, Zinsen und sonstiger Aufwand unter Berücksichtigung der Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Zahlungen in heimischer Währung.

3) Insbesondere Emissionskosten, Nettoemissionsverluste und Stückzinsen.

4) Zeitreihenbruch: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWU-Währungen; Tilgungen einschließlich Wertpapierrückkäufe.

Quelle: Bis 1999 Bundesrechnungsabschluss, für 2000 vorläufiger Gebarungserfolg, für 2001 und 2002 Bundesvoranschlag.

Tabelle 20: **Ausgaben für Zinsen und Tilgungen 1998 bis 2000 (in Mrd ATS)**

	1998			1999 ¹⁾²⁾			2000 ²⁾		
	Zinsen	Tilgungen	Insgesamt	Zinsen	Tilgungen	Insgesamt	Zinsen	Tilgungen	Insgesamt
Anleihen und									
Bundessobligationen	50,0	60,2	110,3	61,8	129,7	191,5	63,3	121,0	184,3
Sonstige Euroschuld	24,6	67,1	91,7	21,2	23,4	44,6	19,6	34,7	54,2
Euroschuld	74,6	127,3	201,9	83,0	153,1	236,1	82,9	155,7	238,6
Fremdwährungsschuld	15,5	24,0	39,4	8,4	6,0	14,3	10,1	27,6	37,8
F i n a n z s c h u l d	90,1	151,3	241,4	91,4	159,1	250,4	93,0	183,3	276,3

1) Zeitreihenbruch: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWU-Währungen.

2) Tilgungen einschließlich Wertpapierrückkäufe.

Quelle: Für 1998 und 1999 Bundesrechnungsabschluss, für 2000 vorläufiger Gebarungserfolg.

Die Ausgabenkategorie **sonstiger Aufwand**, in der die Transaktionskosten, die Ausgaben bzw. Einnahmen bei Unter- bzw. Über-pari-Emissionen und die Kursdifferenzen von Wertpapieren infolge von Rückkäufen oder Konversionen subsumiert sind, betrug im Jahr 2000 in Nettobetrachtung 3,2 Mrd ATS (1999: 0,1 Mrd ATS). Im Jahr 2000 standen hier Ausgaben in Höhe von 7,3 Mrd ATS, von denen 2,4 Mrd ATS auf Provisionen und Entgelte, 2,6 Mrd ATS auf Emissionsverluste durch Unter-pari-Emissionen und 2,3 Mrd ATS auf Wertpapierkursverluste durch Rückkäufe entfielen, Einnahmen in Höhe von 4,2 Mrd ATS (insbesondere Emissionsgewinne von 3,2 Mrd ATS durch Über-pari-Emissionen und Wertpapierkursgewinne von 0,8 Mrd ATS) gegenüber. ²⁶

²⁶ Der Überhang der sonstigen Einnahmen über die sonstigen Ausgaben im Jahr 1998 von 4,1 Mrd ATS ist auf die Auflösung des Nullkuponfonds zurückzuführen.

Im **heurigen Jahr** sollen sich laut Bundesvoranschlag die **Tilgungsvolumina** im Vorjahresvergleich verringern (-25,0 Mrd ATS oder -13,6%), während für die **Zinszahlungen** ein Wert erwartet wird, der de facto jenem des Vorjahres entspricht (+0,2 Mrd ATS oder +0,2%). Für die Schuldendienstkomponente **sonstiger Aufwand** ist demgegenüber ein vergleichsweise hoher Betrag von netto 9,6 Mrd ATS veranschlagt (+6,4 Mrd ATS).

Tabelle 21: **Gesamtwirtschaftliche Kenngrößen zum Zinsendienst 1998 bis 2002**

	Zinsendienst in % des Brutto- inlandsprodukts	Zinsendienst in % des Netto- abgabenerfolgs ¹⁾
1998	3,4	19,6
1999	3,4	20,3
2000 ²⁾	3,3	20,5
2001 (BVA)	3,2	18,6
2002 (BVA)	3,1	18,3

1) Nettosteuererinnahmen des Bundes laut Kapitel 52 Bundesfinanzgesetz.

2) Zeitreihenbruch: Abzüglich Ausgaben für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz.

Quelle: Bis 1999 Bundesrechnungsabschluss und Statistik Austria, für 2000 vorläufiger Gebarungserfolg und WIFO, für 2001 und 2002 Bundesvoranschlag und WIFO-Prognose (März 2001).

Die **Zinsausgaben** für die Finanzschuld des Bundes stellen auch weiterhin eine bedeutende Ausgabenposition des Bundes dar, wenngleich der Anstieg der Zinsausgaben eingedämmt werden konnte. Der Zinsendienst für die Finanzschuld des Bundes dürfte mittlerweile - angesichts der markanten Zunahme der Auslandsverschuldung des Bundes seit 1998 (siehe Kapitel 2.1) - zu rund 50% in das Ausland fließen, was als Ergebnis der zunehmenden Verschmelzung der WWU-Finanzmärkte gesehen werden kann.²⁷

Die Zinsen binden rund ein Fünftel des Nettoabgabenerfolgs des Bundes (Budgetkapitel 52 „Öffentliche Abgaben“) und sind seit 1997 höher als das Nettodefizit des Bundes. 2000 betrug die **Zinsen-Steuer-Quote** 20,5% und der **administrative Primärüberschuss** (Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Bundes ohne Zinszahlung) 53,7 Mrd ATS oder 1,9% des BIP (1999: 23,2 Mrd ATS oder 0,9% des BIP). Primärüberschüsse dienen als eine wichtige Kenngröße für den Konsolidierungspfad des Bundeshaushalts und sind unter den seit Anfang der Achtzigerjahre herrschenden ökonomischen Rahmenbedingungen (Zinsniveau über dem nominellen BIP-Wachstum) eine notwendige Voraussetzung, um den Schuldenstand gemessen am BIP zu stabilisieren. Im Berichtsjahr war erstmals seit 10 Jahren ein Rückgang der Schuldenquote des Bundes zu verzeichnen (2000: 58,6% des BIP; 1999: 59,9% des BIP).

²⁷ Näheres siehe Kapitel 4.3 Finanzierungsströme mit dem Ausland.

2.7 Zusammenfassung

1. Der im **Berichtsjahr 2000** neu zu finanzierende Budgetabgang des Bundes (**Nettodefizit im Sinne des BHG**) war mit 39,3 Mrd ATS deutlich niedriger als der Vergleichswert des Vorjahres (68,2 Mrd ATS) und zog parallel dazu eine merkbare Verlangsamung der Schuldzunahme des Bundes nach sich: Der **Zuwachs der bereinigten Finanzschuld** des Bundes betrug 37,6 Mrd ATS oder 2,3% und unterschritt damit den Vergleichswert des Vorjahres (+87,7 Mrd ATS oder +5,7%) um mehr als die Hälfte.
2. Die Abweichung der **Finanzschuldzunahme** vom **Nettodefizit** im Jahr 2000 um -1,7 Mrd ATS ist im Wesentlichen auf ultimoübergreifende Transaktionen zurückzuführen. Bewertungsänderungen der Fremdwährungsschuld infolge von Wechselkursveränderungen erhöhten den Schuldenstand im Jahr 2000 zwar um 0,8 Mrd ATS, die vermehrte Inanspruchnahme von unechten Pensionsgeschäften über den Jahresultimo drückte jedoch insgesamt die Zunahme der bereinigten Finanzschuld unter den Budgetabgang des Bundes.
3. Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (ohne Eigenbesitz) erreichte zu Jahresende 2000 die Höhe von 1.660,9 Mrd ATS. Der in der Tabelle 1 ebenfalls ausgewiesene Betrag von 1.747,3 Mrd ATS für die **Finanzschuld** stellt die Verschuldung des Bundes einschließlich der im eigenen Besitz befindlichen Bundespapiere dar. Der Besitz des Bundes an eigenen Papieren wird für Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihegeschäfte, für die Liquiditätssteuerung (Kassenhaltung) sowie für die Marktpflege herangezogen. Insgesamt erreichte Ende 2000 das Asset-Portefeuille des Bundes an eigenen Schuldtiteln 86,4 Mrd ATS.
4. Die Ausrichtung des Debt-Managements des Bundes steht weiterhin im Zeichen der veränderten **Marktgegebenheiten im Euroraum**. Die Nachfrageseite des Eurorentenmarktes wird von international agierenden Finanzintermediären geprägt, die dem Kriterium „Liquidität“ sehr hohe Bedeutung beimessen. Kleinere Länder, wie Österreich, verfügen nach internationalen Maßstäben weder über einen breiten und tiefen heimischen Finanzplatz noch über hohe Finanzierungserfordernisse. Gleichzeitig segmentieren Zutrittsbarrieren zu Börsen, Primärmärkten und zu Derivatmärkten sowie steuerliche Unterschiede den Eurofinanzmarkt, wodurch sich die positiven Impulse der Währungsunion nur eingeschränkt entfalten können. Eine zunehmende Verschmelzung der Finanzmärkte im Euroraum ist in den nächsten Jahren jedoch zu erwarten. So wurden auf EU-Ebene in jüngster Zeit verstärkt Initiativen zur Integration des Eurofinanzmarktes gesetzt.
5. Der **Zinsabstand** österreichischer Bundesanleihen gegenüber jenen von Deutschland weitete sich - trotz liquiditätsfördernder Maßnahmen des Debt-Managements in Österreich - im ersten Halbjahr 2000 weiter aus. Im Jahresdurchschnitt erreichte die Renditedifferenz zu Deutschland bei 10-jährigen Anleihen bereits 29 Basispunkte. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres war noch ein Zinsabstand von 19 Basispunkten zu verzeichnen. Das Zinsdifferenzial aller WWU-Staaten (ohne Griechenland) stieg im Jahresdurchschnitt um 4 Basispunkte auf 25 Basispunkte und bewegte sich in einer Bandbreite von 13 (Frankreich) bis 34 Basispunkten (Portugal).
6. Die Nachfrage nach österreichischen Bundespapieren war trotz dieser Rahmenbedingungen auf dem Primärmarkt im Berichtsjahr weiterhin hoch und überstieg das Tenderangebot des Bundes in der Regel bei weitem. Die Käufer der EUR-Bundesanleihen waren – wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren - vorwiegend ausländische Primärhändler, die diese Papiere im Ausland (vorwiegend im WWU-Raum) platzierten. Die **Auslandsverschuldungsquote** des Bundes (im Besitz von Ausländer befindliche Verbindlichkeiten des Bundes gemessen an der Finanzschuld des Bundes im engeren Sinn einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen) erreichte Ende 2000 die Quote von 52,9% (Ende 1999: 47,8%).
7. Die **Struktur der Finanzschuld des Bundes** in Österreich verschob sich im Jahr 2000 weiter in Richtung titrierter Euro-Schuldformen, wobei klassische, im Auktionsverfahren (Renditentender) begebene Anleihen mit fixer Verzinsung und Endfälligkeit dominierten. Daneben beauftragte der Bund auch Bankenkonsortien im Rahmen eines Syndikatsverfahrens die Platzierung von Bundesanleihen vorzunehmen. Zu Jahresende 2000 finanzierten titrierte Schuldformen 84,9% der Finanzschuld des Bundes (1999: 83,7%).
8. Die **Fremdwährungsschuld** des Bundes unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge setzt sich seit Beginn der WWU aus zwei Währungen (JPY und CHF) zusammen. Ihre Anteile an der bereinigten Finanzschuld des Bundes beliefen sich zu Jahresende auf 13,9% (1999: 14,2%). Im Bereich der Fremdwährungs-

verschuldung des Bundes wurden im Berichtsjahr fällige Verbindlichkeiten durchwegs nur durch Neuaufnahmen refinanziert.

9. Das Volumen an Währungstauschverträgen (einschließlich Devisentermingeschäften) nahm zum zweiten Mal in Folge sowohl bei der Fremdwährungsschuld als auch bei der EUR-Verschuldung deutlich zu. Die **Schulden des Bundes aus WTV** erhöhten sich im Berichtsjahr um insgesamt 16,0 Mrd ATS oder 12,0% und 1999 um 33,3 Mrd ATS oder 33,2%. Zu Jahresende 2000 betragen die WTV-Verbindlichkeiten der Finanzschuld bereits 149,6 Mrd ATS und der Nominalwert der Zinsswaps (einschließlich Rechtsträgerfinanzierungen) 116,2 Mrd ATS. Der Einsatz von Derivatgeschäften ermöglicht dem Debt-Management auf Zins- und Wechselkursentwicklungen rasch zu reagieren, Arbitragemöglichkeiten zu nützen und die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) des Schuldenportefeuilles losgelöst von den Schuld aufnehmen zu steuern. Die Finanzierungskosten und das Risikoprofil der Verschuldung können damit im Zeitablauf aktiv gesteuert werden, was im Regelfall Kosteneinsparungen nach sich zieht. Allerdings erhöhen Derivatgeschäfte durch das Ausfallrisiko der Vertragspartner, aber auch durch Abwicklungsrisiken grundsätzlich das Risikoprofil des Schuldenportefeuilles.
10. Das **Laufzeitenprofil** der **bereinigten Finanzschuld des Bundes** verschob sich abermals in Richtung mittelfristige Finanzierungen (Restlaufzeiten zwischen einem und fünf Jahre). Ende 2000 waren 156 Mrd ATS oder 9,4% (1999: 145 Mrd ATS oder 8,9%) der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, 733 Mrd ATS oder 44,1% (1999: 675 Mrd ATS oder 41,6%) mit einer Bindungsdauer von einem Jahr bis fünf Jahre und 772 Mrd ATS oder 46,5% (1999: 804 Mrd ATS oder 49,5%) mit einer Fristigkeit von mehr als fünf Jahren versehen.
11. Der merkliche Anstieg des Marktzinsniveaus im kurzfristigen Laufzeitensegment wirkte sich angesichts des hohen Fixzinsanteils an der Finanzschuld, geringer Geldmarktfinanzierungen, Tilgungen von Schuld kategorien mit vergleichsweise hohen Nominalzinssätzen und infolge der Anleiheaufstockungen auf die **Nominalverzinsung** der Verschuldung des Bundes nicht aus. Die Nominalverzinsung der Finanzschuld des Bundes betrug Ende 2000 abermals 5,4%. Der **Zinsaufwand** für die Finanzschuld lag im Berichtsjahr bei 93,0 Mrd ATS und überschritt damit den Vorjahreswert um 1,7 Mrd ATS oder +1,8%.
12. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die gegebene Fristigkeits- und Verzinsungsstruktur der **Finanzschuld des Bundes** in Bezug auf Veränderungen des Marktzinsniveaus sowie hinsichtlich eventueller kurzfristiger Finanzmarktstörungen **weiterhin relativ robust** erscheint. Aus stabilitätsorientierter Sicht kritischer zu sehen ist die dynamische Entwicklung der **Derivatgeschäfte** (im wesentlichen Swaps, aber auch Devisentermingeschäfte) des Bundes, die mit einem zusätzlichen Risiko, nämlich dem Ausfallrisiko des Vertragspartners, behaftet sind. Daher werden zur Reduktion dieses Risikos Swaptransaktionen seit dem Jahr 2000 mit Collaterals (Besicherungsinstrumenten) unterlegt.

3 FISKALPOSITION DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE IN ÖSTERREICH IM SINNE DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTES

Der EG-Vertrag zur Gründung der Europäischen Union²⁸ verpflichtete die EU-Staaten, „übermäßige“ Defizite zu vermeiden. Diese Auflagen wurden mit dem im Juli 1997 verabschiedeten „Stabilitäts- und Wachstumspakt“²⁹ noch verstärkt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht ein multilaterales Überwachungsverfahren vor, das eventuelle Fehlentwicklungen rasch sichtbar macht und die WWU-Länder vor Überschreiten der Defizitgrenze von 3% des BIP veranlassen soll, geeignete Korrekturmaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichteten sich die Teilnehmerländer der WWU, ihre Budgetpolitik so auszurichten, dass mittelfristig ein „nahezu ausgeglichener Haushalt oder Budgetüberschuss“ erreicht wird. Nahezu ausgeglichene Budgethaushalte in normalen Konjunkturlagen sollen den erforderlichen haushaltspolitischen Spielraum schaffen, um die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und um gegebenenfalls antizyklische Maßnahmen setzen zu können, ohne die Obergrenze für das öffentliche Defizit von 3% des BIP zu überschreiten. Zudem sind „Stabilitätsprogramme“ von den Teilnehmerländern der WWU jährlich bis Ende des ersten Quartals vorzulegen, die über die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung und die Budgetziele des laufenden und der folgenden drei Jahre Auskunft geben. Diese Stabilitätsprogramme unterliegen einem multilateralen Prüfungsverfahren auf EU-Ebene und sollen sicherstellen, dass die Verpflichtungen des EG-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingehalten werden.

Die **ökonomischen Notwendigkeiten** für die Gewährleistung einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik im Euro-Raum sind vielfältig: Solide Haushaltsgebarung stützt die Geldpolitik in ihrer Aufgabe, die Preise stabil und das Zinsniveau niedrig zu halten. Durch Budgetrestriktionen kann vermieden werden, dass sich hohe Budgetdefizite in einigen Ländern der WWU negativ auf den gesamten Währungsraum auswirken. Zudem kommt insbesondere der Finanzpolitik die Aufgabe zu, asymmetrische Schocks in der WWU abzufedern bzw. bei nationalen Konjunkturschwankungen zu stabilisieren. Durch eine Verringerung der öffentlichen Verschuldung kann weiteres Spielraum geschaffen werden, um verstärkt wachstums- und beschäftigungsfördernde Akzente in der Finanzpolitik, wie Investitionen in die Infrastruktur und Humankapital sowie Steuerreduktionen, zu setzen.

Die Daten zur Defizit- und Verschuldungsentwicklung aller öffentlichen Haushalte werden auf Basis international abgestimmter Konzepte (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95)) ermittelt³⁰ und weichen von jenen der **traditionellen** Finanzstatistiken (Bund, Länder, Gemeinden) und damit den Gebärungsübersichten der Statistik Austria³¹ und des Kapitels 2 des Finanzschuldenberichts ab. Die Differenzen beruhen auf methodischen Unterschieden, wobei folgende **drei Aspekte** hervorzuheben sind:

- Der **Sektor Staat laut ESVG 95** bzw. laut Konvergenzkriterien von Maastricht deckt nicht nur jene Einheiten ab, die in den Budgets der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger enthalten sind, sondern auch so genannte „außerbudgetäre Einheiten“, wie rechtlich selbstständige Fonds (z.B. Insolvenzausgleichsfonds, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds). Gleichzeitig werden staatsnahe oder in den öffentlichen Budgets subsumierte Einheiten ausgeklammert, die grundsätzlich marktmäßige (kommerzielle) Tätigkeiten erbringen (Bahn, Post, Wiener Stadtwerke, ASFINAG, Schieneninfrastrukturgesellschaft (SCHIG)). Für die Unterscheidung, ob es sich um Einheiten des Staates oder des Unternehmenssektors handelt, sind mehrere Kriterien, wie insbesondere die „50-Prozent-Regel“ im ESVG, maßgeblich. Die Prozentregel besagt, dass eine Aktivität marktbestimmt ist, wenn etwa 50% oder mehr der gesamten laufenden Einnahmen aus Produktionserlösen stammen.

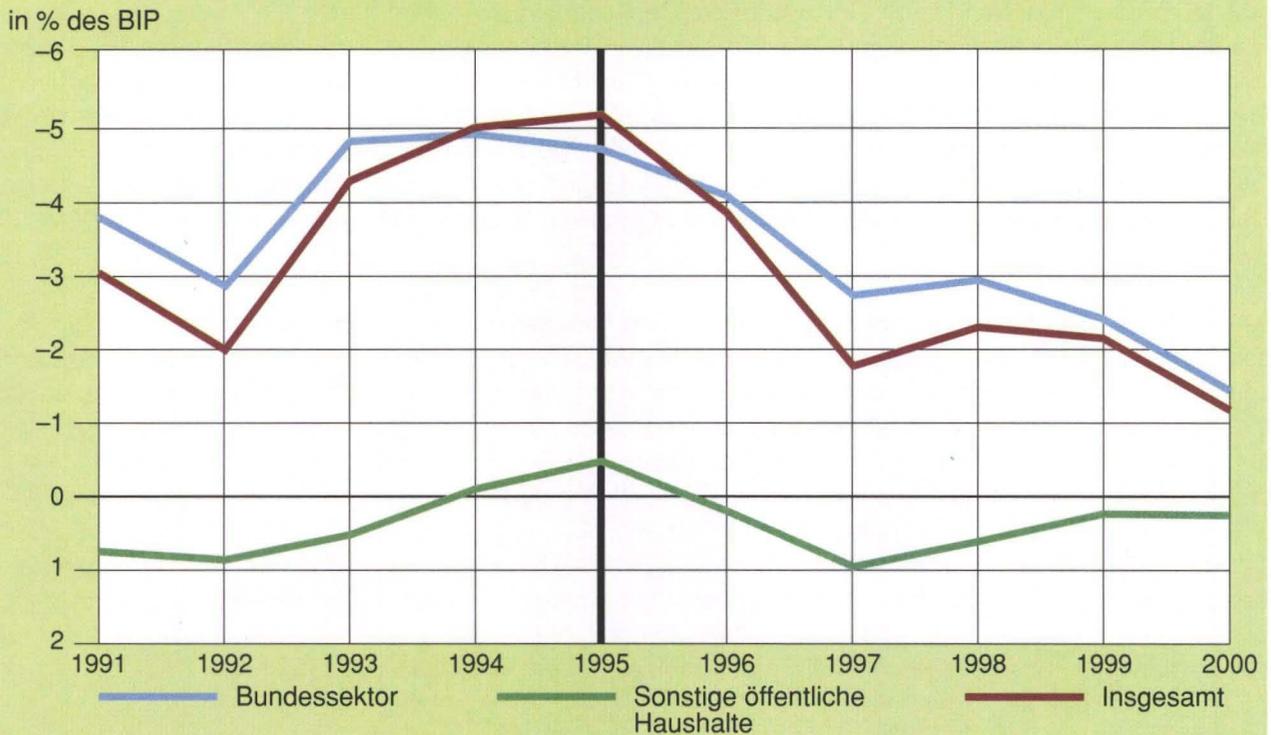
28 Vertrag über die Europäische Union, "EUROPE"/Dokument Nr. 1759/60, Agence Internationale d'Information pour la Presse, Brüssel 1992. Artikel 104c und 109j EG-Vertrag und Protokoll 5 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit.

29 Verordnung über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken (Nr. 1466/97), Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (Nr. 1467/97) und Entschließung des Europäischen Rates vom 17. Juni 1997 über den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

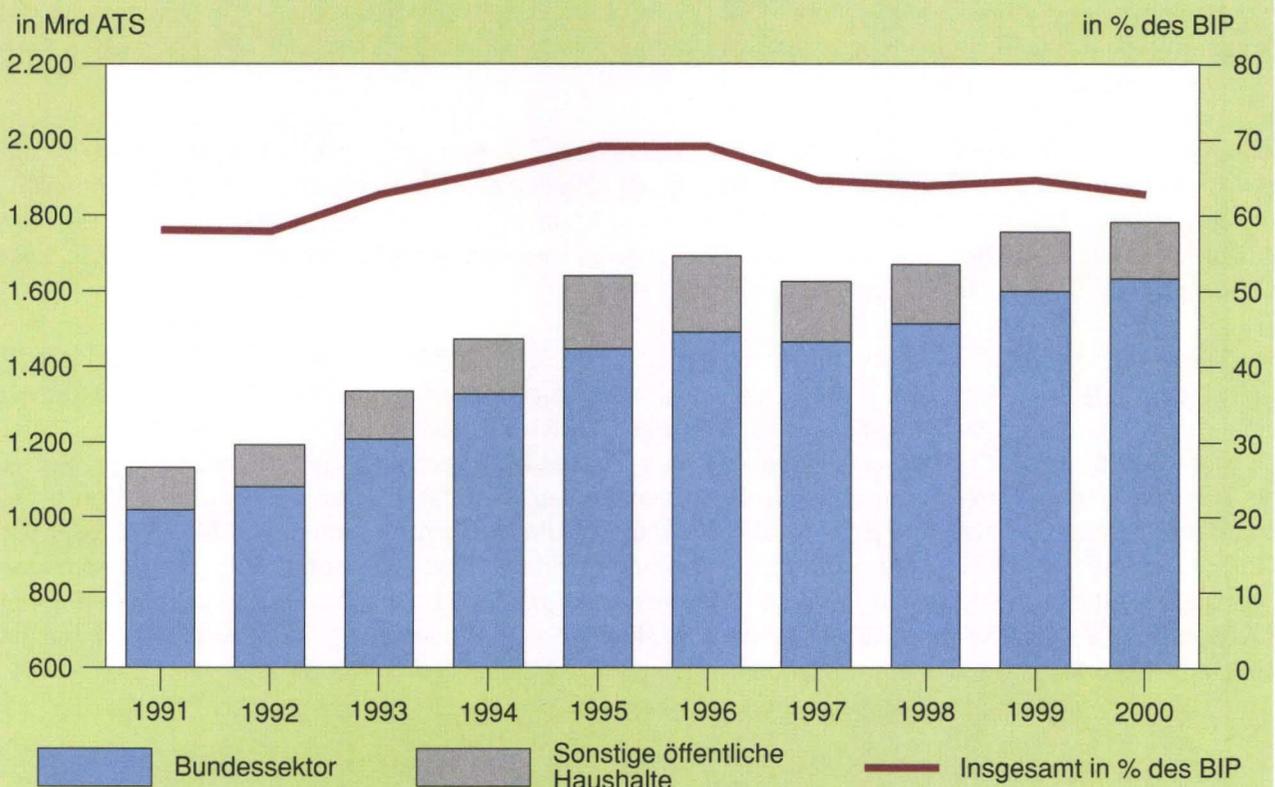
30 Die unterschiedlichen EU-Vorgaben und der in Gang gesetzte EU-Abstimmungsprozess zur Erhöhung der Datenvergleichbarkeit sind Gegenstand des Artikels „Fiskalische Maastrichter Konvergenzkriterien, EUROSTAT-Entscheidungen zur Berechnung von öffentlichem Defizit und öffentlichem Schuldenstand“, in: Statistische Nachrichten, Heft 5/1998, ST.AT.

31 Statistik Austria, Beiträge zur Österreichischen Statistik, Gebärungsübersichten 20.. (Gebietskörperschaften und sonstige öffentliche Rechtsträger).

Grafik 7
Öffentliches Defizit laut Maastricht 1991 bis 2000*



Grafik 8
Öffentliche Verschuldung laut Maastricht 1991 bis 2000*
 Jahresendstände



- Der **Defizitbegriff** im Sinne von Maastricht bzw. ESVG, „Net-borrowing oder negativer Finanzierungssaldo“, weicht konzeptiv vom administrativen Nettodefizitbegriff ab, indem er nicht nur die Entwicklung der Verbindlichkeiten, sondern auch von Forderungen berücksichtigt. Ein negativer Finanzierungssaldo bedeutet, dass sich das **Nettofinanzvermögen** des Staates innerhalb des Beobachtungszeitraums reduziert hat. Im Gegensatz zum administrativen Defizit führt weder die Deckung von Ausgaben durch den Abbau von finanziellen Forderungen (Rücklagenentnahmen, Veräußerung von Beteiligungen, etc.) zu einem geringeren Defizit im Sinne von Maastricht, noch steigt das Defizit durch budgetäre Ausgaben an, die dazu verwendet werden, das Finanzvermögen zu erhöhen. Dazu zählen beispielsweise die Darlehensvergaben der Länder im Rahmen der Wohnbauförderung, die im Sinne des ESVG nicht defizitwirksam sind. Diese konzeptionellen Unterschiede zwischen dem administrativen und dem ESVG-Defizitbegriff sind dafür verantwortlich, dass die Länder und Gemeinden in der Regel zwar Defizite in den administrativen Budgets, nicht jedoch im Sinne des ESVG aufweisen.
- Laut ESVG erfolgt die Verbuchung der Transaktionen grundsätzlich nach dem „**Accrual-Prinzip**“, d.h. nach dem Zeitpunkt der Entstehung einer Forderung bzw. einer Verbindlichkeit. Im Gegensatz dazu herrscht bei den administrativen Statistiken das „Kassenprinzip“ vor, was insbesondere beim Steueraufkommen (z.B. Mehrwertsteuer) und beim Zinsaufwand für die öffentliche Verschuldung zu unterschiedlichen Ergebnissen führt. Während auf Cash-Basis (administratives Budget) für Schuld aufnehmen des Jahres t der Zinsaufwand im Regelfall erst im Jahr t+1 zu verbuchen ist, fällt nach der periodenbereinigten Zuordnung (Accrual-Prinzip) ein Teil des Zinsaufwands, nämlich jener vom Zeitpunkt der Schuldaufnahme bis zum Jahresende, bereits im Jahr t an. Parallel dazu reduziert sich der Zinsaufwand im Tilgungsjahr um diesen Betrag. Das Ausmaß der Abweichung im jeweiligen Jahr hängt von mehreren Faktoren ab (Höhe der Neuverschuldung, Zeitpunkt, Höhe und Zinssatz der jeweils zu tilgenden sowie Zeitpunkt und Zinssatz der zu refinanzierenden Schuld) und kann sowohl zu höheren als auch niedrigeren Ergebnissen als bei der Cash-Betrachtung führen.

3.1 Defizitentwicklung laut Maastricht

Die an die EU-Institutionen übermittelten aktuellen **Ergebnisse für die Defizitentwicklung des öffentlichen Sektors** in Österreich zeigen, dass merkliche Konsolidierungsfortschritte im Jahr 2000 erzielt wurden. Für 2001 ist zudem ein weiterer Abbau des öffentlichen Defizits vorgesehen. Dieser Verlauf ist vor dem Hintergrund eines veränderten Budgetkonzepts zu sehen, das sich zum Ziel gesetzt hat, ein Nulldefizit für den öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2002 zu erreichen.

In der offiziellen Stellungnahme des ECOFIN-Rats zum Stabilitätsprogramm 2000 bis 2003 vom März 2000 wurde Österreich aufgefordert, den Konsolidierungsprozess durch eine disziplinierte Einnahmen- und Ausgabenpolitik in den nächsten Jahren deutlich zu beschleunigen. Auch der Staatsschuldenausschuss, der schon im Dezember 1999 der Regierung empfohlen hatte, den Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen, schloss sich in seiner Empfehlung vom Juli 2000 den EU-Forderungen an.

Der deutliche Rückgang des öffentlichen Defizits von 57,7 Mrd ATS oder 2,1% des BIP im Jahr 1999 auf 32,5 Mrd ATS oder 1,1% des BIP im Jahr 2000 wurde einnahmenseitig durch die gute Konjunkturlage sowie Steuererhöhungen (Elektrizitätsabgabe, motorbezogene Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Gebühren), die den Einnahmeherausfall der Steuerreform 1999 verminderten, und ausgabenseitig durch Ausgabenzurückhaltung (v.a. laufende Transfers und Personalaufwand) sowie durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen (Universal Mobile Telecommunication System) erzielt. Der Erlös für den Verkauf der UMTS-Lizenzen betrug 11,4 Mrd ATS oder 0,4% des BIP und ist gemäß ESVG 95 als negative Ausgabenposition unter Code K2 „Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern“ zu verbuchen. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen des Gesamtstaates auf 1.434,3 Mrd ATS oder 50,6% des BIP und die Ausgaben auf 1.466,7 Mrd ATS oder 51,8% des BIP (1999: Einnahmen: 1.399,5 Mrd ATS oder 51,6% des BIP; Ausgaben: 1.455,8 Mrd ATS oder 53,7% des BIP).

Tabelle 22: **Entwicklung des öffentlichen Defizits nach Sektoren 1997 bis 2001**

	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP
1997	-67,8	-2,7	19,7	0,8	4,2	0,2	-43,9	-1,7
1998	-75,9	-2,9	13,9	0,5	2,4	0,1	-59,6	-2,3
1999	-64,5	-2,4	7,4	0,3	-0,6	-0,0	-57,7	-2,1
2000 ¹⁾	-40,0	-1,4	9,0	0,3	-1,5	-0,1	-32,5	-1,1
2001 ²⁾	-42,2	-1,4	23,0	0,8	-2,5	-0,1	-21,7	-0,7

1) Vorläufige Daten.

2) Schätzung BMF.

Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2001; BIP: WIFO-Prognose vom März 2001.

Tabelle 23: **Öffentliches Defizit, Zinszahlungen und Primärsaldo 1997 bis 2001**

	Öffentliches Defizit		Zinszahlungen		Primärsaldo	
	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP
1997	-43,9	-1,7	-97,4	-3,9	53,5	2,1
1998	-59,6	-2,3	-98,4	-3,8	38,9	1,5
1999	-57,7	-2,1	-95,7	-3,5	38,0	1,4
2000 ¹⁾	-32,5	-1,1	-101,5	-3,6	69,0	2,4
2001 ²⁾	-21,7	-0,7	-99,0	-3,4	77,3	2,6

1) Vorläufige Daten.

2) Schätzung BMF.

Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2001; BIP: WIFO-Prognose vom März 2001.

Die **sektorale Verteilung der Salden** des öffentlichen Sektors ergibt, dass für die Defizitreduktion im Jahr 2000 der Bundessektor maßgeblich gewesen sein dürfte.³² Während das Defizit des Bundessektors von 2,4% des BIP (1999) auf 1,4% des BIP (2000) rückgeführt wurde, veränderten sich die Salden der sonstigen öffentlichen Rechtsträger kaum (Länder und Gemeinden: +0,3% des BIP 1999 und 2000; Sozialversicherungsträger: -0,0% des BIP 1999 bzw. -0,1% des BIP 2000). Für das heurige Jahr wurde ein Beitrag der Länder und Gemeinden zum Konsolidierungsprozess in Höhe von 23 Mrd ATS oder 0,8% des BIP vereinbart. Bei sektoralen Analysen der Salden des öffentlichen Sektors ist allerdings generell zu beachten, dass diese stark von den institutionellen und rechtlichen Gegebenheiten (Aufgabenverteilung, Steuerkompetenzen, Finanzausgleichsregeln) innerhalb des öffentlichen Sektors abhängen.

Der **Primärsaldo** der öffentlichen Haushalte, der über die aktuellen budgetären Einnahmen- und Ausgabenrelationen Aufschluss gibt und Aufwendungen für Budgetdefizite der Vergangenheit³³ außer Acht lässt, erhöhte sich im Berichtsjahr ebenfalls deutlich: Nach Primärüberschüssen von 38,9 Mrd ATS bzw. 38,0 Mrd ATS in den Jahren 1998 und 1999, erreichte der Primärüberschuss des öffentlichen Sektors im Jahr 2000 die Höhe von 69,0 Mrd ATS. Dieser Betrag, der gemessen an der Wirtschaftsleistung 2,4% des BIP betrug, war unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen³⁴ ausreichend, um die Schuldenquote bezogen auf das BIP spürbar zu senken (siehe Tabelle 25).

Im **internationalen Vergleich** hat sich die Position Österreichs ebenfalls leicht verbessert: Während im Jahr 1999 Österreich und Portugal mit Defizitquoten von jeweils 2,1% des BIP die höchsten öffentlichen Defizite im Euroraum aufwiesen, lag Österreich im Jahr 2000 mit einem negativen Finanzierungssaldo von 1,1% an dritter

32 Die Daten der Länder und Gemeinden sowie der Sozialversicherungsträger für 2000 beruhen weitgehend auf Schätzungen.

33 Konkret sind darunter die Zinszahlungen für die Staatsschuld zu verstehen.

34 Das Zinswachstumsdifferenzial betrug im Jahr 2000 rund 1,2% (nomineller BIP-Anstieg: 4,5%; Durchschnittszinssatz der öffentlichen Schuld: 5,7%).

Stelle. Höhere Defizite wiesen Portugal (-1,4% des BIP) und Frankreich (-1,3% des BIP) auf. Fünf von den 11 Mitgliedsländern der WWU verzeichneten im Jahr 2000 Budgetüberschüsse, die bis zu 6,7% des BIP erreichten (siehe Kapitel 5).

3.2 Schuldenentwicklung laut Maastricht

Die Tabelle 24 illustriert die Überleitung von der Finanzschuld des Bundes über die Verschuldung der Länder und Gemeinden zum Verschuldungsbegriff der EU. Die wichtigsten Bereinigungen betreffen die Sektorabgrenzung und intergovernmentale Schulden (Verbindlichkeiten bzw. Forderungen zwischen den öffentlichen Rechtsträgern, die konsolidiert werden). Währungstauschverträge³⁵ sind seit dem In-Kraft-Treten der neuen EU-Regelung (EU-Verordnung über die Excessive Deficit Procedure vom 18. Februar 2000 (Nr. 475/2000)) nicht nur beim Zinsaufwand, sondern auch bei der Berechnung der öffentlichen Verschuldung zu berücksichtigen.³⁶

Tabelle 24: **Überleitungstabelle: Öffentliche Verschuldung 1999 und 2000** (in Mrd ATS)

	1999	2000 ¹⁾
Nicht fällige Finanzschuld des Bundes	1.690,3	1.747,3
- Eigene Bundestitel	-66,9	-86,4
- Bundesanleihen im Besitz von öffentlichen Rechtsträgern	-37,0	-44,2
- Darlehen öffentlicher Rechtsträger	-0,0	-0,0
+ Fällige Finanzschulden	+0,0	+0,0
+ Bundesfonds ²⁾	+15,0	+14,8
Verschuldung Bundessektor ³⁾	1.601,3	1.631,5
+ Länder ohne Wien ³⁾	+67,4	+66,5
+ Gemeinden ohne Wien ³⁾	+49,7	.
+ Wien ³⁾	+27,1	.
Verschuldung Länder und Gemeinden ³⁾	144,2	140,5
Sozialversicherungsträger	9,2	10,0
Öffentliche Verschuldung insgesamt ³⁾	1.754,8	1.782,0

1) Vorläufige Daten, teilweise geschätzt.

2) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds.

3) Ohne Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber öffentlichen Rechtsträgern.

Quelle: Statistik Austria.

Der **methodische Ansatz** des **Verschuldungsbegriffs der EU** entspricht im Wesentlichen jenem der nationalen Finanzstatistiken (Bruttokonzept, Nominalwertkonzept, Stichtagsbewertung zum Jahresende). Zu den Schulden des Staates im Sinne der Konvergenzkriterien zählen Darlehen von Finanzintermediären, auf den Finanzmärkten aufgenommene Schuldtitel (titrierte Schuldkategorien) und vom öffentlichen Sektor ausgegebene Zahlungsmittel³⁷. Nicht einzubeziehen sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (kurz- und langfristige Handelskredite), Anzahlungen auf begonnene oder bestellte Arbeiten sowie schwebende Posten (Erläge).

Bei den **intergovernmentalen Schulden bzw. intergovernmentalen Forderungen** in Österreich handelt es sich zum einen um Darlehensvergaben des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWWF) und der Länder an die Gemeinden, zum anderen um titrierte öffentliche Schuldtitel (v.a. Bundesanleihen aber auch Landesanleihen) im Besitz von öffentlichen Haushalten (v.a. Bund, UWWF, ERP-Fonds, Katastrophenfonds und Sozialversicherungsträger). Das Volumen an intergovernmentalen Verbindlichkeiten stieg in den letzten Jahren deutlich an. So wurden einerseits die Erlöse aus dem Verkauf von Darlehensforderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an den privaten Sektor, die in den Jahren 1996 bis 1998 stattfanden, überwiegend in Bundestiteln (Anlei-

³⁵ Laut EUROSTAT-Entscheidung vom 3. Februar 1998 sollten derivative Instrumente (Swaps) außer Ansatz bleiben.

³⁶ Die hier und im Anhang A 10 ausgewiesenen Daten über die öffentliche Verschuldung entsprechen der aktuellen Rechtslage.

³⁷ Keine für Österreich relevante Position.

hen) veranlagt, und andererseits baute der Bund sein Asset-Portefeuille an eigenen Schuldtiteln deutlich aus (siehe dazu Kapitel 2.1). Im Berichtsjahr dürften die intergovernmentalen Verbindlichkeiten die Höhe von rund 160 Mrd ATS oder 9% des öffentlichen Schuldenstands erreicht haben. Der Vergleichswert des Vorjahres lag bei 140 Mrd ATS oder 8% der öffentlichen Verschuldung.

Tabelle 25: **Entwicklung der öffentlichen Verschuldung nach Sektoren 1997 bis 2001**

	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP
1997	1.465,6	58,3	150,8	6,0	9,2	0,4	1.625,6	64,7
1998	1.515,2	58,0	147,6	5,6	7,9	0,3	1.670,7	63,9
1999	1.601,3	59,0	144,2	5,3	9,2	0,3	1.754,8	64,7
2000 ¹⁾	1.631,5	57,6	140,5	5,0	10,0	0,4	1.782,0	62,9
2001 ²⁾	1.808,3	61,5

1) Vorläufige Daten.

2) Schätzung BMF.

Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2001; BIP: WIFO-Prognose vom März 2001.

Die **öffentliche Verschuldung in Österreich** im Sinne von Maastricht erhöhte sich im Berichtsjahr um 27,2 Mrd ATS auf 1.782,0 Mrd ATS. Davon entfielen 1.631,5 Mrd ATS oder 91,6% auf den Bundessektor, der neben der Verschuldung des Bundes die Verbindlichkeiten des UWWF, des Bundeswohnbaufonds und des Insolvenzausgleichsfonds enthält, 140,5 Mrd ATS oder 7,9% auf Länder und Gemeinden und 10,0 Mrd ATS oder 0,6% auf Sozialversicherungsträger.

Dem im Maastricht-Vertrag geforderten rückläufigen Verlauf der Verschuldungsquote (Anteil der öffentlichen Verschuldung am BIP) wurde im Berichtsjahr entsprochen. Nach einer beachtlichen Verminderung der Verschuldungsquote von 69,2% des BIP Ende 1995 auf 63,9% des BIP Ende 1998, die durch zusätzliche Maßnahmen im Vermögensbereich³⁸ und durch Umstrukturierungen³⁹ unterstützt wurde, stieg die Verschuldungsquote des Gesamtstaates im Jahr 1999 auf 64,7% des BIP und konnte im Berichtsjahr 2000 - nach vorläufigen Ergebnissen - wieder spürbar vermindert werden (Verschuldungsquote Ende 2000: 62,9% des BIP)⁴⁰.

Im heurigen Jahr wird ein weiterer Rückgang der Verschuldungsquote erwartet (Ende 2001: 61,5% des BIP). In absoluten Zahlen impliziert diese Entwicklung einen Anstieg der öffentlichen Verschuldung in der Größenordnung des angestrebten öffentlichen Defizits im Jahr 2001 (öffentliches Defizit: 21,2 Mrd ATS; Anstieg der Verschuldung: 26,3 Mrd ATS).⁴¹ Für eine Abnahme des Schuldenstandes in absoluten Zahlen wären Vermögenstransaktionen zusätzlich erforderlich.

38 Zum Beispiel: Veräußerung der Bundesbeteiligungen an der Creditanstalt AG.

39 Ausgliederung der ASFINAG, der Gebührenhaushalte und Verkauf von Darlehensforderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds an den privaten Sektor.

40 Für den Anstieg der Verschuldungsquote im Jahr 1999 waren insbesondere die hohen buchmäßigen Kursverluste der Finanzschuld des Bundes von 29,5 Mrd ATS infolge der Aufwertung des JPY verantwortlich.

41 Die Defizitentwicklung gemäß ESVG 95 weicht im Regelfall vom Anstieg der Verschuldung ab, da Bewertungsänderungen bei der Fremdwährungsschuld sowie finanzielle Transaktionen (u.a. Rücklagengebarung, Privatisierungen) bei der Berechnung des Defizits nicht einfließen (Stock-Flow-Adjustments).

4 FINANZMÄRKTE

4.1 Zinsentwicklung im Euroraum

Seit der Verwirklichung der dritten Stufe der WWU zu Jahresbeginn 1999 wird die Geldpolitik im Euroraum vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) festgelegt. Geldpolitische Entscheidungen obliegen dem EZB-Rat als oberstes Beschlussorgan, der sich aus dem Direktorium der EZB und den Gouverneuren der Nationalen Zentralbanken der elf Teilnehmerländer der WWU zusammensetzt.

Im Jahr 2000 wurde der Leitzinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte vom EZB-Rat in sechs Schritten um insgesamt 175 Basispunkte angehoben. Die sechs Zinsschritte des Jahres 2000 sollten dafür sorgen, dass der hauptsächlich von den Ölpreisen und dem Eurowechselkurs ausgehende Druck auf die Verbraucherpreise - verstärkt durch ein über dem Potenzial liegendes Wirtschaftswachstum - nicht zu einer anhaltenden Inflationstendenz führt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems betrug zu Jahresende 2000 4,75%, jener für die Einlagefazilität 3,75% und jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 5,75%.

Tabelle 26: **Renditen und Zinssätze im Euroraum 1996 bis 2000** (Periodenmittelwerte in %)

	1996	1997	1998	1999	2000
Tendersatz ¹⁾	3,00	3,20	3,00	3,00	4,75
Geldmarktsätze ²⁾					
Taggeld	4,04	3,98	3,09	2,74	4,12
Dreimonatsgeld	4,92	4,24	3,83	2,96	4,40
Renditen von Staatsanleihen ³⁾					
2 Jahre	4,17	4,33	3,16	3,38	4,90
5 Jahre	5,06	4,87	3,38	4,01	5,19
10 Jahre	7,23	5,99	4,71	4,66	5,44

1) Bis 1998 Tendersatz der OeNB, 1999 Mengentendersatz der EZB; 2000 Zinstendersatz der EZB (Mindestbietungssatz); Periodenendwerte.

2) Bietungssätze für Interbankeinlagen bis 1998, ab 1999 EONIA bzw. EURIBOR.

3) Bis 1998 anhand harmonisierter mit dem BIP gewichteter nationaler Staatsanleiherenditen berechnet.

Quelle: EZB.

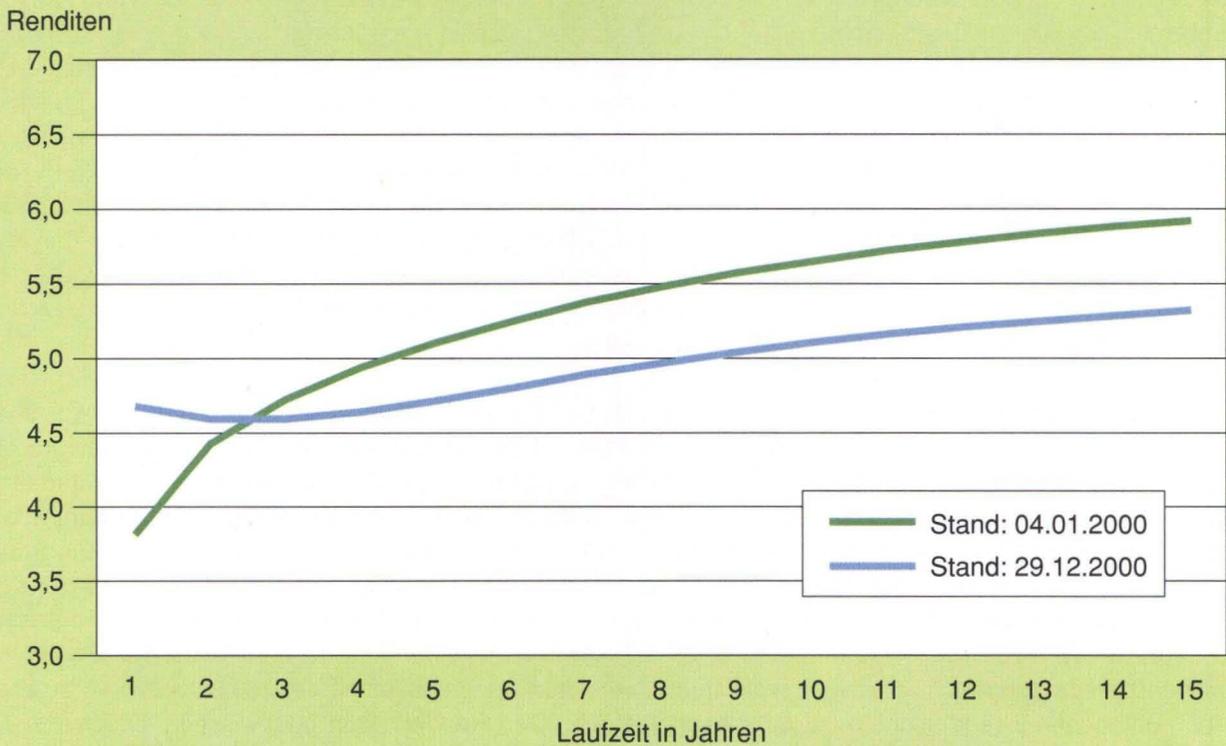
Am 8. Juni 2000 beschloss der EZB-Rat, dass - beginnend mit 28. Juni 2000 - die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems mit wöchentlicher Ausschreibung und 14-tägiger Laufzeit als Zinstender mit amerikanischer Zuteilungsmethode anstelle des Mengentenders durchgeführt werden. Im Unterschied zu den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften wird beim Hauptrefinanzierungszinstender das Volumen nicht vorher bekannt gegeben, die EZB gibt allerdings im Sinne einer geldpolitischen Signalfunktion einen Mindestbietungssatz vor. Diese Umstellung wurde deshalb vorgenommen, weil es beim Mengentenderverfahren zu massiven Überbietungen kam. Während die Zuteilungsquoten zu Beginn des Eurosystems im Durchschnitt bei etwa 10% der abgegebenen Gebote lagen, fiel die Quote bei den letzten Mengentendern unter 1%, und die abgegebenen Gebote überstiegen bereits das Gesamtausmaß aller verfügbaren refinanzierungsfähigen Sicherheiten.

Durch das neue Verfahren hat sich die Zahl der an den Hauptrefinanzierungsgeschäften teilnehmenden Institute zunächst reduziert, weil der Zinstender eine professionellere Vorgangsweise bei der Gebotsstellung erfordert. Die österreichischen Banken hatten damit keine nennenswerten Probleme. Insbesondere kleinere Institute konnten durch etwas höhere Gebotslegung ihre Liquiditätsbedürfnisse besser abdecken.

Grafik 9
Renditenabstände 9- bis 10-jähriger Staatsanleihen zu Deutschland
 Monatsdurchschnitte



Grafik 10
Zinsstrukturkurve*) im Euroraum 2000



*) Verzinsung von Anleihen mit einem Mindestvolumen von 500 Mio EUR nach Laufzeit. Quelle: EUROSTAT.

Die Zinsentwicklung auf dem Geldmarkt war in hohem Maße von der Geldpolitik des Eurosystems geprägt. So blieben die Drei-Monats-Zinssätze im Euroraum (**EURIBOR**) zunächst bis März 2000 relativ konstant, um dann als Folge der Leitzinsanhebungen kontinuierlich um bis zu 180 Basispunkte anzusteigen. Betrug die Zinsen am kurzen Ende zu Jahresbeginn noch 3,3%, so lagen sie Ende Oktober 2000 bei 5,1%. Ab Anfang November hat sich dieser Trend umgekehrt. Die Märkte gingen davon aus, dass die Konjunktur im Euroraum ihren vorläufigen Höhepunkt bereits Mitte des Jahres 2000 überschritten hatte. Im Jahresdurchschnitt übertraf der Drei-Monats-Zinssatz mit 4,40% den Vergleichswert des Vorjahres deutlich (2,96%).

Während für den Verlauf der kurzfristigen Zinsen auf den Geldmärkten die geldpolitischen Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sind, werden **Kapitalmarktzinsen** eher von Wachstums- und Inflationserwartungen und dem internationalen Zinszusammenhang geprägt. Im Gegensatz zum spürbaren Anstieg der **Kapitalmarktzinsen**, der 1999 zu beobachten war, blieben die Renditen langfristiger Staatsanleihen während eines Großteils des Jahres 2000 weitgehend unverändert bei rund 5,5%. Dafür dürften zwei Faktoren verantwortlich gewesen sein. Erstens schienen die langfristigen durchschnittlichen Inflationserwartungen der Anleger relativ stabil und gering gewesen zu sein. Zweitens schienen sich die langfristigen Wachstumserwartungen für das Eurowährungsgebiet auf einem relativ hohen Stand einzupendeln, nachdem das reale BIP 1999 und Anfang 2000 rasch angestiegen war.

Ab November 2000 gingen die Anleiherenditen zurück und lagen am Jahresende knapp über 5,0%. Dadurch kam zum Ausdruck, dass die Märkte auf kürzere Sicht ein etwas geringeres Wirtschaftswachstum im Euroraum erwarteten. Zu den Hauptfaktoren, die dazu geführt hatten, dass die Erwartungen bezüglich des Tempos der Konjunkturentwicklung nach unten korrigiert wurden, zählten der frühere Anstieg der Ölpreise sowie die erwähnte Abwärtskorrektur des weltwirtschaftlichen Wachstums – vor allem in den Vereinigten Staaten.

An den US-amerikanischen Anleihemärkten gaben die zehnjährigen Anleiherenditen im Jahresverlauf um rund 130 Basispunkte nach. Ende 2000 betrug diese Rendite 5,2 % und erreichte damit den niedrigsten Stand seit Frühjahr 1999. Diese Entwicklungen fanden auch im Renditenabstand zwischen zehnjährigen US-Anleihen und vergleichbaren Anleihen im Euroraum ihren Niederschlag, der sich im Berichtsjahr um etwa 85 Basispunkte verringerte und Ende 2000 noch rund 15 Basispunkte betrug; dies war der niedrigste Stand seit Ende 1996.

Zwischen Ende 1999 und Ende 2000 verflachte sich die **Zinsstrukturkurve** des Eurogebiets, gemessen an der Differenz zwischen Renditen zehnjähriger Anleihen und dem Drei-Monats-EURIBOR, insgesamt um rund 200 Basispunkte auf ungefähr 20 Basispunkte. Bei dieser deutlichen Abflachung der Zinsstrukturkurve lassen sich zwei Phasen unterscheiden. In den ersten zehn Monaten spiegelte die Zinsstrukturkurve vor allem die steigenden kurzfristigen Geldmarktsätze wider, die sich aus den Erhöhungen der EZB-Zinssätze ergaben, während die langfristigen Anleiherenditen weitgehend stabil blieben. In den letzten zwei Monaten des Berichtsjahres waren die kurzfristigen Zinssätze jedoch rückläufig, sodass sich die weitere Abflachung der Zinsstrukturkurve aus dem Rückgang der langfristigen Anleiherenditen erklärt. Hinzu kommt, dass die Zinsstrukturkurve bei Laufzeiten von bis zu zwei Jahren einen leicht inversen Verlauf aufwies, während sie bei längeren Laufzeiten weiterhin nach oben gerichtet war. Dies könnte als Hinweis darauf gesehen werden, dass sich die Abwärtskorrekturen der Wachstumserwartungen auf kürzere Horizonte konzentrierten, wohingegen sich die langfristigen Wachstumserwartungen der Marktteilnehmer kaum geändert haben dürften.

Die **Renditenabstände** für 9- bis 10-jährige österreichische Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland weiteten sich 2000 im Jahresdurchschnitt um 10 Basispunkte auf 29 Basispunkte aus. Das war die stärkste Ausweitung aller EWU-Teilnehmerstaaten. In Belgien und Italien weitete sich die Zinsdifferenz zu Deutschland um je 7 Basispunkte aus, in Portugal um 5 Basispunkte; in allen anderen Ländern war der Anstieg 3 Basispunkte oder weniger, in Finnland verminderte er sich sogar um 1 Basispunkt. Innerhalb der AAA-Schuldner des Euroraums wies Österreich 2000 weiterhin die höchsten Zinsdifferenzen zu Deutschland auf. Das vom Markt geforderte Anleihevolumen ist für Länder mit einer vergleichsweise geringen heimischen Platzierungskraft und einem relativ geringen jährlichen Finanzierungsvolumen schwer zu erreichen. Zudem kann im Jahr 2000 bei der Entwicklung des Renditen spreads österreichischer im Vergleich zu deutschen Bundesanleihen ein Zusammenhang zu Ereignissen auf politischer Ebene nicht ausgeschlossen werden. Der Renditenabstand zwischen Österreich und Deutschland weitete sich von 0,21 Prozentpunkten im Jänner auf 33 Basispunkte im Juli aus und schwankte danach nur wenig; im Dezember betrug er 32 Basispunkte.

Tabelle 27: **Renditenabstände 9- bis 10-jähriger staatlicher Schuldverschreibungen im Euroraum zu Deutschland 1996 bis 2000** (Periodenmittelwerte in %-Punkten)

	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	0,28	0,11	0,18	0,26	0,33
Finnland	0,86	0,32	0,22	0,23	0,22
Frankreich	0,10	-0,06	0,07	0,12	0,13
Irland	1,07	0,65	0,23	0,22	0,25
Italien	3,19	1,22	0,31	0,24	0,31
Niederlande	-0,07	-0,06	0,06	0,14	0,14
Österreich	0,11	0,04	0,14	0,19	0,29
Portugal	2,34	0,72	0,30	0,29	0,34
Spanien	2,52	0,76	0,26	0,24	0,26
EU-11-Aggregat ¹⁾	1,05	0,37	0,19	0,21	0,25

1) Ohne Luxemburg.
Quelle: OeNB.

4.2 Rentenmarkt im Euroraum

Auf EUR lautende internationale Wertpapiere⁴² erreichten Ende 2000 gemäß den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einen Marktanteil von 30%, der ausschließlich von USD-Papieren mit einem Anteil von rund 49% übertroffen wurde. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Akzeptanz des EUR als Währung für Neuemissionen auf den internationalen Finanzmärkten weiter erhöht; zum Ultimo 1999 war der EUR-Anteil bei 28,8% gelegen. Der Anteil der Nettofinanzierung (Bruttoemissionen abzüglich Tilgungen) in EUR nahm hingegen im Jahr 2000 leicht ab und erreichte 40%; auch der Anteil des USD war im Berichtsjahr rückläufig - allerdings weniger stark - und erreichte knapp 47% an der Begebung internationaler Emissionen.

Tabelle 28: **Emissionen von Wertpapieren (ohne Aktien) von Ansässigen des Euroraums nach Währungen 2000** (in Mrd ATS)

	Stand 31.12.1999	Anteil in %	Brutto- emissionen	Nettoveränderung absolut	in %	Stand 31.12.2000	Anteil in %
in EUR	84.235	92,5	59.780	4.791	5,7	89.026	91,3
in anderen Währungen	6.866	7,5	5.105	1.582	23,0	8.449	8,7
Insgesamt	91.101	100,0	64.885	6.374	7,0	97.475	100,0

Quelle: EZB.

Im **Euroraum ansässige Emittenten** begaben im Jahr 2000 Anleihen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von brutto 64,9 Billionen ATS. Der weitaus überwiegende Teil davon lautete auf EUR (oder auf eine seiner nationalen Währungseinheiten), lediglich 8% waren in anderen Währungen denominiert. Das umlaufende Volumen erhöhte sich insgesamt um 6,4 Billionen ATS oder 6,5% auf 97,5 Billionen ATS.

Die bedeutendste **Emittentengruppe der WWU-Länder im EUR-Segment** waren im Jahr 2000 die **Finanziellen Kapitalgesellschaften** (Banken und andere finanzielle Unternehmen) mit einem Anteil von 63% am gesamten EUR-Bruttoemissionsvolumen und von 60% am gesamten EUR-Nettoemissionsvolumen. Der EUR-Wertpapier-

42 Außerhalb des Heimatlands begebene Bonds und Notes in EUR.

Umlauf der finanziellen Kapitalgesellschaften erreichte Ende 2000 36,9 Billionen ATS oder 41,3% des aushaftenden Emissionsvolumens aller WWU-Emittenten.

Die anhaltend starke Emissionstätigkeit der **Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** ist, neben dem kräftigen Wirtschaftswachstum im Eurogebiet, hauptsächlich auf die fortgesetzte Umstrukturierung des europäischen Unternehmenssektors zurückzuführen. Außerdem spielte der Finanzierungsbedarf des Telekommunikationssektors, der sich aus dem Erwerb von UMTS-Lizenzen ergab, im zweiten Halbjahr eine wichtige Rolle. Darüber hinaus dürfte die Etablierung eines euroraumweiten Kapitalmarktes die Möglichkeiten der Finanzierung in Form von Anleihen für private Emittenten verbessert haben. Im Berichtsjahr entfielen 15% des gesamten Bruttoemissionsvolumens auf Unternehmensanleihen; das war mehr als dreimal soviel wie der Anteil am aushaftenden Volumen Ende 1999 von 5,2%.

Tabelle 29: **Entwicklung der auf EUR lautenden Wertpapiere nach Emittentengruppen 2000** (in Mrd ATS)

	Stand 31.12.1999	Anteil in %	Brutto- emissionen	Nettoveränderung absolut	in %	Stand 31.12.2000	Anteil in %
Von Ansässigen im Euroraum							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	33.914	40,3	39.676	2.943	8,7	36.857	41,3
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4.388	5,2	9.574	758	17,3	5.146	5,8
Zentralstaat	44.549	52,9	13.414	1.076	2,4	45.625	51,2
Sonstige öffentliche Haushalte	1.384	1,6	589	127	9,1	1.511	1,7
Summe	84.235	100,0	63.253	4.904	5,8	89.139	100,0
Von Ansässigen außerhalb des Euroraums							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	3.670	42,4	3.074	1.291	35,2	4.961	45,4
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1.654	19,1	1.574	801	48,4	2.455	22,5
Zentralstaat	1.196	13,8	285	158	13,2	1.354	12,4
Sonstige öffentliche Haushalte	410	4,7	224	129	31,5	539	4,9
Internationale Organisationen	1.717	19,9	165	-103	-6,0	1.614	14,8
Summe	8.647	100,0	5.322	2.276	26,3	10.923	100,0
Insgesamt							
Finanzielle Kapitalgesellschaften	37.584	40,5	42.751	4.234	11,3	41.818	41,8
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	6.042	6,5	11.149	1.559	25,8	7.601	7,6
Zentralstaat	45.745	49,3	13.698	1.234	2,7	46.979	46,9
Sonstige öffentliche Haushalte	1.794	1,9	813	256	14,3	2.050	2,0
Internationale Organisationen	1.717	1,8	165	-103	-6,0	1.614	1,6
Summe	92.882	100,0	68.576	7.180	7,7	100.062	100,0

Quelle: EZB.

Die relative Bedeutung des **öffentlichen Sektors** (Zentralstaat und sonstige öffentliche Haushalte) als Wertpapieremittent reduzierte sich im Berichtsjahr parallel zum geringeren Finanzierungsbedarf vieler WWU-Mitgliedstaaten. Aber obwohl ihr Anteil am gesamten aushaftenden Volumen während des Berichtsjahres von 57,6% auf 55,3% sank, stellen die öffentlichen Haushalte - insbesondere die Zentralstaaten - weiterhin eine bedeutende Emittentengruppe im Euroraum dar. Auf den öffentlichen Bereich entfielen im Jahr 2000 21,2% des Bruttoemissionsvolumens und 21,9% des Nettoemissionsvolumens des Euroraums.

Von **Ansässigen außerhalb des Währungsgebiets** wurde der Eurorentenmarkt 2000 überdurchschnittlich stark in Anspruch genommen, sodass deren Anteil am EUR-Wertpapierumlauf von 9,3% auf 10,9% expandierte. Der Umlauf an gebietsfremden EUR-Emissionen stieg um 2,3 Billionen ATS oder 26,3% auf 10,9 Billionen ATS. Mehr als die Hälfte des Emissionsvolumens entfiel auf finanzielle Kapitalgesellschaften. Diese begaben im Laufe des Berichtsjahres Schuldverschreibungen in Höhe von 3,1 Billionen ATS brutto, der Umlauf erhöhte sich um 1,3

Billionen ATS. An zweiter Stelle standen die Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, deren Umlauferhöhung mit 0,8 Billionen ATS bereits mehr als zwei Drittel der finanziellen Kapitalgesellschaften betrug.

Österreichische Emittenten nahmen den Eurorentenmarkt 2000 - wie schon im Jahr zuvor - deutlich stärker in Anspruch als der Durchschnitt der WWU-Länder. Der Umlauf an Wertpapieren österreichischer Emittenten stieg im Berichtsjahr um 13,5%, während der Gesamtmarkt von Ansässigen im Eurowährungsgebiet sich nur um 5,8% erhöhte. Mit 326 Mrd ATS stammten 6,7% der Nettoemissionen des Eurorentenmarktes aus Österreich (1999: rund 5%). Insgesamt waren Ende 2000 auf EUR lautende Wertpapiere von österreichischen Emittenten in Höhe von 2.736 Mrd ATS in Umlauf, womit Österreich einen Marktanteil von 3,1% der auf EUR lautenden Schuldverschreibungen der WWU-Länder erreichte (Ende 1999: 2,9%).

Tabelle 30: **EUR-Wertpapieremissionen von österreichischen Emittenten nach Sektoren 2000** ¹⁾
(in Mrd ATS)

	Stand	Anteil	Nettoveränderung		Stand	Anteil
	31.12.1999	in %	absolut	in %	31.12.2000	in %
Finanzielle Kapitalgesellschaften	966	40,1	216	22,3	1.182	43,2
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	140	5,8	-7	-4,6	134	4,9
Zentralstaat	1.294	53,7	117	9,0	1.411	51,6
Sonstige öffentliche Haushalte	10	0,4	0	2,1	10	0,4
Insgesamt	2.410	100,0	326	13,5	2.736	100,0

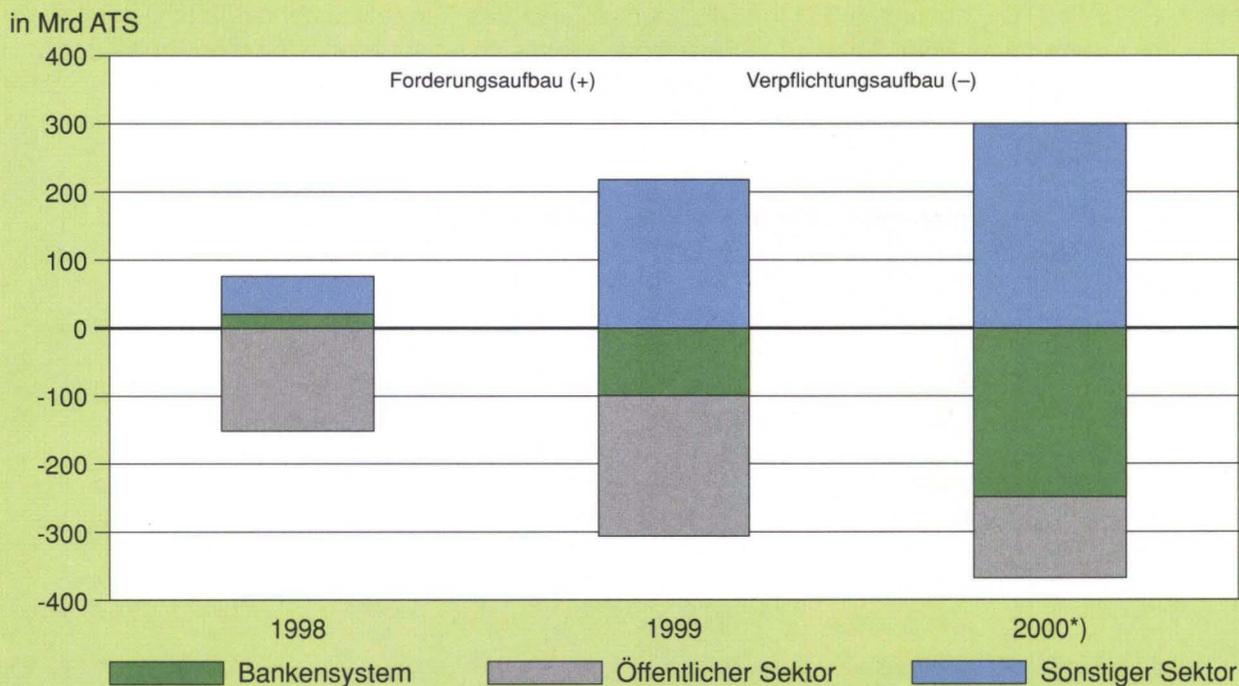
Quelle: OeNB - Devisenstatistisches Meldesystem.

Der Bund und die Banken, die traditionell den Rentenmarkt in Österreich dominierten, stellten auch 2000 die bedeutendsten Emittenten dar. Besonders hoch - rund 11% - war 2000 der Beitrag Österreichs bei den Nettoemissionen der Zentralstaaten des Euroraums. Der EUR-Wertpapierumlauf des österreichischen Zentralstaates expandierte 2000 um 117 Mrd ATS oder 9% auf 1.411 Mrd ATS. Der hohe Anstieg beruht jedoch zum Teil darauf, dass der Bund in Österreich zunehmend in seinem Namen Wertpapiere für Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (öffentliche Rechtsträger mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes laut §65c BHG i.d.g.F.) begibt (Näheres siehe Absatz: Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften).

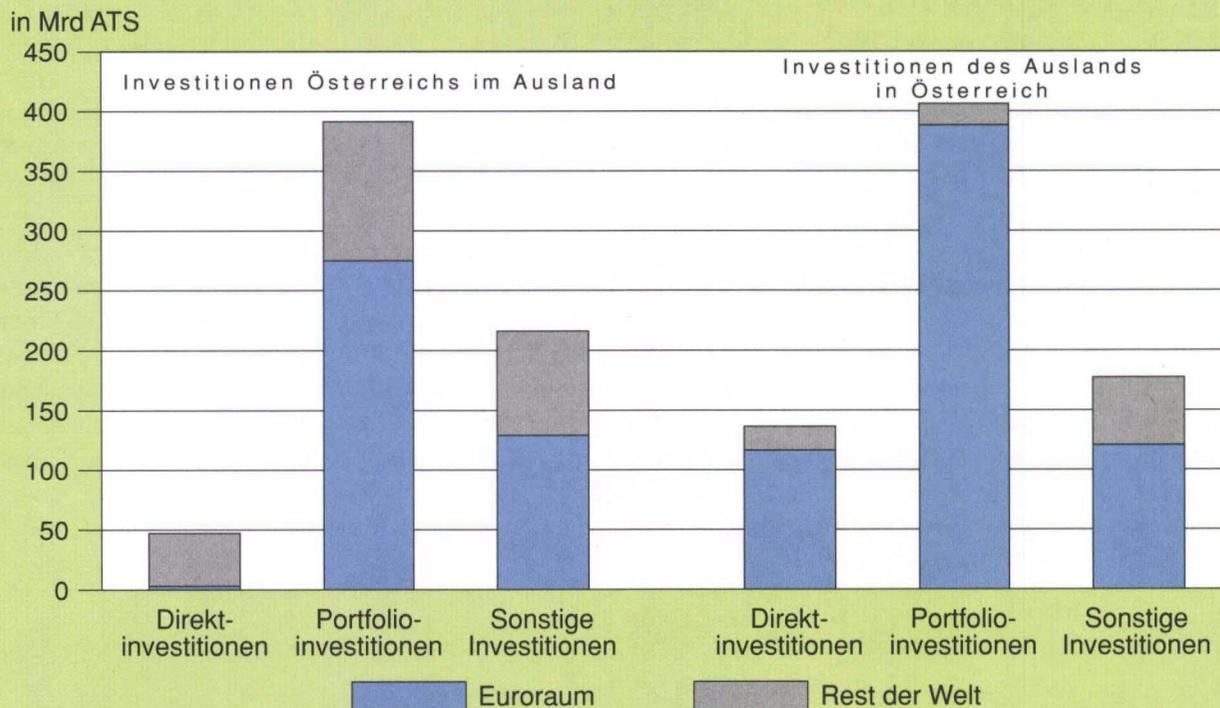
Der **Anteil des Bundes am Nettoemissionsvolumen der österreichischen Emittenten** betrug 36%. Rund zwei Drittel trugen die finanziellen Kapitalgesellschaften bei, die 2000 Schuldverschreibungen im Ausmaß von 216 Mrd ATS netto absetzten.

Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Österreich finanzieren sich auch weiterhin in relativ geringem Umfang durch Schuldverschreibungen (EUR-Wertpapierumlauf Ende 2000: 134 Mrd ATS; Anteil am österreichischen EUR-Wertpapierumlauf: 4,9%). Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass der Bund seit 1998 **Finanzierungen für Dritte** (ÖBB, ÖIAG, ASFINAG und SCHIG) durchführt, die Ende 2000 ein Volumen von insgesamt rund 110 Mrd ATS erreichten, wobei rund 84 Mrd ATS in Form von Bundesanleihen und Bundesobligationen (in EUR) dargestellt wurden (1999: rund 54 Mrd ATS). Der tatsächliche EUR-Wertpapieranteil der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften am gesamten Umlauf österreichischer Emittenten ist daher deutlich höher als in Tabelle 30 ausgewiesen (Ende 1999: 8,1%; Ende 2000: 8,0%). Diese für Österreich bereinigten Quoten lagen über dem WWU-Durchschnitt. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften des Euroraums deckten Ende 1999 5,2% und Ende 2000 5,8% des EUR-Wertpapierumlaufts ab.

Grafik 11
Kapitalexporteure und -importeure nach volkswirtschaftlichen Sektoren 1998 bis 2000



Grafik 12
Kapitalbilanz Österreichs nach funktionaler Gliederung 2000*)
 (Salden ausgewählter Teilbilanzen)



4.3 Finanzierungsströme Österreichs mit dem Ausland

Die Ergebnisse der **österreichischen Zahlungsbilanz** manifestieren die fortschreitende internationale Vernetzung der österreichischen Wirtschaft mit dem Ausland, die in ansteigenden grenzüberschreitenden Bruttoströmen in beide Richtungen münden. Bestimmende Faktoren im Jahr 2000 waren einerseits die erfreuliche internationale Konjunkturlage, die mit einer regen Außenhandelstätigkeit einherging, und andererseits der Eurofinanzmarkt, der die Funktion des „Heimatmarktes“ im Euroraum übernimmt.

Das **Defizit** der österreichischen **Leistungsbilanz** lag im Jahr 2000 bei 80,9 Mrd ATS gegenüber 85,4 Mrd ATS im Jahr 1999. Das leicht bessere Ergebnis der Leistungsbilanz (+4,6 Mrd ATS) resultierte aus einer Verringerung der negativen Salden bei der Einkommens- und Transferbilanz, während sich die Güter- und Dienstleistungsbilanz infolge der Ölpreissteigerungen etwas verschlechterte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt war das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2000 mit rund 3% etwa gleich hoch wie in den letzten drei Jahren. Für die Leistungsbilanz der Währungsunion leistete Österreich vor allem durch Überschüsse im Osthandel jedoch einen positiven Beitrag in Höhe von 1,1% des BIP.

Die **österreichische Exportquote** (Warenexporte gemessen am BIP) hat sich im Berichtsjahr neuerlich erhöht und zwar von 31% im Jahr 1999 auf 33%. Die Güterexporte stiegen im Vergleich zu 1999 um 15,1% auf 958 Mrd ATS und übertrafen damit die Zunahme der Güterimporte. Letztere erhöhten sich um 13,5% auf 998 Mrd ATS. Von dieser Zunahme entfielen auf Energieimporte 27,5 Mrd ATS oder 70%, wenngleich der technologische Fortschritt sowie energiesparende Maßnahmen Stagflationseffekte wie zur Zeit der "historischen" Erdölshocks in den Siebzigerjahren verhinderten.

Die **Einkommensbilanz**, die mit etwa 11% der Bruttowerte der Leistungsbilanz bereits einen höheren Anteil als der Reiseverkehr hat, verbesserte sich im Berichtsjahr wenig: im Jahr 2000 betrug das Defizit 32,6 Mrd ATS gegenüber 35,5 Mrd ATS im Jahr 1999. Während - wie schon in den Jahren davor - die Einkünfte aus dem Erwerbseinkommen einen Überschuss ergaben, wiesen die Vermögenseinkommen, die für die Gesamtentwicklung maßgeblich waren, ein Defizit auf (2000: -40,5 Mrd ATS; 1999: -43,2 Mrd ATS).

Innerhalb des **Vermögenseinkommens** stellt das Einkommen aus **Portfolioinvestitionen** den Haupteinflussfaktor dar. Dieser Saldo verschlechterte sich im Jahr 2000 gegenüber 1999 vor dem Hintergrund einer dynamischen Entwicklung der Bruttoströme (Aktiva: +44 %, Passiva: +25 %) mit 3% leicht. Die einzelnen Teilaggregate der Vermögenseinkommensbilanz ergaben bei den Direktinvestitionen (-14,3 Mrd ATS) und bei den Portfolioinvestitionen (-36,9 Mrd ATS) negative Salden, während bei den Einkommen aus sonstigen Investitionen ein Überschuss erzielt wurde (+10,7 Mrd ATS).

Einer deutlichen Passivierung des Einkommens aus **Portfolioinvestitionen**, die infolge der Entwicklung der Nettoverbindlichkeiten an festverzinslichen Wertpapieren Österreichs gegenüber dem Ausland zu erwarten gewesen wäre, dürften im Berichtsjahr folgende Faktoren entgegengewirkt haben:

- Inländische Investmentfonds investieren seit Beginn der WWU in einem höheren Ausmaß in ausländische Wertpapiere als in österreichische Wertpapiere. Deren Erträge dürften erst im Jahr 2000 voll wirksam geworden sein.
- Der öffentliche Sektor (Bund) tilgte im Jahr 2000 höher verzinsten Anleihen, von denen ein großer Anteil im Besitz ausländischer Gläubiger gewesen war, und setzte niedriger verzinsten Neuemissionen im Ausland ab.⁴³
- Die Dividendenausschüttungen auf ausländische Aktien stiegen merklich.

Österreichs Position als Nettozahler in der EU führt seit 1995 zu **Defiziten in der Transferbilanz**. Im Jahr 2000 wurde durch Rückzahlungen aus dem EU-Haushalt das Nettodefizit Österreichs gegenüber der EU jedoch verringert (2000: -13,2 Mrd ATS; 1999: -15,7 Mrd ATS). Insgesamt lag das Defizit der Transferbilanz im Jahr 2000 bei 20,1 Mrd ATS.

⁴³ Auf Basis von Schätzungen dürfte sich für die Neuemissionen und Aufstockungen ein Nominalzinssatz von durchschnittlich 5,4% ergeben, während der Durchschnittszinssatz der getilgten Wertpapiere rund 8% betragen hatte.

Tabelle 31: **Zahlungsbilanz Österreichs 1999 und 2000** (Nettowerte in Mrd ATS)

	1999 ¹⁾	2000 ²⁾
Leistungsbilanz	-85,4	-80,9
Güter und Dienstleistungen	-23,7	-28,1
Einkommen	-35,5	-32,6
Laufende Transfers	-26,2	-20,1
Vermögensübertragungen	-3,4	-6,7
Kapitalbilanz		
Forderungen	-465,0	-648,8
Verbindlichkeiten	554,3	719,6
Saldo	89,3	70,7
Gliederung nach Funktionen		
Direktinvestitionen		
Ausland	-38,2	-47,6
Inland	37,5	136,7
Saldo	-0,7	89,0
Portfolioinvestitionen		
Ausländische WP	-374,5	-391,6
Inländische WP	334,0	406,2
Saldo	-40,5	14,5
Sonstige Investitionen		
Forderungen	-72,4	-215,7
Verbindlichkeiten	181,6	177,0
Saldo	109,2	-38,7
Finanzderivate	-5,8	-5,7
Offizielle Währungsreserven ³⁾	27,0	11,5
<i>Nachrichtlich: Zinstragende Investitionen</i>		
<i>Forderungen</i>	-361,7	-378,3
<i>Verbindlichkeiten</i>	490,0	555,7
<i>Saldo</i>	128,3	177,4
Sektorale Gliederung		
OeNB und Banken		
Forderungen	-160,8	-243,1
Verbindlichkeiten	260,4	492,5
Saldo	99,6	249,4
Öffentlicher Sektor		
Forderungen	6,0	-34,1
Verbindlichkeiten	201,5	153,9
Saldo	207,6	119,9
Sonstige Sektoren		
Forderungen	-310,3	-371,6
Verbindlichkeiten	92,4	73,1
Saldo	-217,9	-298,5
Statistische Differenz	-0,5	+16,8

1) Revidierte Daten.

2) Vorläufige Daten.

3) Oesterreichische Nationalbank: Gold, Devisen, IWF-Position, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Quelle: OeNB.

Betrachtet man die **Kapitalbilanz**, so zeigt sich, dass die Verflechtung Österreichs mit den Weltfinanzmärkten durch die Währungsunion sprunghaft angestiegen ist. Im Berichtsjahr erreichten Österreichs Investitionen im Ausland einen Wert von 648,8 Mrd ATS (+39,5%) und jene des Auslands in Österreich 719,6 Mrd ATS (+29,8%). Daraus leitet sich im Jahr 2000 ein Nettokapitalimport in Höhe von 70,7 Mrd ATS ab. Die Forderungen Österreichs gegenüber den Ländern des Euroraums stiegen mit einem Transaktionsvolumen von 420,5 Mrd ATS um rund 75% und wurden von Veranlagungen aus dem Euroraum in Österreich noch übertroffen. Die Kapitalimporte aus dem Euroraum erreichten die Höhe von 651,7 Mrd ATS (+137%).

Die Statistik der **ausländischen Direktinvestitionen in Österreich** wurde im Jahr 2000 von der Fusion der Bank Austria mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG dominiert. Ausländische Direktinvestitionen in Österreich erreichten mit 136,7 Mrd ATS einen Wert, der jenen der Jahre 1997 bis 1999 zusammen übertraf. Die Fusion erfolgte im Wege eines Aktientauschs, wobei jedoch die Struktur der österreichischen Eigentümer so geartet war, dass auf österreichischer Seite keine (aktive) Direktinvestition in Deutschland zu Stande kam.⁴⁴ Der Eintausch der Aktien der HypoVereinsbank erscheint daher in der Zahlungsbilanz des Jahres 2000 als Nettoerwerb von Aktien in der Teilbilanz Portfolioinvestitionen. Der **Nettokapitalexport Österreichs aus aktiven Direktinvestitionen** lag im Jahr 2000 dennoch bei 47,6 Mrd ATS, das waren um 25% mehr als der bisherige Maximalwert des Jahres 1999.

Im Bereich der **Portfolioinvestitionen** erwarben im Jahr 2000 **österreichische Anleger** ausländische Wertpapiere im Ausmaß von 391,6 Mrd ATS und damit um 5% mehr als 1999 und um 181% mehr als im Jahr 1998. Österreicher investierten im Jahr 2000 im Gegensatz zu den Vorjahren mehr Geld in ausländische Aktien und Investmentzertifikate (228,7 Mrd ATS) als in ausländische langfristige festverzinsliche Wertpapiere (151,2 Mrd ATS). Das Ergebnis der Nettoankäufe ausländischer Aktien im Ausmaß von 146,9 Mrd ATS geht allerdings zu knapp 60% auf die Fusion der Bank Austria mit der HypoVereinsbank zurück. Eine sektorale Betrachtung der Portfolioinvestitionen im Ausland ergibt, dass der Großteil der Investitionen auf inländische Investmentfonds und Versicherungen zurückging (knapp 45%). Auf die Veranlagungen von Wirtschaftsunternehmen entfielen 25% und der öffentliche Sektor trug - erstmals in merkbarem Ausmaß - etwa 6% bei.

Ausländische Investoren erwarben im Jahr 2000 österreichische Wertpapiere im Ausmaß von 406,2 Mrd ATS und damit um 22% mehr als 1999 und um 84% mehr als 1998. Am attraktivsten waren für ausländische Anleger abermals langfristig festverzinsliche Wertpapiere. An österreichischen langfristigen Schuldverschreibungen wurden im Berichtsjahr um 36% mehr als 1999 und um 72% mehr als 1998 an das Ausland verkauft. 92% des Gesamtabsatzes an langfristigen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 351,2 Mrd ATS waren auf in Euro denominierte Emissionen zurückzuführen. Eine sektorale Analyse der langfristigen Schuldverschreibungen ergibt, dass 54% der Bankensektor und 46% der öffentliche Sektor emittierte. Im Jahr 1999 hatte der Absatz von langfristigen Staatspapieren noch einen Anteil von 73%. Von den im Jahr 2000 von der Republik Österreich emittierten oder aufgestockten Anleihen betrug der Absatz an das Ausland 192 Mrd ATS.

Insgesamt führten die grenzüberschreitenden Transaktionen im Bereich **Portfolioinvestitionen** zu einem Nettokapitalimport von 14,5 Mrd ATS.

Die **Währungsreserven** nahmen im Jahr 2000 transaktionsbedingt um 11,5 Mrd ATS ab. Der Stand an Währungsreserven veränderte sich dennoch - trotz dieser transaktionsbedingten Abnahmen - auf Grund von Bewertungsänderungen gegenüber dem Endstand des Jahres 1999 kaum und betrug Ende 2000 260 Mrd ATS.

44 Um als Direktinvestition zu gelten, müssen die strategischen Investoren mindestens 10% am stimmberechtigten Kapital halten.

4.4 Finanzierungsströme des Jahres 2000 und Vorschau für das Jahr 2001

Dieses Kapitel widmet sich den finanziellen Transaktionen der Wirtschaftseinheiten in Österreich und bildet in Form der „**Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung**“ das Anlageverhalten sowie die Änderungen der Vermögenspositionen von Sektoren und deren Refinanzierung nach Höhe und Struktur ab. Für Österreich liegt eine von der OeNB erstellte Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung für die Jahre 1995 bis 1999⁴⁵ vor, die konzeptiv auf der Ratsverordnung Nr. 2223/96 über das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) aufbaut. Die hier im Folgenden präsentierten Ergebnisse für die Jahre 2000 und 2001 wurden auf Basis dieser Informationen vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Kooperation mit der OeNB bereitgestellt.

Kernstück des ESVG 95 aus Sicht der Finanzierungsrechnung ist die EU-einheitliche Systematik und Definition von Finanzierungsinstrumenten und Sektoren. Die Sektorgliederung differenziert zwischen folgenden Wirtschaftsbereichen:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften
- Finanzielle Kapitalgesellschaften
- Staat
- Private Haushalte
- Ausland

Der Begriff „**Kapitalgesellschaft**“ ist dabei nicht ausschließlich juristisch zu verstehen; er umfasst vielmehr etwa in Zusammenhang mit den „Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften“ in der vorliegenden Abgrenzung der OeNB-Finanzierungsrechnung neben den Kapitalgesellschaften im engeren Sinn auch selbstständig Erwerbstätige und freie Berufe sowie Personengesellschaften. Darin weicht das Konzept der österreichischen Finanzierungsrechnung vom ESVG 95 ab, das grundsätzlich selbstständig Erwerbstätige, freie Berufe und Personengesellschaften den „Privaten Haushalten“ zuordnet. Aus Datengründen war eine getrennte Erfassung und damit eine ESVG 95 konforme Zurechnung dieser Teilsektoren zu den „Privaten Haushalten“ nicht möglich. Ebenfalls aus Datengründen mussten die „Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ - entgegen dem Zuordnungsschlüssel des ESVG 95 - dem Sektor „Private Haushalte“ zugerechnet werden.

Der Sektor „**Finanzielle Kapitalgesellschaften**“ umfasst entsprechend der Abgrenzung im ESVG 95 die Teilsektoren Zentralbank, Kreditinstitute, sonstige Finanzinstitute (z. B. Investmentfonds), Kredit- und Versicherungshilfstätigkeiten sowie Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen. Die Abgrenzung des Sektors „Staat“ und seiner Teilsektoren (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) erfolgt ebenfalls im Wesentlichen gemäß ESVG 95. Der Bundessektor wird in weiterer Folge wegen seiner Bedeutung für das heimische Finanzmarktsystem gesondert dargestellt (siehe Tabellen 32 und 33).⁴⁶

Die berücksichtigten Finanzierungsinstrumente folgen in der Abgrenzung und im Konzept dem Gliederungs- und Klassifikationssystem gemäß ESVG 95. Aus Datengründen können die vorliegenden Berechnungen für das Jahr 2000 und die Vorschau 2001 lediglich auf Ebene der Hauptgruppen „Währungsgold und Sonderziehungsrechte“, „Bargeld und Einlagen“, „Wertpapiere und Finanzderivate“, „Kredite“, „Anteilsrechte“, „Versicherungstechnische Rückstellungen“ sowie „Sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten“ vorgenommen werden. Darüber hinaus erforderten die bekannten Erfassungs- und Bewertungsprobleme in der Geldvermögens- und Kreditstatistik (z. B. große Datenlücken bei Aktien und sonstigen Anteilsrechten, Vermengung von Nominal- und Marktbewertung) zum Teil weit reichende Ergänzungen der Primärdaten durch Annahmen, Hochrechnungen und Schätzungen.

⁴⁵ Siehe dazu Beilagen zu den „Statistischen Monatsheften“ der OeNB, 9/1999, 1/2000 und 9/2000.

⁴⁶ Auf einen Ausweis des Teilsektors „sonstige öffentliche Haushalte (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger)“ wurde angesichts statistischer Unschärfen und der Heterogenität verzichtet.

Tabelle 32: **Finanzierungsströme 2000** ¹⁾ (Nettowerte in Mrd ATS)

	Nichtfinanzielle		Finanzielle		Staat		Private Haushalte		Inland		Ausland		Insgesamt			
	Kapitalgesellsch.		Kapitalgesellsch.		Insgesamt		Bundessektor									
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben		
Währungsgold und SZR	-	-	-4,8	-	-	-	-	-	-	-	-4,8	-	-	-4,8	-4,8	
Währungsgold	-	-	-3,9	-	-	-	-	-	-	-	-3,9	-	-	-3,9	-3,9	
Sonderziehungsrechte (SZR)	-	-	-1,0	-	-	-	-	-	-	-	-1,0	-	-	-1,0	-1,0	
Bargeld und Einlagen	+13,6	-	+112,6	+256,4	+10,4	-	+7,3	-	+28,4	-	+164,9	+256,4	+141,9	+50,3	+306,8	+306,8
Bargeld	+3,1	-	-2,7	+8,0	-	-	-	-	+7,3	-	+7,7	+8,0	-	-0,3	+7,7	+7,7
Sichteinlagen	+1,0	-	+55,7	+81,2	+13,3	-	+8,9	-	+31,2	-	+101,2	+81,2	+10,5	+30,5	+111,7	+111,7
Sonstige Einlagen	+9,4	-	+59,6	+167,2	-2,9	-	-1,6	-	-10,1	-	+56,0	+167,2	+131,4	+20,2	+187,4	+187,4
Wertpapiere und Finanzderivate	-11,8	-4,6	+132,7	+267,3	+30,4	+105,2	+30,4	+110,4	+6,7	-	+158,1	+368,0	+377,9	+168,0	+535,9	+535,9
Geldmarkt und Kapitalmarktpapiere	-11,8	-4,6	+132,7	+267,3	+30,4	+105,2	+30,4	+110,4	+6,7	-	+158,1	+368,0	+377,9	+168,0	+535,9	+535,9
Finanzderivate	-	-	-	+0,0	-	-	-	-	-	-	-	+0,0	-	-	-	+0,0
Kredite	+21,5	+170,9	+327,6	+42,6	+33,6	+0,7	+33,6	-7,2	-0,3	+70,5	+382,5	+284,7	+52,2	+150,0	+434,7	+434,7
Anteilsrechte	+38,9	+39,6	+198,3	+175,4	-	-	-	-	+100,2	-	+337,4	+215,0	+89,3	+211,7	+426,7	+426,7
Anteilsrechte (ohne Investmentzertif.)	+12,3	+39,6	+68,2	+14,0	-	-	-	-	+33,0	-	+113,6	+53,6	+72,4	+132,4	+186,0	+186,0
Investmentzertifikate	+26,5	-	+130,0	+161,4	-	-	-	-	+67,2	-	+223,8	+161,4	+16,9	+79,3	+240,7	+240,7
Versicherungstechn. Rückstellung	-	-	-	+67,4	-	-	-	-	+67,4	-	+67,4	+67,4	-	-	+67,4	+67,4
Sonst. Forderungen/Verbindlichkeiten	+13,7	-1,4	-4,1	+0,0	+0,0	+0,5	+0,0	+0,5	-	-	+9,6	-0,9	+3,2	+13,7	+12,8	+12,8
Sektorsumme	+75,9	+204,5	+762,3	+809,1	+74,4	+106,4	+71,4	+103,6	+202,4	+70,5	+1.115,0	+1.190,5	+664,5	+588,9	+1.779,5	+1.779,5
Finanzierungssaldo	-128,6		-46,9		-32,0		-32,3		+131,9		-75,5		+75,5		+0,0	

1) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: WIFO, OeNB.

4.4.1 Umfang und Struktur der Finanzierungsströme im Jahr 2000

Das **inländische Geldvermögen** wuchs im Jahr 2000 nach vorläufigen Berechnungen mit 1.115 Mrd ATS (1999: 1.519 Mrd ATS) um 76 Mrd ATS schwächer als die inländische Verschuldung (2000: 1.191 Mrd ATS). Das **inländische Finanzierungsdefizit** des Jahres 2000 war damit um knapp 1 Mrd ATS größer als 1999. Das im Vergleich zu 1999 etwas geringere Wachstum des inländischen Geldvermögens und der Verschuldung bei gleichbleibender Finanzierungslücke ist u. a. auf die überdurchschnittlich gute realwirtschaftliche Binnennachfrage sowie die erfolgreichen Budgetkonsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte zurückzuführen.

Die hohen Gewinne und die Streichung des Investitionsfreibetrags mit Anfang 2001 veranlassten die Unternehmen im Jahr 2000 zu einer kräftigen Ausweitung ihrer Realkapitalinvestitionen, die zu einem großen Teil selbstfinanziert wurden.

Die privaten Haushalte erhöhten ihre Konsumausgaben im Jahr 2000 ebenfalls kräftiger als 1999. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die expansiven Effekte von Steuerreform und „Familienpaket“ auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Das Konsumwachstum ermöglichte im Jahr 2000 nur einen geringfügigen Anstieg der Sparneigung der privaten Haushalte. Die durch den Anstieg der Erdölpreise bedingte Verteuerung der Energiepreise hatte ebenfalls einen dämpfenden Effekt auf die Sparquote der privaten Haushalte, da kurzfristig die Zunahme der Energieausgaben nicht ganz durch Kaufzurückhaltung im Bereich anderer Verbrauchsgruppen ausgeglichen wurde.

Die gute Konjunktur brachte auch dem Staatshaushalt höhere Einnahmen als erwartet, budgetäre Maßnahmen und Einmaleffekte glichen die Belastung durch Steuerreform und „Familienpaket“ aus. Die Versteigerungserlöse der UMTS-Lizenzen (11 Mrd ATS) führten beispielsweise zu einer zusätzlichen Verringerung des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte in Prozent des BIP von 0,4%-Punkten.

Die insbesondere seit Beginn der WWU beobachteten strukturellen Entwicklungen in der inländischen Geldvermögensbildung und Mittelaufbringung setzten sich 2000 - wenn auch in etwas abgeschwächter Dynamik - fort. Die internationale Ausrichtung bzw. Diversifizierung bei Geldvermögensbildung und Mittelaufbringung blieben auch 2000 bestimmend, ebenso die hohe Präferenz des In- und Auslands an wechselseitigem Besitz von Wertpapieren und Anteilsrechten. Daran hat der freie Fall der Technologiewerte nach dem Platzen der Spekulationsblase im April 2000 und die anschließende Baisse in nahezu allen Segmenten des Aktienmarktes wenig geändert. Die behutsame und vorausschauende Liquiditätspolitik der Notenbanken, insbesondere der US-Notenbank hat nicht nur eine mögliche internationale Finanzkrise verhindert, sondern auch die Grundlage für eine geordnete Reallokation der internationalen Finanzierungs- und Investitionsströme geschaffen. Das Vertrauen der Investoren in die Stabilität und Funktion der Finanzmärkte blieb gewahrt bzw. wurde zumindest nicht nachhaltig erschüttert. Der Umbau der Portfolios wurde auch durch die gegen Ende 2000 stärker werdenden Befürchtungen über ein Hard-Landing in den USA nicht ernsthaft gestört, sondern eher noch weiter mit den zu erwartenden Kurseffekten auf den Rentenmärkten beschleunigt. Die allgemeine Flucht in Anleihen führte gegen Ende 2000 auch auf dem österreichischen Rentenmarkt zu einer massiven Kursrallye. Die daraus resultierenden strukturellen und allokativen Verschiebungen hatten die nachhaltigsten Auswirkungen auf die inländische Geldvermögensbildung und Mittelaufbringung im Jahr 2000, sie werden auch 2001 bestimmend bleiben.

Vor diesem Hintergrund stiegen 2000 die **inländischen Forderungen an das Ausland** - primär in Form von Wertpapierkäufen, Kreditvergaben in nicht titrierter Form und Erwerb von Anteilsrechten - um insgesamt 589 Mrd ATS (1999: 783 Mrd ATS).⁴⁷ Umgekehrt erhöhten sich 2000 die Forderungen des Auslands an Österreich um 665 Mrd ATS. Mehr als die Hälfte des ausländischen Forderungszuwachses entfiel auf den Erwerb von Rentenwerten, der ausländische Besitz an inländischen Anteilsrechten wuchs um 89 Mrd ATS, davon entfielen 72 Mrd ATS auf den Erwerb von Aktien (z. B. Verkauf der Bank Austria AG). Die Struktur der inländischen Forderungen an das Ausland wird zu mehr als einem Drittel vom Erwerb von Anteilsrechten (212 Mrd ATS) geprägt, gefolgt von Käufen festverzinslicher Wertpapiere (168 Mrd ATS) und der Kreditgewährung (150 Mrd ATS). Der daraus resultierende positive Finanzierungssaldo des Sektors Ausland betrug 2000 76 Mrd ATS, er entspricht definitionsgemäß dem heimischen Leistungsbilanzdefizit.

⁴⁷ Die Abweichungen zu Tabelle 31 resultieren aus der unterschiedlichen Verbuchung des Erwerbs der Bank Austria AG durch Ausländer bzw. von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG durch Inländer.

Der Sektor „**Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften**“ erhöhte 2000 seine Verschuldung um 205 Mrd ATS und seine Vermögensbestände um 76 Mrd ATS. Das sich daraus ergebende Finanzierungsdefizit dieses Sektors betrug somit 129 Mrd ATS. Die Mittelaufbringung der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften erfolgte wie in den Vorjahren primär im Wege der Kreditaufnahme (171 Mrd ATS) und einer Ausweitung der Anteilsrechte (40 Mrd ATS). Der Unternehmenssektor gewährte seinerseits Kredite (insbesondere an das Ausland) im Ausmaß von 22 Mrd ATS und erwarb Anteilspapiere in Höhe von insgesamt 39 Mrd ATS.

Über die „**Finanziellen Kapitalgesellschaften bzw. Finanzintermediäre**“ erfolgt naturgemäß die mit Abstand mengenmäßig größte inländische Vermögenstransformation. Die Mittelaufbringung dieses Sektors betrug im Jahr 2000 809 Mrd ATS, die Geldvermögensbildung 762 Mrd ATS. Bei der Mittelaufbringung wurde 2000 die Position „Bargeld und Einlagen“ von der Position „Wertpapiere“ an Bedeutung übertroffen. Insbesondere bei den Banken kommt der Refinanzierung durch eigene Emissionen eine wachsende Bedeutung zu. Im Jahr 2000 kam dieser Tendenz zusätzlich die strukturell verstärkte Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren zugute. Deutlich an Dynamik hat die Begebung von Investmentzertifikaten verloren, die 2000 lediglich mit 161 Mrd ATS zur Mittelaufbringung dieses Sektors beitrugen. Die Mittelverwendungsseite war von der konjunkturell bedingt kräftigen Ausweitung des Kreditbestands in nicht titrierter Form im Ausmaß von 328 Mrd ATS bestimmt, der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren stieg um 133 Mrd ATS und jener der Anteilsrechte um 198 Mrd ATS. Der Sektor verzeichnete nicht zuletzt auch auf Grund adverser Bewertungseffekte durch die Aktienbaisse ein Finanzierungsdefizit von knapp 47 Mrd ATS.

Im Sektor „**Staat**“ kam es 2000 zu einer merklichen Verlangsamung der Verschuldungsdynamik. Der Bund als wichtigster Teilsektor erhöhte seine Verbindlichkeiten um 104 Mrd ATS. Die Mittelaufnahme des Bundes im Jahr 2000 erfolgte wie 1999 ausschließlich in titrierter Form. Der Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren des Bundes einschließlich der Rechtsträgerfinanzierungen erhöhte sich im Berichtsjahr um 110 Mrd ATS. Aktivseitig wurde der Eigenbesitz an Wertpapieren um 30 Mrd ATS erhöht und Kredite im Ausmaß von 34 Mrd ATS - vorwiegend als Darlehen an sonstige Rechtsträger - gewährt. Die Geldvermögensbildung des Sektors Staat erhöhte sich im Jahr 2000 insgesamt um 71 Mrd ATS. Das Finanzierungsdefizit des Staats gemäß den Abgrenzungskriterien der Finanzierungsrechnung belief sich demnach im Jahr 2000 auf insgesamt 32 Mrd ATS. Es weicht damit nur geringfügig vom Maastricht-Defizit ab. Der Finanzierungssaldo der sonstigen öffentlichen Haushalte war 2000 mit 0,3 Mrd ATS knapp positiv.

Der Sektor „**Private Haushalte**“ erzielte 2000 einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 132 Mrd ATS. Der Kursverfall auf den Aktienmärkten hat sich noch nicht nachhaltig auf die Veranlagungsgestaltung der privaten Haushalte ausgewirkt. Knapp die Hälfte der gesamten Geldvermögensbildung der privaten Haushalte entfiel auf Käufe von Anteilsrechten, primär auf den Erwerb von Investmentzertifikaten. Die privaten Haushalte präferierten in der Vergangenheit zwar überwiegend Mischfonds, Aktienfonds verzeichneten jedoch gerade in den letzten beiden Jahren die dynamischste Entwicklung. Es ist davon auszugehen, dass die privaten Haushalte von den dramatischen Kursverlusten der Technologiewerte primär durch den Besitz von Aktienfondszertifikaten betroffen sind. Der direkte Wertpapierbesitz wurde 2000 um 7 Mrd ATS erhöht, die Position „Bargeld und Einlagen“ stieg um 28 Mrd ATS. Die Neuverschuldung belief sich auf 71 Mrd ATS und erfolgte ausschließlich im Wege der Bankkreditaufnahme.

4.4.2 Vorschau auf die Finanzierungsströme 2001

Die Prognose der Finanzierungsströme 2001 (Tabelle 33) basiert auf folgenden Annahmen:

- Die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird 2001 eine merkliche Konjunkturertrübung zur Folge haben. In den USA ist das Wirtschaftswachstum eingebrochen und wird heuer real nur noch 1,5% betragen. Dies wird auch die Wachstumsdynamik der Eurozone nachhaltig schwächen. Im Euro-Raum wird das BIP 2001 lediglich real um 1,7% zunehmen. Das gedämpfte Wirtschaftswachstum wichtiger Handelspartner wird die österreichische Konjunktur deutlicher abflachen als noch zu Jahresbeginn angenommen worden war. Das inländische Wachstum wird heuer lediglich 1,7% betragen. Die Inlandsnachfrage wird sich ebenfalls sehr verhalten entwickeln. Das geht vor allem auf die umfangreiche Anhebung direkter und indirekter Steuern zurück. Die Nettomasseneinkommen werden real nur geringfügig steigen, ein erwarteter realer Zuwachs des privaten Konsums im Ausmaß des BIP-Wachstums ist nur unter der Annahme eines deutlichen Rückgangs der Sparquote möglich. Die Unternehmen werden ihre Investitionen auf Grund

mäßiger Gewinnerwartungen nur geringfügig ausweiten und damit zur Schwächung der Binnennachfrage beitragen. Insgesamt wird sich die Neuverschuldung konjunkturbedingt sowohl bei den privaten Haushalten als auch im Unternehmenssektor in engeren Grenzen halten als in den Vorjahren.

- Der Finanzierungssaldo des Staates nach Maastricht hat sich 2000 auf -1,1% des BIP verbessert. Die Steuererhöhungen zu Jahresbeginn 2001 und die etwas höhere Inflation machen für heuer einen Rückgang des Defizits auf etwa -0,5% des BIP nicht unwahrscheinlich. Die Revision der Wachstumsprognose für heuer ist vor allem exportseitig bedingt, die öffentlichen Finanzen könnten vorerst davon noch nicht sehr stark betroffen sein. Das Finanzierungsdefizit des Gesamtstaates nach der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung wird für das Jahr 2001 mit 25 Mrd ATS veranschlagt. Der Bund wird 2001 voraussichtlich ein Finanzierungsdefizit von 36 Mrd ATS nicht unterschreiten, die sonstigen öffentlichen Haushalte sollten hingegen heuer mit einem Finanzierungsüberschuss von 11 Mrd ATS nach den Abgrenzungskriterien der Finanzierungsrechnung zur Budgetkonsolidierung beitragen. Der Verkauf von Wohnbaudarlehen durch einzelne Bundesländer wurde in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt. Unter der Annahme der Bewertung zu Marktpreisen besitzen diese Transaktionen den Charakter eines Aktivatausches und haben damit zumindest für den Teilsektor „Länder“ keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Finanzierungssaldo. Die Effekte auf andere Sektoren können erst bei genauer Kenntnis der Details der finanztechnischen Konstruktion dieser Transaktionen verrechnet werden.
- Die sehr gedämpfte Weltkonjunktur wird auch auf den Kapitalmärkten zu Entwicklungen führen, die mehr von Fundamentalgrößen und weniger von Kursphantasien geleitet werden. Die Aktien- und Rentenmärkte werden vorwiegend durch so genannte Seitwärtsentwicklungen bestimmt werden, also von nicht sehr ausgeprägten Kursentwicklungen in eine Richtung. Diese Unsicherheiten werden vor allem private Haushalte zu konservativerem Anlageverhalten veranlassen. Die Nachfrage nach Investmentzertifikaten dürfte sich heuer noch spürbarer als im Vorjahr abschwächen, traditionelle Veranlagungsformen wie etwa Bankeinlagen dürften hingegen wieder stärker an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung wird die Dynamik von inländischen Kapitalanlagegesellschaften (z. B. Aktienfonds) weiter schwächen und den Sektor „Finanzielle Kapitalgesellschaften“ insgesamt verhaltener expandieren lassen. Die Banken werden sich darüber hinaus auf Grund der schwachen Kreditnachfrage deutlich langsamer als im Vorjahr entwickeln.
- Der Finanzierungsüberschuss der „Privaten Haushalte“ wird auf Grund der ungünstigen Einkommensentwicklung geringer ausfallen als im Vorjahr. Die privaten Haushalte werden heuer, wie erwähnt, ihr Engagement im Wertpapierbereich zu Gunsten traditioneller Veranlagungen einschränken. Der Erwerb von Investmentzertifikaten wird wegen der ungünstigen Kursentwicklung im Fondsbereich deutlich unter jenem der Vorjahre liegen. Die Kreditaufnahme der privaten Haushalte wird ebenfalls angesichts der schwächeren Konsumneigung verhaltener als im Vorjahr ausfallen.
- Das Leistungsbilanzdefizit wird mit voraussichtlich 86 Mrd ATS auf Grund der unterdurchschnittlichen Exportzuwächse über jenem des Vorjahres liegen. Die hohen Erdöl- bzw. Energiepreise dürften auch heuer die Leistungsbilanz stark belasten. Dem großen Interesse der ausländischen Investoren an inländischen Wertpapieren wird 2001 durch eine nur geringfügig zurückhaltendere Emissionstätigkeit von Bund und Banken auf dem Eurorentenmarkt Rechnung getragen. Die bisher lebhaft private inländische Nachfrage nach ausländischen Finanzanlagen setzt sich hingegen auf Grund der Präferenz nach stärkerer internationaler Diversifikation unverändert fort.

Tabelle 33: **Vorschau auf die Finanzierungsströme 2001** (Nettowerte in Mrd ATS)

	Nichtfinanzielle		Finanzielle		Staat		Private Haushalte		Inland		Ausland		Insgesamt			
	Kapitalgesellsch.		Kapitalgesellsch.		Insgesamt		Bundessektor						Insgesamt			
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Währungsgold und SZR	-	-	+2,4	-	-	-	-	-	-	-	+2,4	-	-	+2,4	+2,4	+2,4
Währungsgold	-	-	+2,5	-	-	-	-	-	-	-	+2,5	-	-	+2,5	+2,5	+2,5
Sonderziehungsrechte (SZR)	-	-	-0,1	-	-	-	-	-	-	-	-0,1	-	-	-0,1	-0,1	-0,1
Bargeld und Einlagen	+17,8	-	+121,8	+336,8	+4,9	-	+2,4	-	+51,0	-	+195,6	+336,8	+161,8	+20,6	+357,4	+357,4
Bargeld	-2,6	-	+2,4	+4,2	+0,0	-	+0,0	-	+3,8	-	+3,5	+4,2	-	-0,7	+3,5	+3,5
Sichteinlagen	+17,9	-	+7,5	+61,3	+4,1	-	+3,2	-	+22,9	-	+52,5	+61,3	+24,8	+16,0	+77,3	+77,3
Sonstige Einlagen	+2,6	-	+111,9	+271,3	+0,8	-	-0,8	-	+24,3	-	+139,5	+271,3	+137,1	+5,3	+276,6	+276,6
Wertpapiere und Finanzderivate	-3,1	+5,9	+198,5	+244,6	+9,2	+104,8	+9,2	+104,8	-25,7	-	+178,8	+355,3	+351,0	+174,4	+529,7	+529,7
Geldmarkt und Kapitalmarktpapiere	-3,1	+5,9	+198,4	+244,6	+9,2	+104,8	+9,2	+104,8	-25,7	-	+178,7	+355,3	+351,0	+174,3	+529,6	+529,6
Finanzderivate	-	-0,0	+0,1	+0,0	-	-	-	-	-	-	+0,1	+0,0	-	+0,1	+0,1	+0,1
Kredite	+29,8	+160,3	+233,0	+31,3	+31,9	-30,3	+32,5	-15,8	+0,0	+47,6	+294,7	+208,8	+38,3	+124,2	+333,0	+333,0
Anteilsrechte	+24,3	+12,5	+227,8	+152,6	+9,1	-	+9,1	-	+59,9	-	+321,0	+165,1	+50,5	+206,5	+371,5	+371,5
Anteilsrechte (ohne Investmentzertif.)	+18,8	+12,5	+105,2	+8,5	-0,0	-	-0,0	-	+30,2	-	+154,2	+21,0	+23,5	+156,7	+177,7	+177,7
Investmentzertifikate	+5,5	-	+122,6	+144,0	+9,1	-	+9,1	-	+29,7	-	+166,9	+144,0	+26,9	+49,8	+193,8	+193,8
Versicherungstechn. Rückstellung	-	-	-	+77,6	-	-	-	-	+77,6	-	+77,6	+77,6	-	-	+77,6	+77,6
Sonst. Forderungen/Verbindlichkeiten	+1,6	+2,0	-6,5	-0,9	-0,0	+5,5	-0,0	+0,1	-0,1	+0,9	-5,0	+7,5	+13,0	+0,6	+8,1	+8,1
Sektorsumme	+70,3	+180,7	+776,9	+841,9	+55,1	+80,0	+53,1	+89,1	+162,7	+48,4	+1.065,1	+1.151,0	+614,6	+528,6	+1.679,6	+1.679,6
Finanzierungssaldo	-110,4		-65,0		-24,9		-36,0		+114,3		-86,0		+86,0		+0,0	

Quelle: WIFO.

5 STAATSVerschuldung IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Das vorliegende Kapitel skizziert die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung der Mitgliedstaaten der EU, der Schweiz, der USA und Japans. Die Kennzahlen beziehen sich auf die **Höhe der öffentlichen Verschuldung** (in Relation zum BIP und zur Bevölkerung) und auf die **Entwicklung der Verschuldung** (Veränderung der Verschuldung innerhalb eines Jahres in % des Vorjahresstands und in % des BIP). Zudem wird in Tabelle 35 der **Durchschnittszinssatz** der öffentlichen Verschuldung für die EU-11-Länder präsentiert, der indirekt, auf Basis der ESVG-95-Daten über den gesamtstaatlichen Zinsaufwand und den öffentlichen Schuldenstand im Sinne von Maastricht ermittelt wurde.

Tabelle 34: Kennzahlen zur öffentlichen Verschuldung 1999 und 2000 ⁴⁸

	Zu- / Abnahme der Verschuldung				Schuldenstand in % des BIP		Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in ATS) ¹⁾	
	in % des Vor- jahresstandes		in % des BIP				1999	2000
	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
Belgien	0,8	0,3	0,9	0,3	116,4	110,9	365.800	365.700
Deutschland	3,0	1,3	1,8	0,8	61,1	60,2	203.000	205.500
Finnland	0,7	2,0	0,3	0,9	46,9	44,0	151.700	154.500
Frankreich	1,7	2,4	1,0	1,4	58,7	58,0	184.000	187.600
Irland	3,8	-8,8	1,8	-3,8	50,1	39,1	161.300	145.500
Italien	1,7	1,4	1,9	1,5	114,5	110,2	302.600	306.500
Luxemburg	1,8	1,4	0,1	0,1	6,0	5,3	34.300	34.300
Niederlande	-0,1	-4,6	-0,1	-2,7	63,2	56,3	205.700	195.000
Österreich	5,0	1,6	3,1	1,0	64,7	62,9	216.800	219.700
Portugal	6,2	4,2	3,2	2,2	55,0	53,8	81.100	84.400
Spanien	4,8	3,1	2,9	1,8	63,4	60,6	124.500	128.200
EU-11-Aggregat	2,3	1,2	1,6	0,8	72,0	69,7	208.600	210.700
Dänemark	-1,5	-5,1	-0,8	-2,5	52,6	47,3	221.700	209.800
Griechenland	5,5	6,5	5,4	6,4	104,6	103,9	153.000	162.900
Großbritannien	-0,5	-1,7	-0,2	-0,7	45,7	42,9	151.000	147.900
Schweden	-4,9	-10,9	-3,4	-6,8	65,2	55,6	228.800	203.500
EU-15-Aggregat	3,6	0,4	2,3	0,2	68,0	64,2	199.000	199.200
USA ²⁾	-2,5	-5,1	-1,0	-1,9	39,3	34,8	196.900	185.100
Japan	7,4	7,0	7,0	7,1	101,7	108,8	529.700	565.900
Schweiz	-2,5	0,6	-1,3	0,3	51,9	49,8	254.300	254.300

1) USA, Japan, Schweiz sowie Nicht-WWU-Länder wurden zu Devisenmittelkursen vom 29.12.2000 umgerechnet; EU-11-Länder gemäß unwiderruflich fixierten Umrechnungskursen vom 31.12.1998 (alle auf 100 ATS gerundet).

2) Zentralstaat; Fiskaljahr (September).

Quelle: Österreich, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder, Japan: EU-Kommission; USA: IWF; EU-11 und EU-15: eigene Berechnung.

Der **internationale Vergleich** über die **öffentliche Verschuldung** unterliegt gewissen Limitationen. Während für die öffentliche Verschuldung der Mitgliedsländer der EU in Hinblick auf die Konvergenzkriterien von Maastricht⁴⁹ einheitliche Vorgaben existieren, beruhen die Basisdaten der Nicht-EU-Länder (der Schweiz, der USA und Japans) auf nationalen Berechnungsmethoden. Abweichungen ergeben sich hier insbesondere bei der Abgrenzung des Sektors „Staat“, die bei den Nicht-EU-Ländern nach nationalen Kriterien erfolgt. Die Kenngrößen der öffentlichen Verschuldung können zudem durch Wechselkursveränderungen beeinflusst werden. Dieser Aspekt kommt

48 Zeitreihen mit Kennzahlen der letzten zehn Jahre befinden sich im Anhang A 11 des Berichtes.

49 Nähere Erläuterungen zum Verschuldungsbegriff laut Maastricht finden sich im Kapitel 3.

insbesondere bei der Pro-Kopf-Verschuldung von Nicht-WWU-Ländern sowie bei den Ergebnissen des EU-15-Aggregats zum Tragen.⁵⁰

Die **Verschuldungsdynamik** in den **EU-Staaten** verlangsamte sich vor dem Hintergrund der Budgetrestriktionen (Konvergenzkriterien, Stabilitäts- und Wachstumspakt) seit 1997 beachtlich: Im Jahr 1996 expandierte der Schuldenstand der EU-15 um 9,0%, 1997 nur noch um 3,1% und im Berichtsjahr 2000 um 0,4%. Ein ähnlicher Verlauf zeigt sich auch für den **Euroraum**. Die Zunahme des EU-11-Aggregats im Berichtsjahr lag mit 1,2% über dem EU-Durchschnitt. Von den vier EU-Ländern, die Ende 2000 noch nicht der Währungsunion beigetreten waren, reduzierten drei (Dänemark, Großbritannien, Schweden) ihren Schuldenstand. Griechenland, das seit Anfang 2001 an der WWU teilnimmt, verzeichnete im Jahr 2000 einen Anstieg der Verschuldung um 6,5%. Die Verschuldungsdynamik in Österreich konnte ebenfalls eingebremst werden, stieg aber mit 2,8% (1998), 5,0% (1999) und 1,6% (2000) relativ stark. Im Jahr 1999 war dafür auch die Aufwertung des JPY um rund 30% gegenüber dem EUR maßgeblich, welche die Fremdwährungsschuld des Bundes deutlich erhöhte.

In Relation zum BIP reduzierte sich seit 1997 die **Zunahme der öffentlichen Verschuldung**⁵¹ im **Euroraum** von 1,3% des BIP auf 0,8% des BIP (2000). Diese Quoten weichen aus konzeptiven Gründen (Stock-Flow-Adjustments) von jenen Größen, die für die Beurteilung der öffentlichen Defizitentwicklung im Sinne des Maastrichtvertrages bzw. des Stabilitäts- und Wachstumspaktes maßgeblich sind, in der Regel ab (siehe dazu auch Kapitel 3.1), stellen jedoch gleichfalls einen Indikator für die laufende Budgetgebarung dar. Im Berichtsjahr erhöhte sich die öffentliche Verschuldung der EU-11-Länder im Schnitt um 0,8% des BIP. Die höchsten Zuwächse der Verschuldung in Relation zum BIP wiesen im Jahr 2000 Portugal (2,2%), gefolgt von Spanien (1,8%) und Italien (1,5%) auf. Österreich rangierte mit einer Zunahme der öffentlichen Verschuldung von 1,0% an fünfter Stelle.

Die fiskalische Kenngröße im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes „**öffentliches Defizit in % des BIP**“ (siehe Grafik 13) verbesserte sich im Berichtsjahr in den EU-11-Ländern stärker als die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung impliziert. Im Durchschnitt erzielten die EU-11-Länder sogar einen Budgetüberschuss von 0,3% des BIP, nachdem im Jahr 1999 noch ein Defizit von 1,2% des BIP zu verzeichnen war. Die Zunahme der öffentlichen Verschuldung dürfte im Jahr 2000 insbesondere auf Rücklagenzuführungen oder Vorfinanzierungen zurückgehen (nicht defizitrelevante Transaktionen). Wechselkurseffekte, die den Schuldenstand in Fremdwährungen erhöhen, können im Berichtsjahr - im Gegensatz zu 1999 - zur Differenz der beiden Kenngrößen nur in geringem Umfang beigetragen haben. Der Budgetüberschuss in der Eurozone wurde im Jahr 2000 durch beachtliche Einnahmen aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen erzielt. Der Beitrag der UMTS-Lizenzversteigerungen zur Verbesserung des Budgetsaldos des Euroraums belief sich im Schnitt auf 1,1% des BIP, wobei insbesondere Deutschland und Italien hohe Erträge (2,5% des BIP bzw. 1,2% des BIP) erzielten. Ohne diese Sondereinnahmen hätten die Budgetsalden aller EU-11-Länder im Schnitt ein Defizit von 0,7% des BIP ergeben. Österreich lukrierte Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 0,4% des BIP.

Der im Vertrag über die Europäische Union festgelegte **Referenzwert für die Verschuldung des öffentlichen Sektors** in Höhe von 60% des BIP wurde Ende 2000 von neun EU-Ländern unterschritten (Luxemburg: 5,3%; Irland: 39,1%; Großbritannien: 42,9%; Finnland: 44,0%; Dänemark: 47,3%; Portugal: 53,8%; Schweden: 55,6%; Niederlande: 56,3% und Frankreich: 58,0%). Im Schnitt lag Ende 2000 die **öffentliche Verschuldung** der **EU-Länder** bei 64,2% des BIP (1999: 68,0% des BIP) und jene des **Euroraums** bei 69,7% des BIP (1999: 72,0% des BIP). Im Gegensatz zu den Vorjahren konnten im Jahr 2000 alle EU-Staaten ihre Schuldenquote reduzieren. Den größten Rückgang erzielte Irland mit 10,9%-Punkten, knapp gefolgt von Schweden mit 9,6%-Punkten. Eine Verminderung der Schuldenquote von über 5%-Punkten erzielten die Niederlande (-6,9%-Punkte), Belgien (-5,5%-Punkte) und Dänemark (-5,3%-Punkte). Die Verschuldungsquote Österreichs ging um 1,8%-Punkte auf 62,9% des BIP zurück.

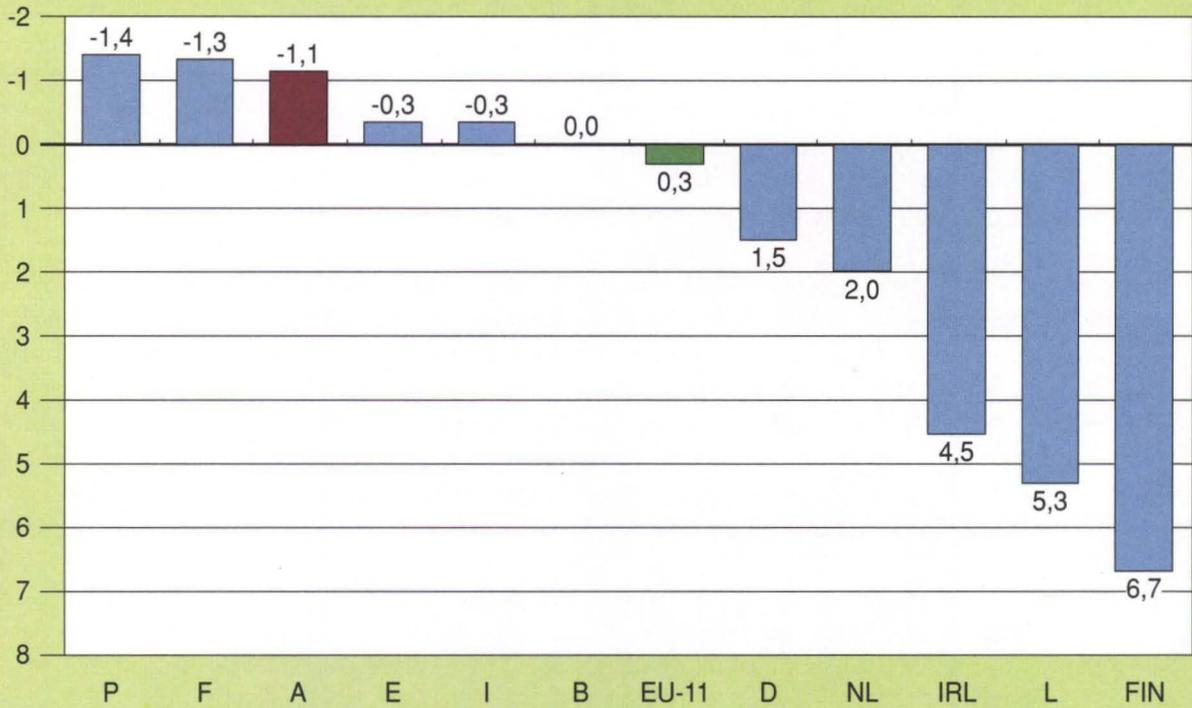
Außerhalb der EU verminderten im Berichtsjahr die USA ihre öffentliche Verschuldung in Relation zum BIP abermals, während die Verschuldung Japans seit Beginn der Neunzigerjahre ständig ansteigt und einen sehr dynamischen Verlauf aufweist. Die Quote Japans stieg 2000 um 7,1%-Punkte auf 108,8% des BIP und erreichte

⁵⁰ Die Pro-Kopf-Verschuldung wird zwar um Wechselkurseffekte insofern bereinigt, als für alle Beobachtungsperioden der Devisenmittellkurs am Jahresende 2000 herangezogen wird, allerdings beeinflussen diese Wechselkursrelationen zum Jahresende 2000 das Niveau der Zeitreihe.

⁵¹ Veränderung der öffentlichen Verschuldung innerhalb eines Kalenderjahres.

Grafik 13
Öffentliche Finanzierungssalden der EU-11-Länder im Jahr 2000

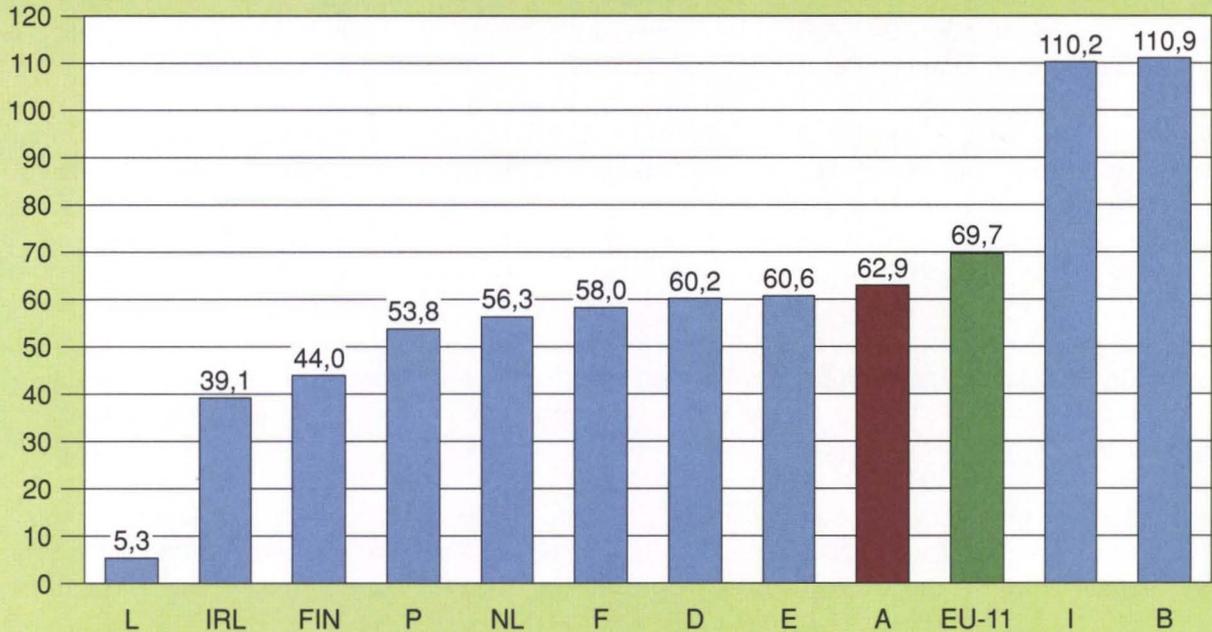
in % des BIP



Quelle: EU-Kommission; Österreich: nationale Daten; EU-11: eigene Berechnung.

Grafik 14
Öffentliche Verschuldung der EU-11-Länder im Jahr 2000

in % des BIP



Quelle: EU-Kommission; Österreich: nationale Daten; EU-11: eigene Berechnung.

damit das Verschuldungsniveau von Italien und Belgien. Die Schweiz baute 2000 - im Gegensatz zum Vorjahr - ihre Verschuldung gemessen am BIP wieder ab und wies zuletzt eine Verschuldungsquote von 49,8% des BIP auf. Die Quote der USA (Zentralstaat) belief sich Ende des dritten Quartals 2000 auf 34,8% des BIP.

Vergleicht man die beiden Verschuldungskennzahlen „Verschuldung in % des BIP“ und „Pro-Kopf-Verschuldung“, so zeigen sich insbesondere für die Schweiz und für Japan stark abweichende Ergebnisse. So weist die Schweiz mit Werten von 254.300 ATS die vierthöchste Pro-Kopf-Verschuldung der hier betrachteten 18 Staaten auf, während die Verschuldungskenngröße im Verhältnis zum BIP eine eher niedrige Verschuldung anzeigt (7. Stelle ausgehend von der geringsten Verschuldung). Die Pro-Kopf-Verschuldung Japans betrug Ende 2000 bereits 565.900 ATS und übertraf damit jene von Belgien (365.700 ATS) oder Italien (306.500 ATS) um mehr als die Hälfte. Gemessen am BIP differierten die Verschuldungsquoten der drei Länder demgegenüber kaum. Wenngleich die Pro-Kopf-Verschuldung in Tabelle 34 dargestellt wird, so muss dennoch darauf hingewiesen werden, dass dieser Indikator sich kaum für ökonomische Analysen eignet.⁵²

Tabelle 35: **Durchschnittsverzinsung der Verschuldung des öffentlichen Sektors 1996 bis 2000** ¹⁾

	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	6,9	6,4	6,4	6,2	6,3
Deutschland	6,4	6,1	6,0	5,9	5,5
Finnland	7,7	8,0	7,3	6,6	6,3
Frankreich	7,3	6,5	6,2	5,8	5,8
Irland	6,2	6,5	6,2	5,0	5,2
Italien	9,7	7,9	6,9	5,9	5,9
Luxemburg	6,1	5,8	6,1	5,3	5,5
Niederlande	7,6	7,3	7,3	7,0	6,9
Österreich	6,2	5,9	6,0	5,6	5,7
Portugal	8,7	7,2	6,3	6,0	6,0
Spanien	8,4	7,3	6,8	5,8	5,5
EU-11-Aggregat	7,8	6,9	6,5	5,9	5,8

1) Zinsaufwand laut ESVG 1995 im Verhältnis zum durchschnittlichen Schuldenstand der Beobachtungsperiode.

Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnung.

Die **Durchschnittsverzinsung der öffentlichen Verschuldung** in den **WWU-Staaten** weist innerhalb des Beobachtungszeitraums einen rückläufigen Verlauf auf und betrug im Jahr 2000 im Schnitt 5,8%. Der Ländervergleich zeigt innerhalb des gesamten Beobachtungszeitraums ein positives Bild für Österreich. Lässt man Luxemburg⁵³ außer Acht, so finanzierten sich Österreich und Irland zumeist günstiger als alle anderen EU-11-Staaten. Den auf den Rentenmärkten bestehenden Zinsvorteil von Deutschland, Frankreich und den Niederlanden dürften Österreich und Irland unter anderem durch Fremdwährungsfinanzierungen mit niedriger Nominalverzinsung mehr als wettgemacht haben. Die öffentlichen Verbindlichkeiten in den meisten anderen EU-11-Staaten sind teilweise zur Gänze (Deutschland, Niederlande) oder in sehr hohem Maße (Frankreich, Italien, Belgien) in der nationalen Währung denominated.

Im Berichtsjahr 2000 lagen Irland mit 5,2%, gefolgt von Deutschland und Spanien mit jeweils 5,5% und Österreich mit 5,7% unter dem EU-11-Durchschnitt. Vergleichsweise hohe Finanzierungskosten hatten vor allem Finnland und Belgien (6,3%) sowie die Niederlande (6,9%). Für Österreich ist anzumerken, dass die Berechnungen des Zinsaufwands im Sinne der ESVG-95-Regeln nach dem „Accrual-Prinzip“ bisweilen auf Schätzungen beruhen und Revisionen, die aus heutiger Sicht eine leicht geringere Durchschnittsverzinsung für 2000 ergeben könnten, noch zu erwarten sind.

⁵² Das Ausmaß der Einengung des finanzpolitischen Spielraums durch die öffentliche Verschuldung hängt von der Steuerbasis (Wirtschaftsleistung) eines Landes und nicht von der Bevölkerungsdichte ab.

⁵³ Die Ergebnisse von Luxemburg sind angesichts des geringen Verschuldungsniveaus sowie infolge von Datenproblemen nur sehr eingeschränkt mit jenen anderer Länder zu vergleichen.

Vergleicht man das Debt Management von Irland mit jenem von Österreich, so zeigt sich folgendes Bild: Irland setzt ebenso wie Österreich in relativ starkem Maße moderne Finanzierungsformen (Swaps) und Controllinginstrumente ein. Seit der WWU werden Fremdwährungsfinanzierungen in Irland kaum noch in Anspruch genommen. Der Fremdwährungsanteil der Bundesschuld in Irland betrug Ende 2000 6%⁵⁴, während die Quote in Österreich bei über 13% lag. Vor der Einführung des EUR waren mit Österreich vergleichbare Fremdwährungsquoten von 20% bis 25% der Gesamtschuld des Bundes zu verzeichnen. In Bezug auf das Fristigkeits- und Verzinsungsprofil des Schuldenportefeuilles weicht Irland gegenüber Österreich insofern ab, als variabel verzinsten Finanzprodukte einen deutlich höheren Stellenwert einnehmen. Die Verschuldung des Bundes in Irland setzte sich Ende 2000 zu rund 30% aus variabel verzinsten Finanzierungsinstrumenten zusammen, während die Quote in Österreich bei rund 13% lag.

54 Siehe dazu Ireland Information Memorandum 2001; <http://www.ntma.ie>.

6 ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2000 BIS 2004

Die Bundesregierung legte Mitte Dezember 2000 das **Stabilitätsprogramm für Österreich** für die Jahre 2000 bis 2004 vor, das gemäß EU-Verordnung 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken von den Mitgliedstaaten jährlich vorzulegen ist und folgende Angaben zu enthalten hat:⁵⁵

- das mittelfristige Budgetziel für einen beinahe ausgeglichenen Haushalt oder einen Überschuss einschließlich des geplanten Anpassungspfads und der zu erwartenden Entwicklung der Schuldenquote,
- die bei der Prognose unterstellten makroökonomischen Annahmen und
- eine Sensitivitätsanalyse, welche die budgetären Auswirkungen bei Änderung der makroökonomischen Annahmen aufzeigt.

Das aktuelle Stabilitätsprogramm für Österreich sieht einen deutlich beschleunigten Konsolidierungsprozess vor, der aus der Sicht der EU-Kommission mit den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik in der EU übereinstimmt und ab dem Jahr 2002 - unter den makroökonomischen Rahmenbedingungen des Normalszenarios - ein ausgeglichenes Budget ergibt. Das vorangegangene, Anfang März 2000 an die EU übermittelte Stabilitätsprogramm mit einer moderaten Verminderung der öffentlichen Defizitquote auf 1,3% des BIP bis zum Jahr 2003 wurde von der EU-Kommission aber auch von anderen internationalen Organisationen wie von der OECD und vom IWF noch sehr kritisch aufgenommen.⁵⁶

Die im Stabilitätsprogramm enthaltenen Vorschauen für die Defizit- und Schuldenentwicklung der Jahre 2001 bis 2004 stützen sich auf die Bundesvoranschläge 2001 und 2002, auf die im Rahmen des „Reformdialogs für Österreich“ im Sommer 2000 mit den Ländern und Gemeinden vereinbarten Konsolidierungsbeiträge und auf die nationalen und internationalen Einschätzungen über die ökonomischen Perspektiven zum damaligen Zeitpunkt (Stand: Oktober 2000). Diese Informationen dienen als Basis für die Berechnungen des „**Haupt- bzw. Normalszenarios**“. Neben dem „Hauptszenario“ liefert das Stabilitätsprogramm auch zwei Alternativrechnungen, welche die budgetäre Entwicklung unter veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen abschätzt.

Tabelle 36: **Wirtschaftswachstum und Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte 2000 bis 2004 in drei Szenarien**

	2000	2001	2002	2003	2004
Normalszenario					
Bruttoinlandsprodukt	3,5	2,8	2,7	2,3	2,5
Finanzierungssaldo in % des BIP	-1,4	-0,8	0,0	0,0	0,0
Schuldenquote in % des BIP	63,1	61,4	59,1	57,2	55,3
Oberes Wachstumsszenario					
Bruttoinlandsprodukt	3,5	3,4	3,3	2,9	3,1
Finanzierungssaldo in % des BIP	-1,4	-0,6	0,3	0,5	0,6
Schuldenquote in % des BIP	63,1	61,0	58,1	55,5	52,7
Unteres Wachstumsszenario					
Bruttoinlandsprodukt	3,5	2,3	2,1	1,7	1,9
Finanzierungssaldo in % des BIP	-1,4	-0,9	-0,3	-0,5	-0,6
Schuldenquote in % des BIP	63,1	61,8	60,1	58,9	57,9

Quelle: BMF, Österreichisches Stabilitätsprogramm vom Dezember 2000.

⁵⁵ Jene EU-Länder, die nicht Teilnehmer der WWU sind, haben ihre mittelfristigen haushaltspolitischen Ziele in Form von Konvergenzprogrammen darzulegen, die zusätzlich Informationen über die Inflations- und Wechselkursentwicklung enthalten.

⁵⁶ Siehe Finanzschuldenbericht 1999, Kapitel 6: Österreichisches Stabilitätsprogramm 1999 bis 2003.

Tabelle 37: **Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte 2000 bis 2004 (Normalszenario)**
(in % des BIP)

	2000	2001	2002	2003	2004
Finanzierungssaldo Staat	-1,4	-0,75	0,0	0,0	0,0
davon:					
Bundessektor	-1,8	-1,5	-0,75	-0,75	-0,75
Länder und Gemeinden	0,5	0,75	0,75	0,75	0,75
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: BMF; Österreichisches Stabilitätsprogramm vom Dezember 2000.

Tabelle 38: **Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote der öffentlichen Haushalte 2000 bis 2004 (Normalszenario)**

	2000	2001	2002	2003	2004
Staatsschulden in Mrd ATS	1.795,5	1.827,4	1.824,4	1.819,2	1.820,2
Schuldenquote in % des BIP	63,1	61,4	59,1	57,2	55,3
Veränderung der Schuldenquote	-1,6	-1,7	-2,3	-2,0	-1,9
davon Beitrag ¹⁾ :					
des primären Saldos ²⁾	-2,1	-2,7	-3,4	-3,3	-3,2
der Zinszahlungen der öffentlichen Hand	+3,5	+3,4	+3,4	+3,3	+3,2
des nominellen BIP-Wachstums	-3,1	-2,7	-2,2	-1,8	-1,9
des Stock-Flow-Adjustment	0,1	0,3	-0,1	-0,2	0,1

1) - = positiver Beitrag (+ = negativer Beitrag) zur Reduzierung der Schuldenquote.

2) - = Primärüberschuss.

Quelle: BMF; Österreichisches Stabilitätsprogramm vom Dezember 2000.

Im Einzelnen wurden folgende unterschiedliche Annahmen unterstellt:

- Das „**Haupt- bzw. Normalszenario**“ geht von einem Wirtschaftswachstum von 3,5% für 2000 aus, das im heurigen Jahr auf 2,8% absinkt und auch in den Folgejahren deutlich unter der Wachstumsdynamik des Jahres 2000 zu liegen kommt (2002: 2,7%; 2003: 2,3%; 2004: 2,5%). Für die nominelle Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts wurde ein ähnlicher Verlauf unterstellt: Der nominelle BIP-Anstieg von 5,0% im Jahr 2000 vermindert sich im heurigen Jahr auf 4,5%, im Jahr 2002 auf 3,7% und 2003 auf 3,1%. Erst 2004 wird wieder eine leichte Beschleunigung des nominellen Wachstums auf 3,5% erwartet.
- Das „**obere Szenario**“ unterstellt unter Beibehaltung der übrigen exogenen Annahmen in den Jahren 2001 bis 2004 ein um einen Prozentpunkt höheres reales BIP-Wachstum der österreichischen Handelspartner.
- Das „**untere Szenario**“ nimmt demgegenüber ein um einen Prozentpunkt niedrigeres reales BIP-Wachstum der österreichischen Handelspartner an.

Die dem Stabilitätsprogramm zu Grunde liegenden Wirtschaftsprognosen des „**Haupt- bzw. Normalszenarios**“ erscheinen aus heutiger Sicht für das Jahr 2001 und vermutlich auch für 2002 zu optimistisch, da der Konjunkturabschwung stärker als angenommen ausfallen dürfte. Das angenommene durchschnittliche Wirtschaftswachstum über den gesamten Planungshorizont von 2,6% pro Jahr könnte aber erreicht werden. Es entspricht dem in der Vergangenheit zu verzeichnenden langfristigen Wachstumspfad in Österreich in der Größenordnung von 2,5%. Auch sollte sich die gegenwärtige Wachstumsabschwächung infolge der Preisentwicklung und des relativ robusten privaten Konsums in Österreich nur abgeschwächt auf die Budgetentwicklung der öffentlichen Haushalte auswirken.

Ein Rückgang der Auslandsnachfrage unter Beibehaltung der übrigen exogenen Annahmen („**unteres Szenario**“) des Stabilitätsprogramms führt nach den Berechnungen des BMF zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Österreich um rund 0,6 Prozentpunkte jährlich und zu einer ab dem Jahr 2002 wieder leicht ansteigenden öffentlichen Defizitquote. Dennoch würde auch unter diesen Rahmenbedingungen die Defizitquote aller öffentlichen Haushalte in Österreich innerhalb des Planungszeitraums deutlich unter den Ausgangswert von 2000 in Höhe von 1,4%⁵⁷ absinken (2001: 0,9% des BIP; 2002: 0,3% des BIP; 2003: 0,5% des BIP, 2004: 0,6% des BIP) und gleichzeitig die Schuldenquote auf unter 60% des BIP drücken.

Das „**Hauptszenario**“ sieht für 2001 eine Reduktion des Defizits der öffentlichen Haushalte auf 0,75% des BIP und in den Folgejahren ein Nulldefizit vor. Gleichzeitig soll sich die Schuldenquote des öffentlichen Sektors von 63,1% des BIP (2000) auf 55,3% des BIP im Jahr 2004 reduzieren. Zur Erreichung dieser Zielgrößen soll der Bund sein Defizit im Sinne von Maastricht bis 2002 auf 0,75% des BIP vermindern, sollen die Länder und Gemeinden Überschüsse in gleicher Höhe erzielen und die Sozialversicherungsträger ausgeglichen bilanzieren. Konkret führt das Stabilitätsprogramm folgende Maßnahmen an, die den Konsolidierungsprozess beim Bund herbeiführen sollen:

- Verringerung des Personalstandes des Bundes um 11.000 Mitarbeiter;
- moderate Gehaltserhöhungen und Übergang auf Jahresarbeitszeitmodelle;
- ausgabendämpfende Effekte der Pensionsreform vom Oktober 2000;
- Einnahmenerhöhungen (Erhöhung von indirekten Steuern und Gebühren, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, Reduktion von steuermindernden Tatbeständen);
- Reduktion der Ermessensausgaben (Beschaffungswesen, Repräsentationsausgaben, Förderungen etc.);
- Konzentration der staatlichen Leistungen auf Kernfunktionen (Aufgabenteilung, Ausgliederungen).

Gleichzeitig sollen auch Maßnahmen realisiert werden, die zu merklichen Mehrausgaben bzw. Einnahmenausfällen in den öffentlichen Budgets führen werden. Darunter fallen das familienpolitische Vorhaben, den Bezieherkreis des Karenzgelds ab 2002 auszuweiten und diesbezügliche Leistungen zu erhöhen, sowie die Absicht, die Lohnnebenkosten bis zum Jahr 2003 zu reduzieren.

⁵⁷ Das öffentliche Defizit dürfte im Jahr 2000 nach jüngsten Ergebnissen (budgetäre Notifikation, Februar 2001) 1,1% des BIP betragen haben. Die hier präsentierten Daten für 2000 spiegeln die damals erwarteten Ergebnisse für 2000 wider.

ANHANG

A 1 EMPFEHLUNGEN DES STAATSSCHULDENAUSSCHUSSES SEIT ERSCHEINEN DES LETZTEN BERICHTES

Empfehlung des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld zur Budgetfinanzierung 2001

Beschlossen in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 30. November 2000 und genehmigt in der Sitzung des Staatsschuldenausschusses vom 14. Dezember 2000.

Der Staatsschuldenausschuss begrüßt die deutliche Intensivierung der Konsolidierungsanstrengungen der neuen Bundesregierung, der Länder und Gemeinden sowie die gesetzten Maßnahmen zur verstärkten Koordinierung der Finanzpolitik der Gebietskörperschaften als Weichenstellung für die Zukunft.

Für Österreich als Mitglied der Wirtschafts- und Währungsunion gelten nicht nur die Bestimmungen des Vertrages von Maastricht, sondern auch die des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, welche die WWU-Staaten verpflichten, mittelfristig ein nahezu ausgeglichenes Budget oder einen Budgetüberschuss anzustreben. Bei der Erstellung der wirtschaftspolitischen Leitlinien der EU-Länder („Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2000“) wurde zudem vom ECOFIN vereinbart, dass dieses Ziel von den WWU-Ländern i.d.R. bereits 2001 zu erreichen sei. Durch die Umsetzung des neuen Konsolidierungsprogrammes wird Österreich nicht nur die internationalen Verpflichtungen erfüllen, sondern auch einen hinreichenden Raum für das Wirksamwerden der automatischen Stabilisatoren schaffen, den Spielraum für wirtschaftspolitische Akzentsetzungen sukzessive erhöhen und die Geldpolitik des Eurosystems unterstützen.

Die Konjunkturaussichten Österreichs sind weiterhin erfreulich, wenngleich der Anstieg der Rohölpreise sowie die forcierte Budgetkonsolidierung den Zuwachs der Inlandsnachfrage vorübergehend abschwächen dürften. Zudem ist mit einer geringeren Exportdynamik infolge der internationalen Konjunkturabflachung zu rechnen. Trotz dieser restriktiven Effekte kann von positiven Wachstumsperspektiven im Jahr 2001 mit einem über dem Durchschnitt liegenden Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von beinahe 3% ausgegangen werden.

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt:

- Zur Erreichung optimaler Finanzierungskosten den Konsolidierungskurs einzuhalten, die günstige Konjunkturlage für einen zügigen Abbau des öffentlichen Defizits zu nützen und durch einen an die neuen Gegebenheiten angepassten „innerösterreichischen Stabilitätspakt“ rechtlich abzusichern. Österreich soll auch in Zukunft zu den wirtschaftlich und sozial stabilsten Ländern Europas zählen.
- Beim Konsolidierungsprozess
 - strukturelle und effizienzsteigernde Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und zwischen den Gebietskörperschaften (wie z.B. Zusammenführen von Aufgaben- und Kostenverantwortung, Harmonisierung der Gesetze innerhalb der Gebietskörperschaften, Abbau von Mehrfachzuständigkeiten) voranzutreiben,
 - Einnahmen aus Vermögenstransaktionen vorrangig zur Reduktion der öffentlichen Verschuldung und nicht zur Finanzierung zusätzlicher laufender Ausgaben zu verwenden und
 - zusätzliche konsumtive Ausgabenerhöhungen zu vermeiden, um den Abbau des Defizits nachhaltig abzusichern und den erforderlichen budgetären Spielraum für wachstums- und beschäftigungsfördernde Schritte zur Stärkung der Wettbewerbsposition zu vergrößern.

- Im Bereich des Debt-Managements alle möglichen Maßnahmen zu setzen, um die Liquidität von Bundespapieren, die ein zentrales Kriterium bei der Preisbildung von Staatsanleihen des Eurogebietes darstellt, auch bei rückläufigen Finanzierungserfordernissen des Bundes möglichst hoch zu halten. Zur Erreichung dieses Zieles erscheinen Schritte in Richtung nationaler und internationaler Kooperationen ebenso zweckmäßig wie die Konzentration der Schuldaufnahmen auf titrierte Euroemissionen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass sich in Hinkunft nicht nur der Bund und die Rechtsträger, sondern auch die Länder der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur bedienen können, um ihre Finanztransaktionen durchzuführen.
- Den Anteil an variabel verzinsten Schuldtiteln sowie Geldmarktfinanzierungen im Schuldenportefeuille des Bundes nicht auszuweiten, solange von einem Anstieg der Zinssätze auszugehen ist. Finanzierungen mit kurzfristiger Zinsbindung erhöhen die Wahrscheinlichkeit von starken Schwankungen des Zinsaufwandes und könnten den Konsolidierungskurs der Budgetpolitik gefährden.

Empfehlung des Ausschusses für die Mitwirkung an der Verwaltung der Staatsschuld zur Budgetfinanzierung 2001

Beschlossen in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 27. Juni 2001 und genehmigt in der Sitzung des Staatsschuldenausschusses vom 5. Juli 2001.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hat sich ausgehend von den USA in den letzten Monaten merkbar verschlechtert. Auch kann eine weitere Korrektur der Aktienmärkte und der historisch hohen Investitionsquote in den USA nicht gänzlich ausgeschlossen werden. In Europa dürfte die Konjunkturabkühlung angesichts der geringen Exportnachfrage und der anhaltend hohen Energiepreise, welche die real verfügbaren Einkommen empfindlich dämpfen, deutlich stärker als erwartet ausfallen. Indikatoren, die auf eine rasche Überwindung der Wachstumsschwäche in Europa hindeuten, fehlen derzeit.

In Österreich mehren sich ebenfalls die Anzeichen einer erheblichen Konjunkturabkühlung. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt trübte sich im Verlauf des Jahres 2001 sukzessive ein. Im Mai 2001 nahm die Zahl der Arbeitslosen – v. a. bedingt durch den deutlichen Anstieg im Bausektor - erstmals seit Februar 1999 wieder leicht zu. Die Dynamik der Sachgüterproduktion, der Exporte und der Importe hat ebenfalls deutlich nachgelassen. Insgesamt müssen daher die Wachstumseinschätzungen für Österreich für das Jahr 2001 auf unter 2% revidiert werden.

Auf die Budgetentwicklung im heurigen Jahr dürfte sich der stärkere Konjunkturabschwung infolge von Preiseffekten, einer relativ robusten Konsumnachfrage der privaten Haushalte und zeitlicher Verzögerungen bei der Einnahmenentwicklung kaum auswirken. Der Verbraucherpreisanstieg lag in den ersten fünf Monaten mit durchschnittlich 3,0% deutlich über den Erwartungen. Im weiteren Jahresverlauf sollte sich der Preisauftrieb zwar - infolge des Wegfalls von Basiseffekten (fiskalische Maßnahmen und Ölpreissteigerungen), temporärer Preissteigerungen sowie der nachlassenden Konjunktur - wieder beruhigen. Für das Gesamtjahr wird dennoch ein Wert in der Größenordnung von 2,5% erwartet.

Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt unter den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Folgendes:

- Die in der Empfehlung vom Dezember 2000 angeführten strukturellen und effizienzsteigernden Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung und zwischen den Gebietskörperschaften, die eine klare Definition der jeweiligen Aufgaben voraussetzen, voranzutreiben und allfällige Einsparungspotentiale durch eine strenge Ausgabenkontrolle im Budgetvollzug zu nützen. Dadurch soll der vereinbarte Konsolidierungspfad, der ab dem Jahr 2002 ein ausgeglichenes Budget des öffentlichen Sektors in Österreich vorsieht, möglichst eingehalten werden.

- Bei einer stärkeren Wachstumsabschwächung die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, indem konjunkturell bedingte Einnahmenausfälle und Ausgabensteigerungen im Budget zugelassen und nicht durch Gegenmaßnahmen abgefangen werden. Eine stabilitätsorientierte Ausrichtung der Finanzpolitik spricht für ein über den Konjunkturzyklus im Durchschnitt ausgeglichenes Budget.
- Den Dialog und die Kooperation der Gebietskörperschaften zu fördern und die im „innerösterreichischen Stabilitätspakt“ institutionell verankerten Koordinierungsgremien einzusetzen. Der längerfristige Konsolidierungserfolg wird maßgeblich von einer erfolgreichen Kooperation mit klar abgegrenzten Aufgabengebieten der Gebietskörperschaften sowie einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Struktur der Budgeteinnahmen und -ausgaben abhängen.
- Die stabilitätsorientierte Ausrichtung des Debt Managements im Sinne der Empfehlungen vom Dezember 2000 beizubehalten und das gegebene Risikoprofil des Schuldenportefeuilles des Bundes durch Fremdwährungsfinanzierungen nicht zu erhöhen.

A 2 FINANZSCHULD IM ENGEREN SINN UND DER WÄHRUNGSTAUSCHVERTRÄGE NACH SCHULDFORMEN IM JAHR 2000 ¹⁾

(in Mio ATS)

Schuldformen	Stand am 31.12.1999					Nettoveränderung			Stand am 31.12.2000				
	Finanz- Schuld i.e.S.	WTV Verbind- lichkeiten	WTV Forde- rungen	WTV Verbindl. netto	Finanz- schuld	Finanz- schuld i.e.S.	WTV Verbindl. netto	Finanz- schuld	Finanz- schuld i.e.S.	WTV Verbind- lichkeiten	WTV Forde- rungen	WTV Verbindl. netto	Finanz- schuld
Euroschuld ²⁾													
Anleihen	1.118.870	11.339	32.588	-21.248	1.097.622	109.046	-24.869	84.177	1.227.916	11.446	57.562	-46.117	1.181.799
Bundesobligationen	22.023	457	4.675	-4.218	17.805	-4.793	-1.237	-6.031	17.230	0	5.455	-5.455	11.775
Bundesschatzscheine	82.046	2.414	0	2.414	84.459	-16.752	6.468	-10.284	65.294	8.882	0	8.882	74.176
Titrierte Euroschuld	1.222.939	14.210	37.263	-23.053	1.199.887	87.501	-19.638	67.863	1.310.440	20.327	63.018	-42.691	1.267.750
Versicherungsdarlehen	129.093	0	0	0	129.093	-6.237	0	-6.237	122.856	0	0	0	122.856
Bankendarlehen	126.538	0	0	0	126.538	-477	0	-477	126.061	0	0	0	126.061
Sonstige Kredite	3.320	0	0	0	3.320	-3.291	0	-3.291	29	0	0	0	29
Nicht titrierte Euroschuld	258.950	0	0	0	258.950	-10.005	0	-10.005	248.946	0	0	0	248.946
Euroschuld ²⁾	1.481.890	14.210	37.263	-23.053	1.458.837	77.496	-19.638	57.858	1.559.386	20.327	63.018	-42.691	1.516.695
FW - Schuld ³⁾													
Anleihen	179.285	114.361	90.515	23.846	203.131	-21.138	21.040	-98	158.146	122.748	77.862	44.886	203.033
Schuldverschreibungen	9.364	4.985	3.336	1.649	11.012	-2.801	4.064	1.263	6.563	6.484	772	5.713	12.276
Bundesschatzscheine	0	0	0	0	0	8.295	-8.295	0	8.295	0	8.295	-8.295	0
Titr. Fremdwährungsschuld	188.648	119.346	93.851	25.495	214.143	-15.644	16.809	1.165	173.005	129.233	86.929	42.304	215.309
Kredite und Darlehen	17.279	0	0	0	17.279	-1.964	0	-1.964	15.315	0	0	0	15.315
Fremdwährungsschuld	205.927	119.346	93.851	25.495	231.422	-17.608	16.809	-799	188.320	129.233	86.929	42.304	230.623
Finanzschuld	1.687.817	133.556	131.114	2.443	1.690.259	59.888	-2.829	57.060	1.747.705	149.560	149.946	-387	1.747.319
Abzüglich Eigenbesitz					66.899			19.478					86.376
Bereinigte Euroschuld ⁴⁾					1.392.485			38.359					1.430.844
Bereinigte FW-Schuld ⁴⁾					230.876			-777					230.098
Bereinigte Finanzschuld					1.623.361			37.582					1.660.943

1) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.

2) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

3) Auf Nicht-WWU-Währungen lautende Finanzschulden.

4) Die bereinigte Schuldenentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD DES BUNDES (OHNE EIGENBESITZ) ¹⁾ SOWIE NETTO-DEFIZIT DES BUNDES IN % DES BIP 1960 BIS 2000

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			in % des BIP	
	Euroschild ²⁾		FW-Schuld		Gesamt		Euroschild ²⁾	FW-Schuld	Gesamt	Finanz-schuld	Netto-defizit
	in Mrd ATS	in %	in Mrd ATS	in %	in Mrd ATS	in %	in Mio ATS	in Mio ATS	in Mio ATS		
1960	2,5	14,1	0,1	3,0	2,5	12,8	19.986	2.328	22.314	13,7	1,3
1961	-0,9	-4,3	0,9	38,2	0,0	0,2	19.131	3.218	22.349	12,4	-0,3
1962	0,2	1,1	0,5	14,4	0,7	3,0	19.335	3.683	23.017	12,0	0,2
1963	1,6	8,1	0,5	12,9	2,0	8,9	20.905	4.157	25.062	12,1	1,3
1964	1,4	6,8	0,8	20,1	2,2	9,0	22.317	4.993	27.309	12,0	1,2
1965	1,6	7,2	-0,6	-12,7	1,0	3,5	23.920	4.357	28.277	11,5	0,5
1966	1,7	7,0	-0,7	-15,5	1,0	3,5	25.596	3.681	29.277	10,9	0,4
1967	1,8	7,0	3,5	95,6	5,3	18,1	27.379	7.200	34.579	12,1	1,9
1968	0,6	2,2	4,7	64,9	5,3	15,2	27.970	11.871	39.841	13,0	1,8
1969	2,9	10,3	0,9	7,5	3,8	9,4	30.842	12.762	43.604	13,0	0,7
1970	2,7	8,9	0,7	5,7	3,5	8,0	33.582	13.489	47.072	12,5	0,6
1971	1,1	3,4	-1,4	-10,1	-0,2	-0,5	34.715	12.132	46.847	11,2	0,4
1972	4,8	13,9	-1,8	-15,1	3,0	6,4	39.554	10.304	49.858	10,4	0,3
1973	7,7	19,4	-1,3	-12,5	6,4	12,8	47.232	9.019	56.251	10,4	1,3
1974	0,6	1,3	4,5	50,1	5,1	9,1	47.855	13.540	61.395	9,9	1,9
1975	20,4	42,7	18,5	136,8	39,0	63,5	68.305	32.062	100.367	15,3	4,5
1976	30,5	44,7	2,9	9,0	33,4	33,3	98.825	34.958	133.782	18,0	4,5
1977	18,3	18,5	12,5	35,7	30,8	23,0	117.155	47.427	164.581	20,0	3,6
1978	22,0	18,8	12,6	26,6	34,6	21,0	139.142	60.026	199.167	23,0	4,1
1979	28,1	20,2	3,6	6,0	31,7	15,9	167.245	63.655	230.899	24,4	3,4
1980	21,3	12,7	9,0	14,1	30,3	13,1	188.540	72.641	261.181	25,7	2,9
1981	12,2	6,5	21,9	30,2	34,1	13,1	200.713	94.565	295.278	27,3	2,5
1982	32,5	16,2	13,8	14,6	46,3	15,7	233.231	108.351	341.581	29,4	4,0
1983	57,4	24,6	17,2	15,9	74,6	21,8	290.602	125.590	416.192	33,6	5,3
1984	60,2	20,7	-6,6	-5,3	53,6	12,9	350.830	118.958	469.788	36,2	4,4
1985	56,1	16,0	-0,2	-0,2	55,8	11,9	406.898	118.718	525.616	38,4	4,4
1986	85,4	21,0	5,9	5,0	91,3	17,4	492.265	124.605	616.870	42,9	5,1
1987	80,5	16,4	0,1	0,1	80,7	13,1	572.787	124.739	697.526	46,7	4,7
1988	43,1	7,5	6,1	4,9	49,1	7,0	615.871	130.802	746.673	47,7	4,2
1989	58,5	9,5	-5,0	-3,8	53,5	7,2	674.334	125.834	800.168	47,7	3,7
1990	51,9	7,7	9,5	7,6	61,4	7,7	726.250	135.359	861.608	47,5	3,4
1991	63,0	8,7	13,1	9,7	76,1	8,8	789.287	148.458	937.745	48,2	3,2
1992	30,6	3,9	23,7	16,0	54,2	5,8	819.853	172.141	991.993	48,2	3,2
1993	75,3	9,2	40,7	23,7	116,0	11,7	895.134	212.857	1.107.991	52,1	4,5
1994	69,5	7,8	48,1	22,6	117,6	10,6	964.656	260.941	1.225.597	54,8	4,6
1995	86,6	9,0	30,2	11,6	116,8	9,5	1.051.281	291.114	1.342.395	56,6	5,0
1996	49,6	4,7	4,9	1,7	54,5	4,1	1.100.840	296.017	1.396.857	57,0	3,6
1997	70,2	6,4	8,9	3,0	79,1	5,7	1.171.000	304.926	1.475.926	58,7	2,7
1998	-18,8	-1,6	78,6	25,8	59,8	4,0	1.152.202	383.485	1.535.687	58,7	2,5
1998 ³⁾	-	-	-	-	-	-	1.347.671	188.016	1.535.687	58,7	2,5
1999	44,8	3,3	42,9	22,8	87,7	5,7	1.392.485	230.876	1.623.361	59,9	2,5
2000	38,4	2,8	-0,8	-0,3	37,6	2,3	1.430.844	230.098	1.660.943	58,6	1,4

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 ohne im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWU-Währungen.

A 4 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES NACH SCHULDFORMEN

Finanzschuld nach Schuldformen 1970 bis 2000 ¹⁾ (in Mio ATS)

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonst. Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	16.776	335	8.252	25.362	1.522	595	1.031	5.073	8.220	33.582
1971	17.426	260	10.138	27.824	1.786	853	1.167	3.086	6.892	34.715
1972	18.573	2.185	10.802	31.559	2.181	1.143	1.488	3.183	7.995	39.554
1973	19.702	3.110	16.072	38.883	2.365	1.004	1.449	3.532	8.349	47.232
1974	19.102	3.035	16.940	39.077	2.360	865	1.457	4.097	8.779	47.855
1975	25.129	10.326	22.747	58.202	2.128	2.716	1.239	4.020	10.104	68.305
1976	32.696	24.274	24.919	81.889	4.095	7.999	996	3.846	16.936	98.825
1977	39.333	33.334	23.336	96.002	5.556	11.003	921	3.672	21.152	117.155
1978	47.749	42.007	24.160	113.916	6.508	14.365	846	3.507	25.226	139.142
1979	57.765	50.508	25.013	133.286	8.641	21.442	745	3.131	33.958	167.245
1980	70.182	52.600	30.992	153.774	9.385	21.957	724	2.700	34.766	188.540
1981	74.024	53.948	32.140	160.112	10.208	27.378	972	2.044	40.601	200.713
1982	82.109	57.884	41.670	181.663	10.845	37.598	895	2.231	51.568	233.231
1983	97.320	69.888	47.135	214.344	16.453	56.457	775	2.573	76.258	290.602
1984	103.964	72.242	49.181	225.387	23.686	98.208	729	2.820	125.443	350.830
1985	114.436	77.186	50.291	241.912	30.655	131.628	609	2.093	164.985	406.898
1986	125.160	94.520	53.466	273.146	40.237	177.302	381	1.200	219.119	492.265
1987	137.931	116.673	61.056	315.660	47.001	209.262	285	580	257.128	572.787
1988	151.496	127.103	71.216	349.816	51.813	213.639	194	410	266.056	615.871
1989	183.737	120.342	91.276	395.355	58.059	220.424	126	371	278.979	674.334
1990	213.702	115.087	115.666	444.455	61.966	219.309	78	443	281.795	726.250
1991	267.064	106.964	122.506	496.534	71.008	221.213	73	458	292.753	789.287
1992	316.964	98.263	107.806	523.033	80.202	216.045	68	504	296.819	819.853
1993	396.226	85.621	121.106	602.954	83.346	209.320	64	506	293.235	896.189
1994	474.395	74.688	121.366	670.449	97.077	198.105	1.205	597	296.984	967.433
1995	549.939	67.221	108.292	725.452	124.732	203.490	53	-	328.275	1.053.727
1996	624.589	57.546	109.170	791.305	144.677	184.625	48	-	329.350	1.120.655
1997	715.868	34.098	125.570	875.536	142.526	172.655	43	-	315.224	1.190.760
1998	797.011	22.039	81.781	900.831	135.987	142.064	649	-	278.699	1.179.530
1998 ³⁾	972.036	22.510	104.998	1.099.545	135.987	148.282	649	-	284.917	1.384.462
1999	1.097.622	17.805	84.459	1.199.887	129.093	126.538	3.320	-	258.950	1.458.837
2000	1.181.799	11.775	74.176	1.267.750	122.856	126.061	29	-	248.946	1.516.695

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungsaustauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Finanzschuld nach Schuldformen 1970 bis 2000 ¹⁾ (in Mio ATS)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	Gesamt	abzüglich Eigenbesitz			Bereinigte Schuld
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe				in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	3.389	3.904	7.293	6.196	13.489	47.072	-	-	-	-
1971	3.563	4.353	7.916	4.216	12.132	46.847	-	-	-	-
1972	3.354	3.652	7.006	3.298	10.304	49.858	-	-	-	-
1973	2.992	3.332	6.323	2.696	9.019	56.251	-	-	-	-
1974	2.804	3.694	6.498	7.042	13.540	61.395	-	-	-	-
1975	5.484	10.910	16.394	15.668	32.062	100.367	-	-	-	-
1976	6.426	11.367	17.793	17.165	34.958	133.782	-	-	-	-
1977	9.730	16.317	26.047	21.379	47.427	164.581	-	-	-	-
1978	11.141	19.924	31.065	28.960	60.026	199.167	-	-	-	-
1979	11.304	22.188	33.492	30.163	63.655	230.899	-	-	-	-
1980	14.089	24.184	38.273	34.368	72.641	261.181	-	-	-	-
1981	16.922	28.867	45.789	48.776	94.565	295.278	-	-	-	-
1982	18.387	33.907	52.294	56.057	108.351	341.581	-	-	-	-
1983	23.925	38.220	62.145	63.445	125.590	416.192	-	-	-	-
1984	28.402	33.441	61.843	57.115	118.958	469.788	-	-	-	-
1985	38.648	30.999	69.647	49.071	118.718	525.615	-	-	-	-
1986	61.172	21.355	82.527	42.078	124.605	616.870	-	-	-	-
1987	74.633	18.325	92.957	31.782	124.739	697.526	-	-	-	-
1988	98.295	15.042	113.337	17.465	130.802	746.673	-	-	-	-
1989	106.266	10.598	116.864	8.971	125.834	800.168	-	-	-	-
1990	118.264	9.419	127.684	7.675	135.359	861.608	-	-	-	-
1991	126.593	13.731	140.324	8.135	148.458	937.745	-	-	-	-
1992	146.949	12.086	159.035	13.105	172.141	991.993	-	-	-	-
1993	190.027	12.516	202.543	10.314	212.857	1.109.046	1.055	0	1.055	1.107.991
1994	221.903	10.321	232.224	28.717	260.941	1.228.374	2.778	0	2.778	1.225.597
1995	257.444	11.854	269.297	27.333	296.630	1.350.357	2.446	5.516	7.962	1.342.395
1996	261.287	12.598	273.885	22.589	296.474	1.417.129	19.815	457	20.273	1.396.856
1997	272.680	11.469	284.149	20.777	304.926	1.495.686	19.760	0	19.760	1.475.926
1998	340.335	33.267	373.602	19.762	393.364	1.572.894	27.328	9.880	37.208	1.535.687
1998 ³⁾	165.310	9.578	174.888	13.544	188.432	1.572.894	36.792	416	37.208	1.535.687
1999	203.131	11.012	214.143	17.279	231.422	1.690.259	66.352	547	66.899	1.623.361
2000	203.033	12.276	215.309	15.315	230.623	1.747.319	85.851	525	86.376	1.660.943

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitel sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

Anteile der Schuldfornen an der Gesamtschuld 1970 bis 2000 ¹⁾

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	35,6	0,7	17,5	53,9	3,2	1,3	2,2	10,8	17,5	71,3
1971	37,2	0,6	21,6	59,4	3,8	1,8	2,5	6,6	14,7	74,1
1972	37,3	4,4	21,7	63,3	4,4	2,3	3,0	6,4	16,0	79,3
1973	35,0	5,5	28,6	69,1	4,2	1,8	2,6	6,3	14,8	84,0
1974	31,1	4,9	27,6	63,6	3,8	1,4	2,4	6,7	14,3	77,9
1975	25,0	10,3	22,7	58,0	2,1	2,7	1,2	4,0	10,1	68,1
1976	24,4	18,1	18,6	61,2	3,1	6,0	0,7	2,9	12,7	73,9
1977	23,9	20,3	14,2	58,3	3,4	6,7	0,6	2,2	12,9	71,2
1978	24,0	21,1	12,1	57,2	3,3	7,2	0,4	1,8	12,7	69,9
1979	25,0	21,9	10,8	57,7	3,7	9,3	0,3	1,4	14,7	72,4
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	72,2
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	68,0
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	68,3
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	69,8
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	74,7
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	77,4
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	79,8
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	82,1
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	82,5
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	84,3
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	84,3
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	84,2
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	82,6
1993	35,7	7,7	10,9	54,4	7,5	18,9	0,0	0,0	26,4	80,8
1994	38,6	6,1	9,9	54,6	7,9	16,1	0,1	0,0	24,2	78,8
1995	40,7	5,0	8,0	53,7	9,2	15,1	0,0	-	24,3	78,0
1996	44,1	4,1	7,7	55,8	10,2	13,0	0,0	-	23,2	79,1
1997	47,9	2,3	8,4	58,5	9,5	11,5	0,0	-	21,1	79,6
1998	50,7	1,4	5,2	57,3	8,6	9,0	0,0	-	17,7	75,0
1998 ³⁾	61,8	1,4	6,7	69,9	8,6	9,4	0,0	-	18,1	88,0
1999	64,9	1,1	5,0	71,0	7,6	7,5	0,2	-	15,3	86,3
2000	67,6	0,7	4,2	72,6	7,0	7,2	0,0	-	14,2	86,8

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Anteile der Schuldformen an der Gesamtschuld 1970 bis 2000 ¹⁾

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1970	7,2	8,3	15,5	13,2	28,7	100,0
1971	7,6	9,3	16,9	9,0	25,9	100,0
1972	6,7	7,3	14,1	6,6	20,7	100,0
1973	5,3	5,9	11,2	4,8	16,0	100,0
1974	4,6	6,0	10,6	11,5	22,1	100,0
1975	5,5	10,9	16,3	15,6	31,9	100,0
1976	4,8	8,5	13,3	12,8	26,1	100,0
1977	5,9	9,9	15,8	13,0	28,8	100,0
1978	5,6	10,0	15,6	14,5	30,1	100,0
1979	4,9	9,6	14,5	13,1	27,6	100,0
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	27,8	100,0
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	32,0	100,0
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	31,7	100,0
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	30,2	100,0
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	25,3	100,0
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	22,6	100,0
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	20,2	100,0
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	17,9	100,0
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	17,5	100,0
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	15,7	100,0
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	15,7	100,0
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	15,8	100,0
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	17,4	100,0
1993	17,1	1,1	18,3	0,9	19,2	100,0
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	21,2	100,0
1995	19,1	0,9	19,9	2,0	22,0	100,0
1996	18,4	0,9	19,3	1,6	20,9	100,0
1997	18,2	0,8	19,0	1,4	20,4	100,0
1998	21,6	2,1	23,8	1,3	25,0	100,0
1998 ³⁾	10,5	0,6	11,1	0,9	12,0	100,0
1999	12,0	0,7	12,7	1,0	13,7	100,0
2000	11,6	0,7	12,3	0,9	13,2	100,0

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

Restlaufzeit und Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen 1983 bis 2000**Restlaufzeit der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in Jahren)**

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1983	5,4	5,3	2,6	4,8	7,2	9,7	6,2	2,2	8,9	5,8
1984	5,3	5,3	2,5	4,7	7,7	10,2	5,6	1,4	9,5	6,4
1985	5,4	5,5	8,7	6,1	8,8	11,5	5,4	1,0	10,8	8,0
1986	6,5	5,8	7,9	6,5	9,3	11,6	7,3	0,6	11,1	8,6
1987	6,6	6,2	7,0	6,5	9,1	11,5	4,0	0,6	11,0	8,5
1988	6,8	6,4	6,7	6,7	9,1	11,7	8,8	0,5	11,1	8,6
1989	7,2	5,2	6,4	6,6	9,4	10,9	5,9	0,5	10,6	8,2
1990	6,7	5,0	6,2	6,1	9,1	10,5	8,2	0,5	10,2	7,7
1991	6,3	4,4	5,0	5,6	8,4	9,8	8,7	0,3	9,5	7,0
1992	6,0	3,8	5,3	5,4	7,8	9,1	8,2	0,2	8,8	6,6
1993	5,6	3,2	4,9	5,1	7,4	7,7	7,7	0,3	7,6	5,9
1994	5,3	2,8	4,0	4,8	7,3	7,9	0,4	0,3	7,6	5,7
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5	5,7
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3	5,6
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6	5,4
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5	5,4
1998 ³⁾	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9	5,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4	6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8	5,9

Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in %)

Jahre	Euroschild ²⁾									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1983	8,6	8,5	6,9	8,2	8,9	8,9	3,2	2,4	8,6	8,3
1984	8,6	8,5	6,5	8,1	8,4	8,7	3,3	2,3	8,5	8,2
1985	8,5	8,4	6,2	8,0	8,3	8,3	3,9	2,3	8,2	8,1
1986	8,3	8,2	6,1	7,8	8,0	8,1	2,5	2,3	8,0	7,9
1987	8,0	7,8	5,1	7,3	7,8	7,6	2,3	2,4	7,6	7,5
1988	7,7	7,5	5,5	7,2	7,6	7,4	1,8	2,2	7,5	7,3
1989	7,5	7,4	6,8	7,3	7,6	7,7	1,2	2,0	7,7	7,5
1990	7,6	7,3	7,8	7,6	8,1	8,6	0,1	2,0	8,5	7,9
1991	7,8	7,3	8,0	7,7	8,5	8,7	0,1	2,0	8,6	8,1
1992	7,8	7,2	7,1	7,5	8,5	8,6	0,1	2,0	8,5	7,9
1993	7,4	7,1	5,4	7,0	8,3	7,7	0,1	2,0	7,9	7,3
1994	7,2	6,9	4,8	6,8	7,6	7,3	4,7	2,0	7,3	6,9
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3	6,9
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9	6,5
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6	6,3
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4	6,1
1998 ³⁾	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4	5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4	5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5	5,7

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschild umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Restlaufzeit der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1983	5,5	3,2	4,1	4,7	4,4	5,4
1984	5,8	2,9	4,2	5,0	4,6	5,9
1985	6,7	3,2	5,1	4,8	5,0	7,3
1986	9,4	3,1	7,8	4,1	6,6	8,2
1987	8,7	4,0	7,8	6,2	7,4	8,3
1988	8,3	4,7	7,8	8,8	8,0	8,5
1989	7,8	5,1	7,6	11,9	7,9	8,2
1990	7,8	4,8	7,6	12,2	7,9	7,7
1991	7,1	6,6	7,0	11,3	7,3	7,1
1992	7,1	6,3	7,0	7,0	7,0	6,7
1993	7,0	5,4	6,9	11,3	7,2	6,2
1994	8,7	5,5	8,5	7,9	8,5	6,2
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8
1998 ³⁾	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8

Durchschnittliche Nominalverzinsung der Finanzschuld nach Schuldformen ¹⁾ (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1983	7,0	6,1	6,5	5,8	6,1	7,6
1984	6,9	6,2	6,5	5,9	6,3	7,7
1985	6,8	6,3	6,6	5,5	6,2	7,7
1986	6,4	6,7	6,5	5,4	6,0	7,6
1987	5,9	6,1	6,0	5,1	5,7	7,2
1988	5,7	6,0	5,8	5,4	5,7	7,0
1989	6,2	5,7	6,2	5,9	6,2	7,3
1990	6,5	5,4	6,5	6,0	6,5	7,7
1991	6,5	6,2	6,5	6,2	6,5	7,8
1992	6,6	6,1	6,5	6,9	6,6	7,7
1993	5,6	4,7	5,6	5,4	5,5	6,9
1994	5,2	5,1	5,2	3,8	5,0	6,5
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7
1998 ³⁾	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundschuldtitel sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

A 5 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES NACH WÄHRUNGEN

Stand und Anteile der Fremdwährungsschuld nach Währungen 1980 bis 2000 ¹⁾

Jahre	USD		DEM		CHF		NLG		JPY		FRF		XEU		BEF	
	in Mio ATS	%- Anteil														
1980	3.679	5,1	29.398	40,5	33.505	46,1	4.498	6,2	1.231	1,7	-	-	-	-	330	0,5
1981	4.141	4,4	28.185	29,8	53.279	56,3	4.333	4,6	4.317	4,6	-	-	-	-	311	0,3
1982	2.597	2,4	35.488	32,8	61.600	56,9	4.189	3,9	4.477	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	2.857	2,3	38.957	31,0	69.754	55,5	7.153	5,7	6.869	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	1.978	1,7	38.530	32,4	61.441	51,6	9.732	8,2	7.277	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	1.436	1,2	44.280	37,3	52.500	44,2	10.454	8,8	10.048	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	1.042	0,8	48.797	39,2	47.067	37,8	12.029	9,7	15.672	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	777	0,6	43.679	35,0	51.582	41,4	8.252	6,6	20.449	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	529	0,4	47.879	36,6	45.157	34,5	6.762	5,2	30.475	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	473	0,4	50.770	40,3	39.225	31,2	6.572	5,2	28.795	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	106	0,1	47.342	35,0	48.205	35,6	6.590	4,9	33.116	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	1.163	0,8	41.819	28,2	58.302	39,3	6.585	4,4	40.590	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	86	0,0	50.272	29,2	69.459	40,3	4.699	2,7	47.625	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	76	0,0	53.371	25,1	75.466	35,5	10.981	5,2	72.964	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	54	0,0	69.712	26,7	92.864	35,6	12.425	4,8	85.885	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	21	0,0	81.473	27,5	109.357	36,9	11.308	3,8	94.472	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	22	0,0	87.760	29,6	101.168	34,1	20.681	7,0	86.843	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	6	0,0	84.803	27,8	92.757	30,4	26.865	8,8	89.970	29,5	10.525	3,5	-	-	-	-
1998	-	-	116.905	29,7	99.218	25,2	34.677	8,8	89.214	22,7	16.780	4,3	36.570	9,3	-	-
1998 ²⁾	-	-	-	-	99.218	52,7	-	-	89.214	47,3	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	102.914	44,5	-	-	128.508	55,5	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	107.820	46,8	-	-	122.804	53,2	-	-	-	-	-	-

1) Seit 1982 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge.

2) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen 1991 bis 2000 ¹⁾ (in Mio Fremdwährung)

1991	Stand Jahresbeginn	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	2.328,0	400,0	7,2	392,8	16,9	2.720,8
DEM	5.553,0	0,0	30,0	-30,0	-0,5	5.523,0
CHF	2.108,9	340,2	54,0	286,2	13,6	2.395,1
NLG	450,0	0,0	0,0	0,0	0,0	450,0
JPY	353.900,0	50.000,0	0,0	50.000,0	14,1	403.900,0
XEU	525,0	0,0	0,0	0,0	0,0	525,0
AUD	175,0	0,0	0,0	0,0	0,0	175,0
GBP	200,0	35,0	0,0	35,0	17,5	235,0
CAD	250,0	0,0	250,0	-250,0	-100,0	0,0
ITL	150.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150.000,0
FRF	0,0	1.649,4	0,0	1.649,4	.	1.649,4
ESP	0,0	15.000,0	0,0	15.000,0	.	15.000,0

1992	Stand Jahresbeginn	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	2.720,8	1.200,0	309,2	890,8	32,7	3.611,6
DEM	5.523,0	1.500,0	330,0	1.170,0	21,2	6.693,0
CHF	2.395,1	660,2	297,6	362,6	15,1	2.757,7
NLG	450,0	0,0	0,0	0,0	0,0	450,0
JPY	403.900,0	0,0	0,0	0,0	0,0	403.900,0
XEU	525,0	0,0	0,0	0,0	0,0	525,0
AUD	175,0	0,0	75,0	-75,0	-42,9	100,0
GBP	235,0	0,0	0,0	0,0	0,0	235,0
CAD	0,0	250,0	0,0	250,0	.	250,0
ITL	150.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0

1993	Stand Jahresbeginn	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.611,6	850,0	141,3	708,7	19,6	4.320,3
DEM	6.693,0	900,0	800,0	100,0	1,5	6.793,0
CHF	2.757,7	1.000,0	807,9	192,1	7,0	2.949,8
NLG	450,0	1.000,0	0,0	1.000,0	222,2	1.450,0
JPY	403.900,0	156.000,0	5.000,0	151.000,0	37,4	554.900,0
XEU	525,0	0,0	325,0	-325,0	-61,9	200,0
AUD	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
GBP	235,0	0,0	100,0	-100,0	-42,6	135,0
CAD	250,0	300,0	0,0	300,0	120,0	550,0
ITL	150.000,0	0,0	150.000,0	-150.000,0	-100,0	0,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0

1) Seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitlel.

2) Inklusive Konversionen.

1994	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn					Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.320,3	800,0	298,4	501,6	11,6	4.821,9
DEM	6.793,0	2.550,0	750,0	1.800,0	26,5	8.593,0
CHF	2.949,8	1.200,0	150,0	1.050,0	35,6	3.999,8
NLG	1.450,0	1.000,0	0,0	1.000,0	69,0	2.450,0
JPY	554.900,0	124.000,0	30.000,0	94.000,0	16,9	648.900,0
XEU	200,0	0,0	200,0	-200,0	-100,0	0,0
AUD	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0
GBP	135,0	200,0	0,0	200,0	148,1	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	0,0	560.000,0	0,0	560.000,0	.	560.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0

1995	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn					Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.821,9	519,7	411,1	108,6	2,3	4.930,5
DEM	8.593,0	3.419,8	392,0	3.027,8	35,2	11.620,8
CHF	3.999,8	1.000,0	1.200,0	-200,0	-5,0	3.799,8
NLG	2.450,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2.450,0
JPY	648.900,0	180.000,0	69.718,0	110.282,0	17,0	759.182,0
XEU	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	560.000,0	300.000,0	0,0	300.000,0	53,6	860.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0
LUF	0,0	5.000,0	0,0	5.000,0	.	5.000,0

1996	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn					Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.930,5	200,0	901,5	-701,5	-14,2	4.229,0
DEM	11.620,8	2.425,2	125,3	2.299,9	19,8	13.920,7
CHF	3.799,8	750,0	650,0	100,0	2,6	3.899,8
NLG	2.450,0	1.500,0	0,0	1.500,0	61,2	3.950,0
JPY	759.182,0	30.436,2	65.718,2	-35.282,0	-4,6	723.900,0
XEU	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	860.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	860.000,0
FRF	1.649,4	0,0	0,0	0,0	0,0	1.649,4
ESP	15.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15.000,0
LUF	5.000,0	1.500,0	0,0	1.500,0	30,0	6.500,0

1) Inklusive Konversionen.

1997	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn					
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.229,0	110,2	751,6	-641,4	-15,2	3.587,6
DEM	13.920,7	425,0	500,0	-75,0	-0,5	13.845,7
CHF	3.899,8	0,0	450,0	-450,0	-11,5	3.449,8
NLG	3.950,0	1.000,0	200,0	800,0	20,3	4.750,0
JPY	723.900,0	0,0	24.900,0	-24.900,0	-3,4	699.000,0
XEU	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
GBP	335,0	0,0	0,0	0,0	0,0	335,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	860.000,0	0,0	400.000,0	-400.000,0	-46,5	460.000,0
FRF	1.649,4	5.000,0	0,0	5.000,0	303,1	6.649,4
ESP	15.000,0	0,0	15.000,0	-15.000,0	-100,0	0,0
LUF	6.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.500,0
CZK	0,0	3.000,0	0,0	3.000,0	.	3.000,0
ZAR	0,0	150,0	0,0	150,0	.	150,0
PLN	0,0	100,0	0,0	100,0	.	100,0

1998	Stand	Zugang ¹⁾	Abgang ¹⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ²⁾					
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.587,6	33,6	100,5	-66,9	-1,9	3.520,7
DEM	13.845,7	9.050,0	4.700,0	4.350,0	31,4	18.195,7
CHF	3.449,8	1.300,0	0,0	1.300,0	37,7	4.749,8
NLG	4.750,0	1.500,0	250,0	1.250,0	26,3	6.000,0
JPY	699.000,0	0,0	50.000,0	-50.000,0	-7,2	649.000,0
XEU	400,0	2.651,9	400,0	2.251,9	563,0	2.651,9
GBP	335,0	250,0	0,0	250,0	74,6	585,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
ITL	460.000,0	0,0	200.000,0	-200.000,0	-43,5	260.000,0
FRF	6.649,4	3.000,0	0,0	3.000,0	45,1	9.649,4
LUF	6.500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.500,0
CZK	3.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3.000,0
ZAR	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	150,0
PLN	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

1999	Stand	Zugang ⁴⁾	Abgang ⁴⁾	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn ³⁾					
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	3.520,8	1.198,6	333,6	865,0	24,6	4.385,8
CHF	4.750,0	500,0	300,0	200,0	4,2	4.950,0
JPY	649.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	649.000,0
GBP	585,0	0,0	100,0	-100,0	-17,1	485,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
CZK	3.000,0	0,0	1.500,0	-1.500,0	-50,0	1.500,0
ZAR	150,0	0,0	150,0	-150,0	-100,0	0,0
PLN	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

1) Inklusive Konversionen.

2) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern (inklusive Rechtsträgerswaps).

3) Zeitreihenbruch: Schulden in Nicht-WWU-Währungen unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

4) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

2000	Stand Jahresbeginn ¹⁾	Zugang ²⁾	Abgang ²⁾	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	4.385,8	747,9	1.049,0	-301,1	-6,9	4.084,7
CHF	4.950,0	250,0	1.500,0	-1.250,0	-25,3	3.700,0
JPY	649.000,0	0,0	40.000,0	-40.000,0	-6,2	609.000,0
GBP	485,0	0,0	0,0	0,0	0,0	485,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
CZK	1.500,0	0,0	1.500,0	-1.500,0	-100,0	0,0

1) Schulden in Nicht-WWU-Währungen unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

A 6 IN EURO UMGERECHNETE KENNGRÖSSEN ZUR FINANZSCHULD DES BUNDES ¹⁾

Entwicklung der Finanzschuld im engeren Sinn und der Währungstauschverträge nach Schuldformen im Jahr 2000 ²⁾ (in Mio EUR)

Schuldformen	Stand am 31.12.1999					Nettoveränderung			Stand am 31.12.2000				
	Finanz- Schuld i.e.S.	WTV Verbind- lichkeiten	WTV Forde- rungen	WTV Verbindl. netto	Finanz- schuld	Finanz- schuld i.e.S.	WTV Verbindl. netto	Finanz- schuld	Finanz- schuld i.e.S.	WTV Verbind- lichkeiten	WTV Forde- rungen	WTV Verbindl. netto	Finanz- schuld
Euroschuld ³⁾													
Anleihen	81.311,5	824,1	2.368,2	-1.544,2	79.767,3	7.924,7	-1.807,3	6.117,4	89.236,2	831,8	4.183,2	-3.351,4	85.884,7
Bundesobligationen	1.600,5	33,2	339,8	-306,5	1.294,0	-348,3	-89,9	-438,3	1.252,2	0,0	396,4	-396,4	855,7
Bundesschatzscheine	5.962,5	175,4	0,0	175,4	6.137,9	-1.217,4	470,0	-747,3	4.745,1	645,5	0,0	645,5	5.390,5
Titrierte Euroschuld	88.874,5	1.032,7	2.708,0	-1.675,3	87.199,2	6.358,9	-1.427,1	4.931,8	95.233,4	1.477,2	4.579,7	-3.102,4	92.131,0
Versicherungsdarlehen	9.381,6	0,0	0,0	0,0	9.381,6	-453,3	0,0	-453,3	8.928,3	0,0	0,0	0,0	8.928,3
Bankendarlehen	9.195,8	0,0	0,0	0,0	9.195,8	-34,7	0,0	-34,7	9.161,2	0,0	0,0	0,0	9.161,2
Sonstige Kredite	241,3	0,0	0,0	0,0	241,3	-239,2	0,0	-239,2	2,1	0,0	0,0	0,0	2,1
Nicht titrierte Euroschuld	18.818,7	0,0	0,0	0,0	18.818,7	-727,1	0,0	-727,1	18.091,6	0,0	0,0	0,0	18.091,6
Euroschuld ³⁾	107.693,1	1.032,7	2.708,0	-1.675,3	106.017,8	5.631,9	-1.427,1	4.204,7	113.325,0	1.477,2	4.579,7	-3.102,4	110.222,5
FW - Schuld ⁴⁾													
Anleihen	13.029,1	8.310,9	6.578,0	1.733,0	14.762,1	-1.536,2	1.529,1	-7,1	11.492,9	8.920,5	5.658,4	3.262,0	14.755,0
Schuldverschreibungen	680,5	362,3	242,4	119,8	800,3	-203,5	295,3	91,8	477,0	471,2	56,1	415,2	892,1
Titr. Fremdwährungsschuld	13.709,6	8.673,2	6.820,4	1.852,8	15.562,4	-1.136,9	1.221,6	84,7	12.572,7	9.391,7	6.317,3	3.074,3	15.647,1
Kredite und Darlehen	1.255,7	0,0	0,0	0,0	1.255,7	-142,7	0,0	-142,7	1.113,0	0,0	0,0	0,0	1.113,0
Fremdwährungsschuld	14.965,3	8.673,2	6.820,4	1.852,8	16.818,1	-1.279,6	1.221,6	-58,1	13.685,7	9.391,7	6.317,3	3.074,3	16.760,0
Finanzschuld	122.658,4	9.705,9	9.528,4	177,5	122.835,9	4.352,2	-205,6	4.146,7	127.010,7	10.868,9	10.897,0	-28,1	126.982,6
Abzüglich Eigenbesitz					4.861,7			1.415,5					6.277,2
Bereinigte Euroschuld ⁵⁾					101.195,8			2.787,7					103.983,5
Bereinigte FW-Schuld ⁵⁾					16.778,4			-56,5					16.721,9
Bereinigte Finanzschuld					117.974,2			2.731,2					120.705,4

1) Fixierter Umrechnungskurs 1 EUR = 13,7603 ATS.

2) Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern zu Nominalwerten.

3) Auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

4) Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

5) Die bereinigte Schuldenentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

Bereinigte Finanzschuld des Bundes (ohne Eigenbesitz) ¹⁾ sowie Nettodefizit des Bundes in % des BIP 1960 bis 2000

Jahre	Stand Jahresende			in % des BIP	
	Euroschuld ²⁾	FW-Schuld	Gesamt	Finanzschuld	Nettodefizit
	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR		
1960	1.452,5	169,2	1.621,7	13,7	1,3
1961	1.390,3	233,9	1.624,1	12,4	-0,3
1962	1.405,1	267,6	1.672,7	12,0	0,2
1963	1.519,2	302,1	1.821,3	12,1	1,3
1964	1.621,8	362,8	1.984,6	12,0	1,2
1965	1.738,3	316,6	2.054,9	11,5	0,5
1966	1.860,2	267,5	2.127,6	10,9	0,4
1967	1.989,7	523,2	2.512,9	12,1	1,9
1968	2.032,7	862,7	2.895,4	13,0	1,8
1969	2.241,4	927,4	3.168,8	13,0	0,7
1970	2.440,5	980,3	3.420,8	12,5	0,6
1971	2.522,9	881,7	3.404,5	11,2	0,4
1972	2.874,5	748,8	3.623,3	10,4	0,3
1973	3.432,5	655,4	4.087,9	10,4	1,3
1974	3.477,8	984,0	4.461,7	9,9	1,9
1975	4.963,9	2.330,1	7.294,0	15,3	4,5
1976	7.181,9	2.540,5	9.722,3	18,0	4,5
1977	8.513,9	3.446,6	11.960,6	20,0	3,6
1978	10.111,8	4.362,2	14.474,0	23,0	4,1
1979	12.154,1	4.626,0	16.780,1	24,4	3,4
1980	13.701,7	5.279,0	18.980,7	25,7	2,9
1981	14.586,4	6.872,3	21.458,7	27,3	2,5
1982	16.949,5	7.874,2	24.823,7	29,4	4,0
1983	21.118,9	9.127,0	30.245,8	33,6	5,3
1984	25.495,8	8.645,0	34.140,8	36,2	4,4
1985	29.570,4	8.627,6	38.198,0	38,4	4,4
1986	35.774,3	9.055,4	44.829,7	42,9	5,1
1987	41.626,1	9.065,1	50.691,2	46,7	4,7
1988	44.757,1	9.505,8	54.262,9	47,7	4,2
1989	49.005,7	9.144,7	58.150,5	47,7	3,7
1990	52.778,6	9.836,9	62.615,5	47,5	3,4
1991	57.359,7	10.788,9	68.148,6	48,2	3,2
1992	59.581,0	12.510,0	72.091,0	48,2	3,2
1993	65.051,9	15.468,9	80.520,9	52,1	4,5
1994	70.104,3	18.963,3	89.067,6	54,8	4,6
1995	76.399,6	21.156,1	97.555,7	56,6	5,0
1996	80.001,1	21.512,4	101.513,5	57,0	3,6
1997	85.099,9	22.159,8	107.259,7	58,7	2,7
1998	83.733,8	27.868,9	111.602,7	58,7	2,5
1998 ³⁾	97.939,0	13.663,7	111.602,7	58,7	2,5
1999	101.195,8	16.778,4	117.974,2	59,9	2,5
2000	103.983,5	16.721,9	120.705,4	58,6	1,4

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 ohne im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitel sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden; Fremdwährungsschuld Nicht-WWU-Währungen.

Finanzschuld nach Schuldformen 1970 bis 2000 ¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Euroschuld ²⁾									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonst. Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	1.219	24	600	1.843	111	43	75	369	597	2.441
1971	1.266	19	737	2.022	130	62	85	224	501	2.523
1972	1.350	159	785	2.293	159	83	108	231	581	2.875
1973	1.432	226	1.168	2.826	172	73	105	257	607	3.432
1974	1.388	221	1.231	2.840	171	63	106	298	638	3.478
1975	1.826	750	1.653	4.230	155	197	90	292	734	4.964
1976	2.376	1.764	1.811	5.951	298	581	72	279	1.231	7.182
1977	2.858	2.422	1.696	6.977	404	800	67	267	1.537	8.514
1978	3.470	3.053	1.756	8.279	473	1.044	61	255	1.833	10.112
1979	4.198	3.671	1.818	9.686	628	1.558	54	228	2.468	12.154
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	13.702
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	14.586
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	16.950
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	21.119
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	25.496
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	29.570
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924	35.774
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	41.626
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	44.757
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	49.006
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	52.779
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	57.360
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	59.581
1993	28.795	6.222	8.801	43.818	6.057	15.212	5	37	21.310	65.129
1994	34.476	5.428	8.820	48.723	7.055	14.397	88	43	21.583	70.306
1995	39.966	4.885	7.870	52.721	9.065	14.788	4	-	23.857	76.577
1996	45.391	4.182	7.934	57.506	10.514	13.417	3	-	23.935	81.441
1997	52.024	2.478	9.126	63.628	10.358	12.547	3	-	22.908	86.536
1998	57.921	1.602	5.943	65.466	9.883	10.324	47	-	20.254	85.720
1998 ³⁾	70.641	1.636	7.631	79.907	9.883	10.776	47	-	20.706	100.613
1999	79.767	1.294	6.138	87.199	9.382	9.196	241	-	18.819	106.018
2000	85.885	856	5.391	92.131	8.928	9.161	2	-	18.092	110.223

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in nationaler Währung; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung: Euroschuld umfasst auf EUR und nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden.

Finanzschuld nach Schuldfornen 1970 bis 2000 ¹⁾ (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld ²⁾					Gesamtschuld				
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	Gesamt	abzüglich Eigenbesitz			Bereinigte Schuld
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe				in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	246	284	530	450	980	3.421	-	-	-	-
1971	259	316	575	306	882	3.405	-	-	-	-
1972	244	265	509	240	749	3.623	-	-	-	-
1973	217	242	460	196	655	4.088	-	-	-	-
1974	204	268	472	512	984	4.462	-	-	-	-
1975	399	793	1.191	1.139	2.330	7.294	-	-	-	-
1976	467	826	1.293	1.247	2.540	9.722	-	-	-	-
1977	707	1.186	1.893	1.554	3.447	11.961	-	-	-	-
1978	810	1.448	2.258	2.105	4.362	14.474	-	-	-	-
1979	822	1.612	2.434	2.192	4.626	16.780	-	-	-	-
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.598	77	0	77	80.521
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.269	202	0	202	89.068
1995	18.709	861	19.571	1.986	21.557	98.134	178	401	579	97.556
1996	18.988	916	19.904	1.642	21.546	102.987	1.440	33	1.473	101.514
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	108.696	1.436	0	1.436	107.260
1998	24.733	2.418	27.151	1.436	28.587	114.307	1.986	718	2.704	111.603
1998 ³⁾	12.014	696	12.710	984	13.694	114.307	2.674	30	2.704	111.603
1999	14.762	800	15.562	1.256	16.818	122.836	4.822	40	4.862	117.974
2000	14.755	892	15.647	1.113	16.760	126.983	6.239	38	6.277	120.705

1) Seit 1989 unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge, seit 1993 inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldtitle sowie seit 1998 unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

2) Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.

3) Rückrechnung: Schulden in Nicht-WWU-Währungen.

A 7 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN ¹⁾ VON UNTERNEHMEN DES BUNDES UND MARKTBESTIMMTEN BETRIEBEN DER GEMEINDEN 1995 BIS 2000 (in Mrd ATS)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ³⁾
Unternehmen des Bundes ²⁾						
AUSTRO CONTROL	-	-	-	-	0,7	0,9
Alpenstraßen AG	0,7	0,1	0,0	-	-	-
ASFINAG	101,9	99,8	76,9	77,3	83,4	86,8
ÖSAG	0,6	0,0	-	-	-	-
BIG	2,9	9,3	14,7	15,8	16,2	17,0
ÖBB	35,6	36,9	39,6	49,3	55,5	59,0
<i>davon ÖBB-Infrastruktur</i>	<i>19,7</i>	<i>23,2</i>	<i>28,7</i>	<i>39,4</i>	<i>46,2</i>	<i>51,6</i>
ÖIAG	52,8	47,5	46,5	45,9	46,2	39,5
PTBG	-	47,4	50,2	42,3	34,7	-
SCHIG	-	-	24,1	29,3	31,5	45,1
Summe	194,5	240,9	252,0	259,9	268,2	248,4
<i>davon Bundesfinanzierungen ⁴⁾</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>29,7</i>	<i>74,4</i>	<i>107,1</i>
Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden ^{2) 5)}						
Gemeindeverbände	.	.	.	20,9	23,8	.
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	.	.	29,8	39,7	45,7	.
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	.	.	19,4	19,0	19,4	.
Summe	.	.	49,2	79,6	88,8	.
Insgesamt	.	.	301,2	339,5	357,1	.

Abkürzungen:

AUSTRO CONTROL	AUSTRO CONTROL Österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
ÖSAG	Autobahnen- und Schnellstraßen AG
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
PTBG	Post- und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft
SCHIG	Schieneninfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.

1) Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungszessionen an Finanzinstitutionen sowie an den Bund mit originärer Laufzeit von mindestens einem Jahr.

2) Selbständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

3) Vorläufige Daten.

4) Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmungen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG idjF).

5) Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen die Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenhaushalte (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft) sowie die Gemeindeverbände (v.a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmungen und ST.AT.

A 8 FINANZSCHULD DER LÄNDER 1990 BIS 1999 ¹⁾ (Beträge in Mio ATS)

	1990				1991				1992			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland ²⁾	-234,2	-12,4	1.654,4	2,0	-183,0	-11,1	1.471,4	1,9	-192,3	-13,1	1.279,1	1,7
Kärnten	75,2	2,0	3.885,5	4,8	690,8	17,8	4.576,3	5,9	838,4	18,3	5.414,7	7,2
Niederösterreich	-3.169,8	-41,3	4.505,7	5,6	-725,3	-16,1	3.780,4	4,9	634,5	16,8	4.414,9	5,9
Oberösterreich	2.259,1	29,2	9.986,6	12,3	-2.740,4	-27,4	7.246,2	9,4	-4,6	-0,1	7.241,6	9,6
Salzburg	-232,5	-4,6	4.822,0	5,9	-249,5	-5,2	4.572,5	5,9	-259,9	-5,7	4.312,6	5,7
Steiermark	1.645,3	14,0	13.359,3	16,5	347,7	2,6	13.707,0	17,7	140,6	1,0	13.847,6	18,4
Tirol	-78,3	-3,2	2.334,6	2,9	-303,7	-13,0	2.030,9	2,6	-345,4	-17,0	1.685,5	2,2
Vorarlberg	-7,9	-0,7	1.057,2	1,3	-24,2	-2,3	1.033,0	1,3	24,4	2,4	1.057,4	1,4
Wien	347,8	0,9	39.543,4	48,7	-642,9	-1,6	38.900,5	50,3	-2.828,5	-7,3	36.072,0	47,9
Summe												
Bundesländer	604,7	0,8	81.148,7	100,0	-3.830,5	-4,7	77.318,2	100,0	-1.992,8	-2,6	75.325,4	100,0

	1993				1994				1995			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland ³⁾	102,5	8,0	1.381,6	1,6	-103,0	-7,5	1.278,6	1,3	1.021,2	79,9	2.299,8	1,9
Kärnten	1.204,4	22,2	6.619,1	7,8	1.443,2	21,8	8.062,3	8,4	2.026,0	25,1	10.088,3	8,4
Niederösterreich	7.629,4	172,8	12.044,3	14,3	-203,5	-1,7	11.840,8	12,4	4.143,2	35,0	15.984,0	13,4
Oberösterreich	288,5	4,0	7.530,1	8,9	1.586,8	21,1	9.116,9	9,5	2.285,2	25,1	11.402,1	9,5
Salzburg	-281,9	-6,5	4.030,7	4,8	128,3	3,2	4.159,0	4,4	567,8	13,7	4.726,8	4,0
Steiermark ³⁾	-1.515,3	-10,9	12.332,3	14,6	848,3	6,9	13.180,6	13,8	2.227,0	16,9	15.407,6	12,9
Tirol	-325,5	-19,3	1.360,0	1,6	230,2	16,9	1.590,2	1,7	535,2	33,7	2.125,4	1,8
Vorarlberg	4,9	0,5	1.062,3	1,3	1,6	0,2	1.063,9	1,1	57,4	5,4	1.121,3	0,9
Wien	1.917,8	5,3	37.989,8	45,0	7.260,8	19,1	45.250,6	47,4	11.034,5	24,4	56.285,1	47,1
Summe												
Bundesländer	9.024,8	12,0	84.350,2	100,0	11.192,7	13,3	95.542,9	100,0	23.897,5	25,0	119.440,4	100,0

	1996				1997				1998			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland ³⁾	-25,6	-1,1	2.274,2	1,9	-27,4	-1,2	2.246,9	1,9	670,7	29,9	2.917,6	2,6
Kärnten	1.644,8	16,3	11.733,1	9,9	663,2	5,7	12.396,3	10,7	768,3	6,2	13.164,6	11,8
Niederösterreich	1.958,4	12,3	17.942,4	15,1	-1.417,3	-7,9	16.525,2	14,2	-1.211,4	-7,3	15.313,8	13,7
Oberösterreich	-1.500,2	-13,2	9.901,9	8,3	-2.024,0	-20,4	7.877,9	6,8	-230,9	-2,9	7.647,0	6,9
Salzburg	892,6	18,9	5.619,4	4,7	747,9	13,3	6.367,2	5,5	-360,1	-5,7	6.007,1	5,4
Steiermark ³⁾	-1.147,2	-7,4	14.260,4	12,0	-2.534,7	-17,8	11.725,7	10,1	-1.315,6	-11,2	10.410,1	9,3
Tirol	-495,0	-23,3	1.630,4	1,4	677,9	41,6	2.308,3	2,0	176,4	7,6	2.484,7	2,2
Vorarlberg	119,4	10,6	1.240,7	1,0	28,4	2,3	1.269,1	1,1	7,9	0,6	1.277,0	1,1
Wien	-2.028,4	-3,6	54.256,7	45,6	1.001,0	1,8	55.257,7	47,6	-3.056,8	-5,5	52.200,9	46,8
Summe												
Bundesländer	-581,2	-0,5	118.859,2	100,0	-2.884,9	-2,4	115.974,2	100,0	-4.551,4	-3,9	111.422,9	100,0

	1999			
	Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland ³⁾	-28,2	-1,0	2.889,4	2,7
Kärnten	698,4	5,3	13.863,0	12,8
Niederösterreich	-1.736,4	-11,3	13.577,4	12,5
Oberösterreich	-134,7	-1,8	7.512,3	6,9
Salzburg	-697,5	-11,6	5.309,6	4,9
Steiermark ³⁾	1.636,7	15,7	12.046,8	11,1
Tirol	191,0	7,7	2.675,7	2,5
Vorarlberg	-60,2	-4,7	1.216,8	1,1
Wien	-2.921,2	-5,6	49.279,7	45,5
Summe				
Bundesländer	-3.052,1	-2,7	108.370,7	100,0

1) Ohne innere Anleihen. Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 1997: 47.864 Mio ATS, Ende 1998: 49.957 Mio ATS und Ende 1999: 51.534 Mio ATS.

2) Bis 1992 ohne Bundesstraßen-Vorfinanzierung der SPK Oberwart.

3) Seit 1993 ohne für Dritte übernommene Schuldendienste.

Quelle: ST.AT - Gebarungsübersichten; laufende Jahrgänge.

A 9 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN 1990 BIS 1999 (Beträge in Mio ATS)**Verschuldung der Gemeinden nach Landeszugehörigkeit**

	1990				1991				1992			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland	-197,4	-5,0	3.748,9	5,2	-56,2	-1,5	3.692,7	4,9	62,3	1,7	3.755,0	4,7
Kärnten	71,5	1,4	5.245,1	7,3	100,5	1,9	5.345,6	7,1	-32,9	-0,6	5.312,7	6,6
Niederösterreich	1.003,5	4,7	22.208,0	30,9	798,8	3,6	23.006,8	30,5	1.096,7	4,8	24.103,5	29,9
Oberösterreich	528,3	5,3	10.518,5	14,6	907,8	8,6	11.426,3	15,2	1.536,7	13,4	12.963,0	16,1
Salzburg	-640,2	-9,1	6.400,3	8,9	534,8	8,4	6.935,1	9,2	940,7	13,6	7.875,8	9,8
Steiermark	760,8	6,3	12.818,8	17,8	828,3	6,5	13.647,1	18,1	897,3	6,6	14.544,4	18,0
Tirol	111,1	1,5	7.332,6	10,2	213,1	2,9	7.545,7	10,0	418,9	5,6	7.964,6	9,9
Vorarlberg	64,0	1,8	3.606,6	5,0	208,8	5,8	3.815,4	5,1	262,2	6,9	4.077,6	5,1
Summe ohne Wien	1.701,6	2,4	71.878,8	100,0	3.535,9	4,9	75.414,7	100,0	5.181,9	6,9	80.596,6	100,0
Wien	347,8	0,9	39.543,4		-642,9	-1,6	38.900,5		-2.828,5	-7,3	36.072,0	
Summe mit Wien	2.049,4	1,9	111.422,2		2.893,0	2,6	114.315,2		2.353,4	2,1	116.668,6	

	1993				1994				1995			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland	45,5	1,2	3.800,5	4,3	279,4	7,4	4.079,9	4,2	514,5	12,6	4.594,4	4,3
Kärnten	507,3	9,5	5.820,0	6,5	427,3	7,3	6.247,3	6,5	477,0	7,6	6.724,3	6,3
Niederösterreich	1.533,0	6,4	25.636,5	28,8	2.221,5	8,7	27.858,0	28,8	2.672,6	9,6	30.530,6	28,8
Oberösterreich	2.512,0	19,4	15.475,0	17,4	2.137,8	13,8	17.612,8	18,2	2.301,1	13,1	19.913,9	18,8
Salzburg	1.296,5	16,5	9.172,3	10,3	466,4	5,1	9.638,7	10,0	128,5	1,3	9.767,2	9,2
Steiermark	1.547,5	10,6	16.091,9	18,1	1.151,0	7,2	17.242,9	17,8	2.081,3	12,1	19.324,2	18,2
Tirol	531,6	6,7	8.496,2	9,5	335,4	3,9	8.831,6	9,1	676,9	7,7	9.508,5	9,0
Vorarlberg	467,8	11,5	4.545,4	5,1	661,2	14,5	5.206,6	5,4	556,5	10,7	5.763,1	5,4
Summe ohne Wien	8.441,3	10,5	89.037,9	100,0	7.679,9	8,6	96.717,8	100,0	9.408,4	9,7	106.126,2	100,0
Wien	1.917,8	5,3	37.989,8		7.260,8	19,1	45.250,6		11.034,5	24,4	56.285,1	
Summe mit Wien	10.359,1	8,9	127.027,7		14.940,7	11,8	141.968,4		20.442,9	14,4	162.411,3	

	1996				1997				1998			
	Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.		Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland	445,4	9,7	5.039,8	4,5	440,5	8,7	5.480,3	4,7	103,9	1,9	5.584,2	4,6
Kärnten	489,3	7,3	7.213,6	6,4	292,0	4,0	7.505,6	6,4	220,5	2,9	7.726,1	6,4
Niederösterreich	2.632,5	8,6	33.163,1	29,5	1.577,9	4,8	34.741,0	29,7	2.349,6	6,8	37.090,6	30,6
Oberösterreich	1.220,3	6,1	21.134,2	18,8	576,2	2,7	21.710,4	18,6	979,2	4,5	22.689,7	18,7
Salzburg	-40,0	-0,4	9.727,2	8,6	-197,3	-2,0	9.529,9	8,2	180,9	1,9	9.710,8	8,0
Steiermark	1.038,3	5,4	20.362,5	18,1	1.075,9	5,3	21.438,4	18,4	817,4	3,8	22.255,7	18,4
Tirol	290,8	3,1	9.799,3	8,7	276,0	2,8	10.075,3	8,6	-748,5	-7,4	9.326,8	7,7
Vorarlberg	373,4	6,5	6.136,5	5,5	212,5	3,5	6.349,0	5,4	356,8	5,6	6.705,8	5,5
Summe ohne Wien	6.450,1	6,1	112.576,3	100,0	4.253,6	3,8	116.829,9	100,0	4.259,7	3,6	121.089,6	100,0
Wien	-2.028,4	-3,6	54.256,7		1.000,9	1,8	55.257,7		-3.056,7	-5,5	52.200,9	
Summe mit Wien	4.421,7	2,7	166.833,0		5.254,5	3,1	172.087,5		1.203,0	0,7	173.290,5	

	1999			
	Veränderung		Stand 31.12.	
	absolut	in %	in Mio ATS	%-Ant.
Burgenland	-84,9	-1,5	5.499,4	4,3
Kärnten	161,9	2,1	7.888,0	6,2
Niederösterreich	1.943,0	5,2	39.033,6	30,8
Oberösterreich	1.564,7	6,9	24.254,4	19,1
Salzburg	42,9	0,4	9.753,7	7,7
Steiermark	1.032,1	4,6	23.287,9	18,4
Tirol	603,0	6,5	9.929,8	7,8
Vorarlberg	538,2	8,0	7.244,0	5,7
Summe ohne Wien	5.801,1	4,8	126.890,7	100,0
Wien	-2.921,2	-5,6	49.279,7	
Summe mit Wien	2.879,8	1,7	176.170,3	

Quelle: ST.AT - Gebarungübersichten; laufende Jahrgänge.

A 10 DEFIZIT UND VERSCHULDUNG ALLER ÖFFENTLICHER HAUSHALTE IN ÖSTERREICH LAUT MAASTRICHT 1983 BIS 2001

Jahre	Öffentliches Defizit ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP
1983	-61,5	-5,0	6,3	0,5	1,6	0,1	-53,6	-4,3
1984	-50,2	-3,9	12,1	0,9	2,9	0,2	-35,2	-2,7
1985	-52,1	-3,8	15,8	1,2	-1,4	-0,1	-37,7	-2,8
1986	-67,2	-4,7	16,0	1,1	-5,4	-0,4	-56,7	-3,9
1987	-76,6	-5,1	14,0	0,9	-3,8	-0,3	-66,4	-4,4
1988	-71,3	-4,6	21,2	1,4	-4,7	-0,3	-54,8	-3,5
1989	-62,3	-3,7	15,9	0,9	-4,9	-0,3	-51,3	-3,1
1990	-60,4	-3,3	19,6	1,1	-3,4	-0,2	-44,3	-2,4
1991	-73,3	-3,8	14,6	0,8	0,1	0,0	-58,6	-3,0
1992	-58,4	-2,8	21,1	1,0	-3,4	-0,2	-40,7	-2,0
1993	-101,4	-4,8	11,1	0,5	0,2	0,0	-90,1	-4,2
1994	-109,0	-4,9	-3,1	-0,1	1,3	0,1	-110,9	-5,0
1995	-110,6	-4,7	-9,4	-0,4	-1,4	-0,1	-121,4	-5,1
1996	-98,9	-4,0	3,3	0,1	1,9	0,1	-93,7	-3,8
1997	-67,8	-2,7	19,7	0,8	4,2	0,2	-43,9	-1,7
1998	-75,9	-2,9	13,9	0,5	2,4	0,1	-59,6	-2,3
1999	-64,5	-2,4	7,4	0,3	-0,6	0,0	-57,7	-2,1
2000 ²⁾	-40,0	-1,4	9,0	0,3	-1,5	-0,1	-32,5	-1,1
2001 ³⁾	-42,2	-1,4	23,0	0,8	-2,5	-0,1	-21,7	-0,7

1) Bis 1994 gemäß ESVG 1979, 2. Auflage bzw. Ratsverordnung 3605/93 vom 22. November 1993 (Amtsblatt der EG Nr. L332/7), seit 1995 gemäß ESVG 1995 bzw. Ratsverordnung 2223/96 vom 25. Juni 1996 (Amtsblatt der EU Nr. L310).

2) Vorläufige Daten.

3) Schätzung BMF.

Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2001; BIP: WIFO-Prognose vom März 2001.

Jahre	Öffentliche Verschuldung ¹⁾							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat	
	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP	in Mrd ATS	in % des BIP
1983	453,5	36,6	104,7	8,5	0,0	0,0	558,2	45,1
1984	509,6	39,2	108,6	8,4	0,0	0,0	618,2	47,6
1985	573,8	41,9	108,2	7,9	0,0	0,0	682,1	49,8
1986	673,9	46,8	111,7	7,8	0,0	0,0	785,6	54,6
1987	765,3	51,2	114,5	7,7	0,0	0,0	879,8	58,9
1988	820,8	52,4	118,2	7,6	0,0	0,0	939,0	60,0
1989	872,2	52,0	114,2	6,8	0,0	0,0	986,4	58,8
1990	938,8	51,8	113,6	6,3	0,0	0,0	1.052,4	58,0
1991	1.019,2	52,4	113,2	5,8	0,0	0,0	1.132,4	58,2
1992	1.080,5	52,5	113,5	5,5	0,0	0,0	1.194,0	58,0
1993	1.209,2	56,9	125,6	5,9	0,0	0,0	1.334,8	62,8
1994	1.327,6	59,3	145,3	6,5	0,0	0,0	1.473,0	65,8
1995 ²⁾	1.445,2	61,0	185,9	7,8	9,3	0,4	1.640,3	69,2
1996	1.491,6	60,9	190,7	7,8	10,5	0,4	1.692,8	69,1
1997	1.465,6	58,3	150,8	6,0	9,2	0,4	1.625,6	64,7
1998	1.515,2	58,0	147,6	5,6	7,9	0,3	1.670,7	63,9
1999	1.601,3	59,0	144,2	5,3	9,2	0,3	1.754,8	64,7
2000 ³⁾	1.631,5	57,6	140,5	5,0	10,0	0,4	1.782,0	62,9
2001 ⁴⁾							1.808,3	61,5

1) Gemäß ESVG 1995 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Bruttoinlandsprodukt: bis 1994 gemäß ESVG 1979, 2. Auflage, seit 1995 gemäß ESVG 1995.

3) Vorläufige Daten.

4) Schätzung BMF.

Quelle: Budgetäre Notifikation vom Februar 2001; BIP: WIFO-Prognose vom März 2001.

A 11 KENNZAHLEN ZUR STAATVERSCHULDUNG IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 1991 BIS 2000 ¹⁾

Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	126,5	127,8	134,6	132,7	129,8	130,5	125,3	119,8	116,4	110,9
Deutschland	40,4	43,1	47,1	49,4	57,1	59,8	60,9	60,7	61,1	60,2
Finnland	22,7	40,7	56,8	58,3	56,6	57,1	54,1	48,8	46,9	44,0
Frankreich	35,2	39,0	44,3	47,6	51,9	57,1	59,3	59,7	58,7	58,0
Irland	92,1	89,7	93,6	87,7	80,0	74,3	65,1	55,0	50,1	39,1
Italien	100,6	107,7	118,1	123,8	123,2	122,1	120,1	116,2	114,5	110,2
Luxemburg	4,0	4,8	5,8	5,4	5,6	6,2	6,0	6,4	6,0	5,3
Niederlande	75,7	76,4	77,6	74,0	75,5	75,2	70,0	66,8	63,2	56,3
Österreich	58,2	58,0	62,8	65,8	69,2	69,1	64,7	63,9	64,7	62,9
Portugal	65,6	58,4	61,6	62,2	64,2	62,8	59,1	55,3	55,0	53,8
Spanien	44,2	46,5	58,0	60,5	63,2	68,1	66,7	64,7	63,4	60,6
EU-11-Aggregat	57,9	59,7	65,2	67,8	72,0	74,5	74,2	73,5	72,0	69,7
Dänemark	62,3	66,3	78,0	73,5	69,3	65,1	61,4	55,8	52,6	47,3
Griechenland	91,1	97,5	110,2	107,9	108,7	111,3	108,3	105,5	104,6	103,9
Großbritannien	35,0	41,0	47,7	49,6	51,9	52,7	51,1	48,1	45,7	42,9
Schweden	51,2	64,8	75,1	77,6	76,6	76,0	73,0	71,8	65,2	55,6
EU-15-Aggregat	54,7	57,2	64,0	66,1	69,9	72,6	71,0	68,9	68,0	64,2
USA ²⁾	45,8	48,0	50,3	49,4	49,2	48,7	45,8	42,7	39,3	34,8
Japan	56,6	58,0	62,3	67,1	73,9	78,8	82,7	94,1	101,7	108,8
Schweiz	34,1	38,6	43,1	45,7	46,9	49,3	51,5	54,3	51,9	49,8

Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in ATS ³⁾)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	297.900	315.800	338.200	348.800	355.200	365.100	366.200	363.600	365.800	365.700
Deutschland	104.400	118.700	132.000	144.800	173.200	184.200	191.500	197.100	203.000	205.500
Finnland	52.100	90.900	127.900	138.400	144.700	151.200	154.900	151.000	151.700	154.500
Frankreich	89.100	101.700	116.400	129.400	145.100	163.100	174.100	181.700	184.000	187.600
Irland	135.500	139.000	155.900	156.600	160.700	163.400	163.900	157.000	161.300	145.500
Italien	181.500	204.200	230.000	254.400	273.100	287.700	294.800	298.000	302.600	306.500
Luxemburg	13.800	17.900	23.300	23.300	25.000	28.500	30.400	34.200	34.300	34.300
Niederlande	177.200	185.300	191.800	192.100	203.100	210.000	205.900	207.300	205.700	195.000
Österreich	144.800	151.400	167.000	183.400	203.900	210.000	201.400	206.800	216.800	219.700
Portugal	53.000	53.200	59.100	64.700	72.100	75.200	76.000	76.600	81.100	84.400
Spanien	53.500	60.600	78.000	86.300	97.100	110.800	115.100	119.000	124.500	128.200
EU-11-Aggregat	127.600	138.100	151.500	164.100	182.000	195.700	198.700	204.400	208.600	210.700
Dänemark	191.300	210.100	249.600	251.400	246.800	242.000	238.200	226.000	221.700	209.800
Griechenland	59.300	72.500	91.800	101.600	114.400	128.500	137.900	145.300	153.000	162.900
Großbritannien	78.000	94.800	115.500	127.000	139.500	149.400	153.800	152.400	151.000	147.900
Schweden	138.700	173.800	200.900	220.000	231.500	235.200	234.600	240.900	228.800	203.500
EU-15-Aggregat	118.700	128.700	143.800	155.100	170.200	185.000	190.100	192.600	199.000	199.200
USA ²⁾	159.100	174.100	189.900	196.100	203.000	210.400	209.000	203.900	196.900	185.100
Japan	275.500	288.900	312.600	339.500	377.200	411.700	440.000	494.000	529.700	565.900
Schweiz	149.600	172.100	194.900	209.700	217.400	229.300	242.900	261.900	254.300	254.300

1) Seit 1996 gemäß ESVG 1995 (ausgenommen USA und Japan).

2) Zentralstaat; Fiskaljahr (September).

3) USA, Japan, Schweiz sowie Nicht-WWU-Länder wurden zu Devisenmittelkursen vom 29.12.2000 umgerechnet; EU-11-Länder gemäß unwiderruflich fixierten Umrechnungskursen vom 31.12.1998 (alle auf 100 ATS gerundet).

Quelle: Österreich, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder, Japan: EU-Kommission; USA: IMF; EU-11 und EU-15: eigene Berechnung.

Zu- / Abnahme der öffentlichen Verschuldung (in % des Vorjahresstandes)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	6,3	6,4	7,5	3,4	2,0	3,0	0,6	-0,5	0,8	0,3
Deutschland	11,7	14,6	12,1	10,0	19,9	6,7	4,2	2,9	3,0	1,3
Finnland	51,0	75,1	41,3	8,7	4,9	4,8	2,8	-2,3	0,7	2,0
Frankreich	5,1	14,7	15,0	11,7	12,6	12,9	7,2	4,8	1,7	2,4
Irland	3,5	3,4	12,8	0,8	3,1	2,4	1,3	-3,0	3,8	-8,8
Italien	12,8	12,7	13,0	10,9	7,6	5,5	2,7	1,2	1,7	1,4
Luxemburg	-4,6	31,4	32,1	1,5	9,0	15,5	8,2	14,0	1,8	1,4
Niederlande	5,1	5,3	4,2	0,8	6,3	3,9	-1,4	1,3	-0,1	-4,6
Österreich	7,6	5,4	11,8	10,4	11,4	3,2	-4,0	2,8	5,0	1,6
Portugal	18,2	0,3	11,2	9,8	11,6	4,4	1,3	0,9	6,2	4,2
Spanien	11,4	13,5	29,0	10,9	12,7	14,2	4,0	3,5	4,8	3,1
EU-11-Aggregat	10,4	8,7	10,3	8,7	11,2	7,8	1,8	3,1	2,3	1,2
Dänemark	12,3	10,2	19,2	1,0	-1,4	-1,3	-1,1	-4,8	-1,5	-5,1
Griechenland	26,5	23,7	27,3	11,2	12,9	12,6	7,6	5,6	5,5	6,5
Großbritannien	5,0	21,9	22,2	10,4	10,2	7,5	3,3	-0,5	-0,5	-1,7
Schweden	29,5	26,1	16,3	10,2	5,8	1,8	-0,2	2,7	-4,9	-10,9
EU-15-Aggregat	10,5	9,0	12,3	8,2	10,0	9,0	3,1	1,5	3,6	0,4
USA ¹⁾	11,2	10,7	10,2	4,3	4,5	4,6	0,3	-1,5	-2,5	-5,1
Japan	0,5	5,2	8,5	8,9	11,6	9,4	7,1	12,6	7,4	7,0
Schweiz	16,2	16,2	14,0	8,3	4,3	5,8	6,1	8,1	-2,5	0,6

Zu- / Abnahme der öffentlichen Verschuldung (in % des BIP)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Belgien	7,5	7,7	9,4	4,4	2,6	3,8	0,7	-0,6	0,9	0,3
Deutschland	4,2	5,5	5,1	4,5	9,5	3,7	2,4	1,7	1,8	0,8
Finnland	7,7	17,4	16,6	4,7	2,7	2,6	1,5	-1,1	0,3	0,9
Frankreich	1,7	5,0	5,8	5,0	5,8	6,5	4,0	2,7	1,0	1,4
Irland	3,1	3,0	10,6	0,7	2,4	1,7	0,8	-1,7	1,8	-3,8
Italien	11,4	12,2	13,6	12,1	8,7	6,4	3,1	1,4	1,9	1,5
Luxemburg	-0,2	1,1	1,4	0,1	0,5	0,8	0,5	0,8	0,1	0,1
Niederlande	3,7	3,9	3,2	0,6	4,4	2,8	-1,0	0,8	-0,1	-2,7
Österreich	4,1	3,0	6,6	6,2	7,1	2,1	-2,7	1,7	3,1	1,0
Portugal	10,1	0,2	6,2	5,6	6,7	2,7	0,8	0,5	3,2	2,2
Spanien	4,5	5,5	13,0	5,9	7,1	8,5	2,6	2,2	2,9	1,8
EU-11-Aggregat	5,5	4,8	6,1	5,4	7,3	5,4	1,3	2,2	1,6	0,8
Dänemark	6,8	6,1	12,6	0,7	-1,0	-0,9	-0,7	-2,8	-0,8	-2,5
Griechenland	19,1	18,7	23,6	10,8	12,4	12,4	7,6	5,6	5,4	6,4
Großbritannien	1,7	7,4	8,7	4,7	4,8	3,7	1,6	-0,3	-0,2	-0,7
Schweden	11,7	13,4	10,5	7,2	4,2	1,3	-0,1	1,9	-3,4	-6,8
EU-15-Aggregat	5,2	4,7	7,0	5,0	6,4	6,0	2,1	1,0	2,3	0,2
USA ¹⁾	4,6	4,6	4,7	2,0	2,1	2,2	0,1	-0,6	-1,0	-1,9
Japan	0,3	2,9	4,9	5,5	7,7	6,8	5,5	10,5	7,0	7,1
Schweiz	4,8	5,4	5,3	3,5	1,9	2,7	2,9	4,1	-1,3	0,3

1) Zentralstaat; Fskaljahr (September).

Quelle: Österreich, Schweiz: nationale Daten; EU-Länder, Japan: EU-Kommission; USA: IMF; EU-11 und EU-15: eigene Berechnung.

A 12 ERLÄUTERUNGEN ZU BEGRIFFEN DER FINANZSCHULD UND DES RENTENMARKTES ¹⁾

Finanzschuld

Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung (EUR/nationale Währungseinheiten des EUR) und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlicher Bundesschuld kategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Schillinggegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Schillinggegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Schillinggegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Schilling. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwährungsbeträge aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahres und des Vorjahres. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schuldtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in österreichische Schilling und dem Jahresendkurs zu Stande, für die während des Jahres getilgten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahres und dem Tilgungskurs.

Bruttozunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schuldtiteln einschließlich Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

Euroschuld:

Auf EUR oder auf nationale Währungseinheiten des EUR (WWU-Währungen) lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

Finanzierungssaldo:

Veränderung der finanziellen Forderungen abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

Finanzschuld:

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 idjF zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen (Finanzschuld i.e.S. einschließlich Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

Finanzschuld i.e.S.:

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungstauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 idjF.

Fremdwährungsschuld:

Finanzschuld in fremder Währung gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 nur noch Nicht-WWU-Währungen. Die Umrechnung in Schilling/Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

Konversion:

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

Nettodefizit:

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des allgemeinen Haushaltes laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

1) Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

Nicht titrierte Finanzschuld:

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

Pensionsgeschäfte:

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäftes Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurückzuübertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

Primärsaldo:

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

Rechtsträgerfinanzierungen:

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat (§ 65c BHG idjF). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden des Bundes.

Restlaufzeit:

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaftenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:

- **Anleihen:** Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- **Kredite und Darlehen:** Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.
- **Schuldverschreibungen:** Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird.

Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:

- **Anleihen:** Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Einmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- **Bankendarlehen:** Direktkredite und Darlehen von Banken.
- **Bundesobligationen:** Von der Republik Österreich mit der Bezeichnung "Bundesobligationen" begebene Einmalemissionen (i.a. Privatplatzierungen).
- **Bundesschatzscheine:** Kurz- bis mittelfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung oder variabler Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die teilweise Konversionsvereinbarungen bestehen.
- **Sonstige Kredite:** Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- **Versicherungsdarlehen:** Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

Titrierte Finanzschuld:

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine, Schuldverschreibungen und Schatzwechselkredite).

Währungs- und/oder Zinsswaps (Swap-Operationen):

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die auf Grund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

Verzinsung**EONIA:**

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

EURIBOR:

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken).

Geldmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarktzinssatz (z.B. 3-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

Nominalverzinsung:

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes.

Primärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

Sekundärmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

Sprungfixe Verzinsung:

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i.a. der Sekundärmarktrendite).

Rentenmarkt**Daueremission:**

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrages gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die in einzelnen Teilbeträgen ohne Festsetzung einer Zeichnungsfrist zum Ersterwerb angeboten werden (u.a. Pfandbriefe, Kommunalbriefe, Kassenobligationen).

Einmalemission:

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrages gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

Mengentender:

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

Zins- bzw. Renditentender:

Emissionsverfahren, bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung auf Grund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt - wie auch das EZB-Tenderverfahren - nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

Währungsbezeichnungen

ATS = Österreichische Schilling	GBP = Pfund Sterling
AUD = Australische Dollar	GRD = Griechische Drachmen
BEF = Belgische Francs	ITL = Italienische Lire
CHF = Schweizer Franken	JPY = Japanische Yen
CZK = Tschechische Kronen	LUF = Luxemburgische Francs
CAD = Kanadische Dollar	NLG = Holländische Gulden
DEM = Deutsche Mark	PLN = Polnische Zloty
ESP = Spanische Peseten	USD = US-Dollar
EUR = Euro	XEU = European Currency Unit
FRF = Französische Francs	ZAR = Südafrikanische Rand

Zeichenerklärung

"-" : Zahlenwert ist Null bzw. Eintragung ist definitorisch unmöglich.

"." : Zahlenwert nicht ermittelbar.

"0" oder "0,0" : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.

